

Commune!

REVUE DES REVOLUTIONÄREN MARXISMUS

Nullnummer
Sommer '77
Preis: 3 DM



BRD-Linke

Südafrika / Angola

L.Trotzki über den
«Eurokommunismus»

Opposition in Osteuropa

Mit Carter gegen Lenin?

In dieser Ausgabe:

EDITORIAL	2	<i>BRD-Linke heute</i>
	6	<i>Was will die Commune! ?</i>
OSTEUROPA	7	<i>Bürgerrechtler, Oppositionelle, Dissidenten</i>
EUROKOMMUNISMUS	19	<i>Leo Trotzki, Eine frische Lektion (1938)</i>
SÜDAFRIKA	23	<i>Welche Revolution?</i>
	26	<i>Interview mit einem südafrikanischen Trotzkiisten</i>
ANGOLA	31	<i>Hintergründe des Putschversuchs</i>
GEDICHTE	34	<i>P.P. Zahl, Schutzimpfung</i>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Hans Döhlmann, Detlef Hauptmann, Peter Tanas

MITARBEITER AN DIESER AUSGABE:

Hugo Jäger, Ernst Lund

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Walter Frey, Westberlin

Redaktionsanschrift:

Commune!, Postlagerkarte A 052194, 1 Berlin 61

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:

24. Juni 1977

Verkaufspreis:

3 DM

Wiederverkäufer

erhalten 20% Rabatt bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren

Alle Zahlungen (Abos, Einzelbestellungen, Spenden)

auf Walter Frey, PschA Berlin West Nr. 30 54 20 - 101

Die *Commune!* erscheint im Selbstverlag

Druck:

Oktoberdruck, Westberlin

Zehn Jahre nach dem Polizeimord an Benno Ohnesorg beginnt die Linke in der BRD über ihre eigene Geschichte nachzudenken. Dies kann dazu beitragen, daß Fehler nicht wiederholt werden und aus den Erfahrungen gelernt wird. Voraussetzung dafür ist aber, daß die Diskussionen über die Entwicklung der Linken in den letzten zehn Jahren nicht zu reinen Legitimationsübungen degenerieren, sei es für die gegenwärtigen Konzepte der verschiedenen Tendenzen, sei es für die Karrieren der Leute, die „beim langen Marsch durch die Institutionen“ auf ihren Posten klebengeblieben sind. Die „Commune!“ wird diesem Thema eine ihrer folgenden Ausgaben widmen. An dieser Stelle sollen lediglich an einigen Punkten die Rahmenbedingungen im nationalen und internationalen Maßstab nachgezeichnet werden, unter denen sich diese Entwicklung bis heute vollzog. Damit wird auch gleich skizziert, vor welchem Hintergrund die Gruppe Commune! sich gebildet hat und an welchen Problemen und Aufgaben ihre weitere Arbeit ansetzen wird.

Volksfrontpolitik

Der Aufschwung der internationalen Klassenkämpfe nach 1968 entwickelte sich ungleichmäßig. In Europa befinden sich heute die Arbeiterklassen Frankreichs, Spaniens und Italiens mit dem Kampf um die Staatsmacht unmittelbar konfrontiert. Allein der ungebrochene Einfluß von Sozialdemokratie und Stalinismus über die Arbeitermassen hat der Bourgeoisie dieser Länder bislang ermöglicht, ihre Macht zu behaupten und die Lasten der tiefen gesellschaftlichen Krise den Werktätigen aufzubürden. Die Politik der Klassenkollaboration des Reformismus zielt in erster Linie darauf ab, in einer Situation verschärfter Klasseneinminderungen seine Verbindung zur Arbeiterklasse zu benutzen, um die Initiative der Massen zu lähmen, die Kämpfe zu kanalisieren und im Rahmen des bürgerlichen Staates zu halten. Die Sozialdemokratie, die in Frankreich und jetzt in Spanien mit Hilfe der wiedererrichteten Sozialistischen Internationale – und vor allem der SPD – wie schon in Portugal 1975 einen unerhörten Aufschwung genommen hat, präsentiert sich nach deutschem Vorbild als Partei der NATO und der EG, während die Kommunistischen Parteien in diesen Ländern als Tribut einer erhofften Regierungsbeteiligung nahezu jeden Preis zu zahlen bereit sind. „Eurokommunismus“ heißt hier in erster Linie weitestgehende Anpassung an die nationalen Erfordernisse der Klassenkollaboration, wenn nötig bis zum offenen Bruch mit der Sowjetbürokratie. In *Frankreich* ist es die „Union de la Gauche“, ein Volksfrontprojekt aus KPF, PS und Linken Radikalen, das noch vor den Wahlen im Frühjahr 1978 Chancen hat, die Regierung zu bilden. Die Anpassung der KPF an die „nationalen Bedingungen“ reichen von der Zustimmung zur Atombewaffnung der französischen Bourgeoisie über die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EG bis zur Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft Frankreichs (Interessengegensatz zwischen französischem und US-Kapital). In *Spanien* hat das Projekt der Volksfront verschiedene Formen angenommen: 'Coordinacion Democratica' (CD), 'Plataforma de Organismo Democratica' (POD). Die KP, die PSOE, Maoisten und offen bürgerliche Kräfte bis zu Monarchisten (Carlisten) haben sich auf einer „demokratischen“ Grundlage zusammengeschlossen. Gemeinsame Basis ist die Versöhnung mit dem neofranzistischen Regime und der Monarchie, deren Fahne Santiago Carillo, der Wortführer des Eurokommunismus, mittlerweile auch zum Banner der KP erklärt hat. Die Ergebnisse der Wahlen vom Juni haben gezeigt, daß sich dies für die KP vorerst nicht ausgezahlt hat: Sie erhielt nur knappe 10 % der Stimmen, stärkste Partei wurde die PSOE. In *Italien*, wo es keine starke Sozialdemokratie gibt, hat die KPI den weitestgehenden Versuch einer Allianz mit offen bürgerlichen Kräften unternommen, den „historischen Kompromiß“ mit der regierenden Democrazia Christiana. Sie unterstützt nicht nur offen die arbeitereindliche Politik der Regierung Andreotti, profiliert

sich als Ordnungsmacht Nr. 1 gegen die Bewegung der Schüler, Studenten und Arbeitslosen („Deklassierten“) und bewahrt faktisch seit Monaten die Minderheitsregierung vor dem Sturz. Sie tritt ebenso ein für die Mitgliedschaft in EG und NATO und für die Stärkung des staatlichen Repressionsapparates (auf Plakaten fordert sie schon: „Es lebe die Polizei, es leben die Carabinieri!“).

Krise der revolutionären Führung

Die Krise der Führung des Proletariats drückt sich in diesen Ländern aber nicht nur in der Volksfrontstrategie der stalinistischen Parteien und der Sozialdemokratie aus. Entscheidend ist, daß die Organisationen der revolutionären Linken sich bisher als unfähig erwiesen haben, der Politik der konterrevolutionären Führungen der Arbeiterklasse eine Politik der Klassenunabhängigkeit und eine Einheitsfronttaktik zum Kampf um die Arbeiterregierung entgegenzusetzen. Der Großteil dieser Linken betreibt, wenn sie sich nicht direkt an die jeweiligen sozialdemokratischen bzw. stalinistischen Parteien anhängt, den Aspirationen der Arbeitermassen (in die Projekte der Klassenkollaboration) verfallt, eine zentristische Politik, die stets darauf hinausläuft, die Volksfrontprojekte nach links abzudecken. Sei es, daß sie in Frankreich die „Union de la Gauche“ kritisch unterstützen, in Spanien den Kampf um die demokratischen Rechte als eigenständige Etappe vom Kampf um die Arbeiterregierung abtrennen oder in Italien dem „historischen Kompromiß“ die Lösung einer „linken Regierung“ entgegenhalten, einer bloß „linkeren“ Variante der Volksfront. Keine Ausnahme bilden hierbei die Organisationen des ‚Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale‘, die sich auf den revolutionären Marxismus (Trotzkismus) berufen und beanspruchen, die IV. Internationale zu verkörpern. Der *Zentrismus besonderer Art* dieser internationalen Organisation (deutsche Sektion ist die GIM), der auf eine lange Tradition des Anpassens an vermeintlich fortschrittliche Strömungen als Ersatzavantgarden und einer objektivistischen Vorstellung von der Entwicklung der permanenten Revolution zurückblicken kann, führt diese Organisationen (LCR in Frankreich, LCR-Eta VI in Spanien, GCR in Italien) zu der Annahme, die Verpflichtung der stalinistischen Parteien auf „friedlichen Weg zum Sozialismus“, Respektierung der Legalität der imperialistischen Demokratie, des Pluralismus und des parlamentarischen Systems bezeichne lediglich eine reformistische Globalalternative, die Volksfront treibe die Klassenkämpfe voran und könne allein durch die Verschärfung ihrer immanenten Logik „überbortet“ werden. Entscheidend ist dagegen, daß die Klassenkollaboration des Reformismus *bürgerliche* Politik ist; die Revolutionäre stehen deshalb *politisch außerhalb* jeder Volksfront, die das historische letzte Mittel der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution ist vor dem Bonapartismus/

Faschismus und die diesen den Weg ebnet, indem sie die Arbeiterklasse politisch und militärisch entzweit, der Konterrevolution ausliefert. Diese Erfahrungen mußte die Arbeiterbewegung bereits in den blutigen Volksfrontkatastrophen der dreißiger Jahre machen.

Deformation revolutionärer Bewegungen

Doch nicht nur der Riß in der historischen und programmatischen Kontinuität der kommunistischen Arbeiterbewegung und der Druck des heutigen Reformismus sind dafür verantwortlich, daß die revolutionäre Linke von der Lösung ihrer Aufgaben noch weit entfernt ist. *Die politischen Deformationen der aufsteigenden revolutionären Bewegungen seit 1968 selbst üben einen verheerenden Einfluß auf die jungen Organisationen der revolutionären Linken wie auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung aus. Die Tatsache, daß die revolutionären Krisen, in denen die Arbeiterklasse die dominierende soziale Kraft war (Chile, Portugal), in Niederlagen der Arbeiterbewegung geendet haben, mußte das Vertrauen in die revolutionäre Rolle und Fähigkeit des Proletariats erschüttern. Umgekehrt waren es gerade nicht-proletarische Bewegungen (die sich aus der Bauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum rekrutierten), die unter stalinistischer/kleinbürgerlich-nationalistischer Führung dem Imperialismus empfindliche Schläge versetzen konnten (Angola, Vietnam, Mocambique, Guinea-Bissau). Die Verbreitung der stalinistischen Theorie des Volkskriegs (Volksfront), der Theorien „Von der Peripherie zum Zentrum“, der Guerilla-Strategie unter der extremen Linken fanden in dieser Tatsache ihre Begründung/erneute Bestätigung, ebenso solch verschiedene Konzepte wie die „Revolution in Etappen“ (Stalinisten), der „objektive Prozeß der permanenten Revolution“ (Vereinigtes Sekretariat), aber auch sozialdemokratische Schlussfolgerungen wie die neue Debrays, dem Guerillakampf die Unterstützung reformistischer Massenparteien vorzuziehen. Der Sieg der MPLA im angolanischen Bürgerkrieg brachte die internationale Linke vollends in Verwirrung: unkritische politische Unterstützung der MPLA, während diese die revolutionäre Linke im Land ebenso liquidierte wie die Organe der Volksmacht; in den letzten Wochen ist die kleinbürgerliche Führung der MPLA auch dazu übergegangen, den kommunistischen (stalinistischen) Flügel der MPLA zu entmachten. Unmittelbare Auswirkung des *chilenischen Volksfrontverrats* war die Festigung des Militär-Bonapartismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent (Argentinien, Uruguay, Brasilien...) und ein Abwenden der revolutionären Organisationen hin zur Land- und Stadtguerilla oder zu den reformistischen Parteien. Daß die eurokommunistischen Parteien heute den Weg der ‚Unidad Popular‘ beschreiten und dies ihrer Ak- Arbeiterbasis unter dem Motto „Frankreich (Spanien, Italien,...) ist nicht Chile!“ verkaufen können, ist schließlich auch Ausdruck der Tat-*

sache, daß die chilenische Katastrophe nur in *negativer Form* die Theorie der permanenten Revolution, der Hegemonie des Proletariats in der sozialen Revolution im Zeitalter des Imperialismus, „bestätigt“ hat. Die tatsächlichen Auswirkungen der Niederlage wiegen schwerer als die papierne Kritik. Weiterhin dienen die Versuche der stalinistischen Führungen, *ihren Verrat* auf die „Unreife der Massen“ zu schieben, zur Diskreditierung der Avantgarderolle der Arbeiterklasse und zu der „Lehre“, die Bourgeoisie/Kleinbourgeoisie sei zu sehr gereizt worden, man hätte sich gleich mit der Armee verbünden müssen usw. (so die chilenische KP nach dem Putsch). Die *portugiesische Niederlage* hatte als unmittelbares Resultat eine enorme Stärkung der EG und der NATO und eine zeitweilige Stabilisierung der Situation in Europa. Die Gleichsetzung des hemdsärmeligen (bürokratischen) Radikalismus der PCP (V. Regierung) mit Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse (so gesehen von der internationalen extremen Linken bis zur ‚internationalen‘ Reaktion), hatte zur Folge, daß mit dem Bankrott der PCP auch die Rolle der Arbeiterklasse als ausgespielt gelten konnte. Die Legitimation des pluralistischen Weges der eurokommunistischen Parteien nährt sich davon ebenso wie die Wende des ‚Vereinigten Sekretariats‘ vom linksradikalen Opportunismus (LCI in Portugal unter der V. Regierung) zum demokratischen Legalismus (LCI nach dem 25. November 1975, LCR/Eta VI heute in Spanien). Diese Zusammenhänge dürfen nicht aus dem Blickfeld geraten: *Die Deformationen/Umkehrungen des revolutionären Prozesses unter der internationalen Vorherrschaft des Reformismus in der Arbeiterbewegung der vergangenen zehn Jahre wirken als ideologischer Druck in die Reihen der politisch fortgeschrittensten Sektoren der Arbeiterbewegung*. Schon dies allein genügt, die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der proletarischen Avantgarde zu begründen.

Portugal und die westdeutsche Linke

Wieviel mehr erst müssen diese Faktoren die Entwicklung der Linken in der BRD geprägt haben und noch prägen – in der imperialistischen Hauptmacht Europas, mit nach wie vor ungebrochener Herrschaft der Sozialdemokratie über die Arbeiterbewegung und angesichts stalinistischer Bürokratenmacht in der DDR! Der Niedergang des westdeutschen Maoismus im Gefolge der chinesischen Ereignisse und die zunehmende Anziehungskraft des Eurokommunismus (Spanien, Italien, Frankreich, Dissidenten in Osteuropa) als scheinbare Alternative zu Stalinismus und Sozialdemokratie sind nur die aktuellsten Entwicklungen. Das Beispiel der portugiesischen Revolution ist hier in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Zum einen wurden mit dem Beginn der europäischen Revolution alle wesentlichen Probleme revolutionärer Politik aufgeworfen, zum anderen hat sich hier zum ersten Mal in aller Deutlichkeit die Rolle der deutschen Sozialdemokratie von ihrer nackten, *sozialimperialistischen* Seite gezeigt: Speerspitze der NATO als Bürgerkriegsarmee in Westeuropa, Wirtschaftsboykott, politische Erpressung, materielle Ausstattung der Konterrevolution, soziale Demagogie mit dem „Modell Deutschland“ der Repression und des Arbeitsfriedens (Sommer 1975). Die Beobachtung der Schwesterpartei der SPD in all ihren Wandlungen im Verlauf des revolutionären Prozesses (demokratischer Sozialismus – demokratische Konterrevolution) und der PCP (Volksfrontpolitik – Bonapartismus – bürokratischer Ultimatismus) hätten Anlaß genug sein können, zu einer konkreten Einschätzung von Sozialdemokratie und Stalinismus zu kommen. Doch stattdessen ist der Großteil der westdeutschen Linken in ihrem Dilemma *verstärkt* worden: entweder im Lager der Sozialdemokratie gegen den büro-

kratischen Stalinismus wie die Masse der Jusos (kleinere Gruppen von „Dissidenten“ wurden ohne nennenswerten Widerstand/Solidarität ausgeschlossen) oder dem „Phänomen“ MFA (und dem „harten“ Stalinismus/Bonapartismus) auf den Leim gegangen als Alternative zur (sozial-)demokratischen Konterrevolution wie GIM, der KB, der Spontis, das SB, die SAG.... Positiv hob sich lediglich der damalige (trozkistische) Spartacusbund hervor. Daß das Gros der westdeutschen Linken – womöglich noch unter dem Deckmantel der „Nichteinmischung“ – sich dabei minutiös an den Zickzacks der portugiesischen zentristischen Organisationen orientierte (sei es bei der Haltung gegenüber dem MFA, der PS, der PCP/FUR, den Arbeiter-, Mieter- und Soldatenkommissionen, Otelo....), sogar das Unverständnis der portugiesischen Linken von Einheitsfrontpolitik und Aktionseinheit übernahm und hier in der BRD *deshalb* keine machtvolle Solidaritätsbewegung zustandebrachte, all dies zeigt, daß umgekehrt die politischen Deformationen der portugiesischen Revolution sich sehr wohl in die Köpfe der Genossen in der BRD „einmischten“.

Es läßt sich ohne Zweifel feststellen, daß die Niederlage der portugiesischen Revolution durchaus verhängnisvolle Auswirkungen auf die westdeutsche Linke hinterlassen hat. Die relativ große Anfälligkeit für den Rückzug in „alternative Lebensformen“ der „Stadtianer“, Basisfetischismus und allerlei Spontisumpfbüten dürften ihre Ursachen *auch* in der Verlängerung der *apartidario*-Stimmung als Resignation vor den strategischen und taktischen Aufgaben im Kampf gegen den Einfluß der mächtigen (sozialdemokratischen) Partei haben. Die Anfälligkeit für die Doktrin des Eurostalinismus als „dritten Weg“ zwischen in Portugal gescheitertem „forschendem“ Stalinismus à la UdSSR/DDR und enttäuschendem sozialdemokratischen Alltag in Portugal und in der BRD hat *auch* hierseine Wurzeln. Der Verwirrung über die Niederlage der portugiesischen Revolution verdankt noch ein weiterer Zug innerhalb der westdeutschen Linken seine Existenz (u. a.): Eine einreißende Unverbindlichkeit und damit theoretische Sorglosigkeit/Beliebigkeit angesichts grundlegender programmatischer Fragen, die der (inter)nationale Klassenkampf aufwirft. Besonders der KB hat sich hierin einen Namen gemacht (China, UdSSR, Angola, Anti-AKW-Bewegung....).

Westdeutsche Linke nach '68

Was sind grob die entscheidenden Punkte in der Entwicklung der Linken in der BRD?

1968

Chinesische Kulturrevolution, Tet offensive in Vietnam, Mai'68 in Frankreich, Prager Frühling bedeuteten ein Aufbrechen der objektiven Verhältnisse des Status Quo zwischen Imperialismus und Stalinismus und verliehen der APO einen mächtigen Auftrieb. Das Abwürgen der französischen Bewegung durch die KPF und die Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR diskreditierten den Stalinismus Moskauer Prägung und vertieften den noch langanhaltenden ideologischen Einfluß des Mao-Stalinismus auf der einen, des „demokratischen Sozialismus“ auf der anderen Seite auf die Linke.

1969

Ein erster Wendepunkt. Die APO erlebt im Kampf gegen die Notstandsgesetze ihren letzten Höhepunkt, ihr Auflösungsprozeß vollzieht sich nach zwei Richtungen: bereits beginnende Integration in die Sozialdemokratie (Brandt/Heinemann – kleine Koalition) und Organisationsgründungen, die sich am Stalinismus der ‚Dritten Periode‘ (1928-33) orientieren. Das Ende der Rekonstruktionsperiode setzt sich in der BRD nicht gradlinig durch. Einbrechende Rezession mit September-Streiks können durch eine Exportoffensive aufgefangen werden, die SPD

braucht noch nicht offen gegen die Arbeiterkämpfe vorzugehen, was ihre Integrationsfähigkeit stärkt. Die linken Organisationen „entdecken“ in den September-Streiks die Arbeiterklasse als handelndes Subjekt, allgemein wird aber die Qualität der Verteilungskämpfe überschätzt. Resultat ist eine ökonomistisch/syndikalistisch/„arbeiteristische“ Orientierung, die auch in den folgenden Jahren im Rahmen der Tarifpolitik befangen bleibt und keine politische Stoßrichtung gegenüber der Sozialdemokratie entfaltet.

1972

Wahlsieg der SPD Brandts („Mehr Demokratie wagen“, „neue Ostpolitik“) mit aktiver Unterstützung der Arbeiterklasse und großer Teile des Kleinbürgertums. Der Integrationsprozeß eines Großteils des ehemaligen Widerstandspotentials der APO in die SPD '69 bis '72 („langer Marsch durch die Institutionen“, „Doppelstrategie“, „kleineres Übel“) wird zur entscheidenden Wahlhilfe für die SPD. In dieser Situation, wo die SPD mit sozialer Demagogie (Reformversprechen) große Teile des Kleinbürgertums und die Arbeiterklasse an sich binden kann, bedeutet die Unterstützung der SPD durch nahezu alle Organisationen der Linken (KB, GIM, SB, SAG, sogar die DKP wegen Unterstützung der „Entspannungspolitik“) nichts anderes als die erste Chance, einen Lösungsprozeß in Teilen der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie in Gang zu setzen, zu vergeben. Lediglich die orthodoxen maoistischen Organisationen bilden mit ihrer ultralinken SPD-Einschätzung eine Ausnahme („Nur Volksfeinde stehen zur Wahl...“). Den einzigen Versuch, eine Taktik zu entwickeln, den sozialdemokratischen Arbeitern einen Bruch mit der SPD zu ermöglichen, unternahmen die Vorläufer des trozkistischen Spartacusbundes, indem sie zur kritischen Unterstützung der DKP aufrufen. Die Euphorie über den „friedlichen Weg“ in der BRD fand ihre Unterstützung in der Entwicklung in Chile: Die vielbeachtete „Unidad Popular“ war an die Macht gekommen und erlebte 1972 ihre aufsteigende Phase.

1973/74

Folge des gestiegenen Selbstvertrauens der Arbeiterklasse, die „ihre“ Partei an der Macht wähnt: spontane Streiks im August 1973 für Lohnnachschlag und gegen die Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsbürokratie. Das BRD-Kapital hat aber nicht mehr die Möglichkeit, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch gesteigerten Export vollends zu überwinden. SPD und Gewerkschaftsbürokratie gehen gegen die Streiks vor. Diese Kämpfe gehen über einzelne Betriebe nicht hinaus, verbleiben im Rahmen der Pfennigforderungen und enden meist in Niederlagen (Polizeiinsätze gegen die Streikenden). Der ÖTV-Streik Anfang 1974 deutet an, daß der Wind nun aus einer anderen Richtung weht. Brandt greift in die Tarifautonomie ein („mehr Lohn = mehr Arbeitslose“). Mit dem Einbruch der Arbeitslosigkeit schlägt die Demoralisierung der Arbeiterklasse in Resignation um. An diesem *Umschlagpunkt* haben sich die fatalen Konsequenzen der Kapitulation des Großteils der linken Organisationen vor der SPD in dieser Periode verheerend ausgewirkt. In den August-Streiks war es der Linken schon nicht gelungen, trotz Verbindungen zu den Kämpfen eine politische Stoßrichtung gegen die Sozialdemokratie einzubringen. Kein Versuch wurde gemacht, den ökonomistischen Rahmen des Kampfes um Prozente und den kritischen Reformismus zu verlassen. Folge war, daß die Vorhutelemente, die sich unter dem Einfluß der Linken in den Streiks herausgebildet hatten, dem Abwiegeln durch die Sozialdemokratie bis zur politischen Repression, dem bald folgenden Einbruch der Arbeitslosigkeit, der Spaltungspolitik von SPD und Gewerkschaftsbürokratie durch Ausländer- und Extremistenhetze politisch unbewaffnet gegenüberstanden, bald diesem Druck erlagen und als *politischer* Faktor wieder verschwanden.

den. Dieser Rückzug unter dem Druck der Demoralisierung der Arbeiterklasse wurde von den linken Organisationen voll mitgetragen – kein entschlossener Versuch, die Arbeitslosigkeit wirklich zu bekämpfen, die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern im Kampf aufzuheben, den Kampf gegen die Repression bedingungslos aufzunehmen.

Es ist bemerkenswert, daß die Ernüchterung über die Rolle der SPD in etwa zusammenfällt mit dem blutigen Scheitern der Volksfront Allendes in Chile . . .

Selbst die wenigen Kräfte in der westdeutschen Linken, die ernsthaft den Versuch unternommen hatten, den Widerstand zu organisieren und den Rückzugstendenzen zu widerstreben, blieben von diesem Druck nicht unberührt. Der Spartacusbund, dem die meisten Genossen der *Commune!* angehörten, hatte in dieser Situation versucht, die Zusammenarbeit der aus den August-Streiks hervorgegangenen syndikalistischen und ökonomistischen Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft zu fördern und auf der Grundlage einer Aktionseinheitspolitik gegen die kapitalistische Krise für eine politische Orientierung gegen die Sozialdemokratie zu gewinnen (Vorschlag zur Bildung eines Kommunistischen Wahlbündnisses zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Anfang 1975). Das Scheitern dieser Politik hatte einerseits seine Gründe in programmatischen Verzerrungen dieser Organisation selbst (Syndikalismus, Nationalborniertheit) als auch in der Tatsache, daß diese Initiative zur Aktionseinheitspolitik erst ergriffen wurde, als der Niedergang der kämpferischen Tendenzen in der Arbeiterklasse bereits eingesetzt hatte. Entscheidend war jedoch, daß der Spartacusbund in dem Moment, wo er diese Politik in die Praxis umzusetzen begann und sich mit einer flexiblen Taktik den politischen Strömungen in der Arbeiterklasse öffnete, selbst derart massiv unter den Einfluß der Kapitulationstendenzen geriet, daß er sich in mehrere Teile auflöste und nicht mehr handlungsfähig war. Es zeigte sich, daß diese Organisation keine kohärente Führung und keinen feste politischen Zusammenhalt besaß, die allein in der Lage gewesen wären, diesem Druck standzuhalten. Folge war die offene Kapitulation vor der Sozialdemokratie und ihren zentristischen Anhängseln (kein entschlossenes Auftreten gegen Kurzarbeit und Entlassungen in Betrieb und Gewerkschaft; Anpassung an die ehemals kämpferischen Elemente, die jetzt den Rückzug zur Sozialdemokratie angetrieben hatten; Rücknahme der Kandidatur zu den Landtagswahlen in NRW; keine eigenständigen Auftreten bei den Betriebsratswahlen; keine eigene kommunistische Propaganda). Auch diese Organisation, die damals noch die besten programmatischen Voraussetzungen für eine revolutionäre Politik gegen die sozialdemokratische Krisenpolitik besaß, konnte den entscheidenden Test für die Linke in der BRD nicht bestehen, war zu heterogen, mit programmatischen Fehlern und nationalen Verzerrungen belastet und hatte zu wenig Kampferfahrungen. Statt Aktionseinheitspolitik, die die Organisation stärken sollte, wurde der Spieß umgedreht: die Adressaten dieser Politik gewannen die proletarische Basis des Spartacusbundes für syndikalistische und linksreformistische Positionen. Nicht der Spartacusbund gruppierte die zentristische Linke und linksreformistische Linke um, vielmehr diese den Spartacusbund! Übrig blieb faktisch ein Zirkel, der seitdem nicht mehr in der Lage war, eine politische Orientierung zu entwickeln und dessen programmatische Weiterentwicklung zunehmend durchsektiererische Züge blockiert wurde. Mit der jüngsten Spaltung und faktischen Auflösung dieser Organisation hat die Spartacus-Tendenz ein politisches Ende gefunden.

Die zerstörerischen Auswirkungen dieser entscheidenden Phase in der Entwicklung der westdeutschen Linken haben nicht nur zum Verschwinden einer Reihe von Organisationen

und Tendenzen geführt, sondern zum anderen auch reformistische Positionen und zentristischen Tendenzen in der Linken gestärkt, während die Sozialdemokratie seitdem ihren Griff um die Arbeiterklasse ständig festigen konnte. Die politische Entwicklung in der BRD stellt heute diese Linke vor eine Reihe neuer und bislang ungelöster Probleme.

CDU/CSU auf dem Vormarsch

Die regierende Sozialdemokratie hat in den letzten Wochen und Monaten ihre Arbeit am „Modell Deutschland“ in der Tradition Noske/Ebert/Scheidemann verschärft fortgeführt: generalstabsmäßige Bürgerkriegsmanöver gegen die Anti-AKW-Bewegung, Polizeiberiberfälle auf die Ansätze einer neuen Studentenbewegung, „Anti-Terror-Paket“ zur weiteren Aufrüstung der staatlichen Unterdrückungsorgane, Verbotsdrohungen gegen linke Organisationen. All dies vollzieht sich auf der Grundlage einer beispiellosen Hetze, mit der jeglicher Widerstand gegen den bundesdeutschen Polizeistaat kriminalisiert werden soll. Die SPD hat schon längst all jene Maßnahmen selber und aus eigener Initiative getroffen, die von einer späteren CDU/CSU-Regierung bloß noch übernommen zu werden brauchen.

Die derzeit zu beobachtende Lockerung des Bündnisses zwischen SPD und FDP, die sich hinschleppende Krise innerhalb der SPD selbst, aber auch das gestiegene Selbstbewußtsein der CDU/CSU sind Anzeichen dafür, daß die sozial-liberale Koalition einem möglichen vorzeitigen Ende ein Stück nähergerückt ist. Während die SPD durch Korruptionsskandale, Filzokratie und innere Zerrissenheit mit einem wachsenden Verlust der Regierungsfähigkeit zu kämpfen hat, gegen „Sehnsucht nach der Opposition“ in den eigenen Reihen, kann die Opposition dies geschickt ausnutzen, um einen Keil in die Regierungskoalition zu treiben und sich gleichzeitig durch eigene Initiativen („Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“) als glaubwürdige Alternative nicht nur für große Teile des Kleinbürgertums, sondern auch bis in die Reihen der Arbeiterklasse hinein zu profilieren. Schon ihren Widerstand gegen die von der SPD geplanten Mehrwertsteuererhöhung konnte die CDU/CSU demagogisch als Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ausgeben, ebenso ihre Pläne für die Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ an den Hochschulen, wo sie müheolos an reaktionären Stimmungen im Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft gegen die „Schmarotzer“ Studenten, die von der SPD selbst geschürt wurden, ansetzen kann. Bereits in den kommenden Landtagswahlen wird der deutliche Vorsprung der CDU/CSU zum Ausdruck kommen; in der einstigen SPD-Hochburg Hessen droht die CDU die absolute Mehrheit zu erringen, nachdem sie bereits heute schon den Frankfurter Bürgermeister stellt.

Die SPD hat dem Vormarsch der Kohl, Dregger und Strauß aber selber den Weg gebahnt. War sie 1972 noch mit Hilfe einer begrenzten Mobilisierung der Arbeiterklasse, die auch beachtliche Teile des Kleinbürgertums anziehen konnte, an die Macht gelangt, so mußte sie schon seit der Jahreswende 1973/74 ihre Rolle als Sachwalter der Bourgeoisie von einer defensiven Position aus wahrnehmen. Der Einbruch der Massenarbeitslosigkeit, die durch Sparpolitik, Ausländerhetze, Lohnraubabschlüsse und politische Repression von SPD und Gewerkschaftsbürokratie aktiv betriebene und geförderte Spaltung und Demoralisierung der Arbeiterklasse hatten zu einer Unterhöhung ihrer eigenen sozialen Basis geführt. Deutlich wurde dies bereits in den Landtagswahlen 1974/75, wo der überwiegende Teil des zuvor gewonnenen Kleinbürgertums sich wieder der CDU/CSU zuwand-

te, wo es selbst zu größeren Einbrüchen in der städtischen Stammwählerschaft der SPD kam. Eine aktive Mobilisierung der Arbeiterklasse im Wahlkampf war mit der Politik des Arbeitsfriedens nicht zu vereinbaren, Ansätze aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft besonders im Ruhrgebiet, einen offensiven Wahlkampf zu gegen Strauß und Dregger zu führen, wurden so auch folgerichtig mit Parteiausschlußdrohungen bestraft und abgewürgt.

In den Bundestagswahlen 1976 hat die SPD-Führung schon keinen eigenständigen Wahlkampf mehr geführt, sondern vollends auf das Bündnis mit der FDP gesetzt. Diese Wandlung läßt sich allein am Schicksal der Pläne zur Mitbestimmung in Großunternehmen ablesen: 1972 das Versprechen nach paritätischer Mitbestimmung als postenverheißende Belohnung für die massive Wahlunterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, 1976 das vollständige Zugeständnis in der Frage der leitenden Angestellten, um die FDP zu befrieden. Daß die Gewerkschaftsbürokratie dies kampflos hinnahm, illustriert deren reaktionäre Rolle als Knüppelgarde der SPD, die sie schon als Vorreiter der Extremistenhatz (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) gespielt hat. Nur die Uneinigkeit im Lager der Opposition über den Weg zur Regierungsmacht – Koalition mit der FDP (Kohl, Biedenkopf) oder Konfrontationskurs gegen SPD und FDP (Dregger, Strauß) – konnte letztlich die SPD vor der entscheidenden Niederlage bewahren und die in der FDP aufgekommenen Stimmen über einen möglichen Koalitionswechsel vorerst wieder verstummen lassen.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus hat die SPD ihre Rolle zunehmend erfüllt und damit ausgespielt. Die Arbeiterklasse ist diszipliniert, hat alle Leiden des kapitalistischen Krisenmanagements über sich ergehen lassen, vereinzelten Widerstand (Erwitte, Kalletal, VW/NSU-Neckarsulm, Drupa-Streik...) konnte durch Sozialpläne und offenen Verrat in Resignation umgewandelt werden. Nur die SPD war aufgrund ihrer Bindungen zur Arbeiterklasse in der Lage, dies ohne größere soziale Unkosten durchzusetzen. Doch durch den damit zwangsläufig einhergehenden Verlust einer aktiven Stütze in der Arbeiterschaft wird die SPD tendenziell zu einem Unsicherheitsfaktor für die Bourgeoisie: Ihre Integrationsfähigkeit läßt nach, sowohl nach außen als auch innerhalb der Partei. Eine zukünftige Belastungsprobe durch soziale Erschütterungen könnte zu einer Lähmung der Regierung führen, wenn geschlossenes Handeln im Sinne der Kapitalinteressen nötig wäre. BDI-Präsident Schleyer sagte dies deutlich: Auf der einen Seite äußert er die „Überzeugung, daß diese Bundesregierung auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft steht“ und „daß sie in ihren flankierenden Maßnahmen (!) in ihrem Arbeitsprogramm und ihrem Konjunkturprogramm das richtige getan hat und auch tut. (...) Auf der anderen Seite stören uns sozialistische Tendenzen, die immer noch in Teilen der großen Regierungspartei vorhanden sind. Selbst wenn sie sich im Augenblick nicht in der Regierungstätigkeit niederschlagen.“ (Der Spiegel Nr. 24 vom 6.6.77, Hvhg. durch den Verf.) Helmut Schmidt ist für die Bourgeoisie ein guter Kanzler, aber auf Dauer nicht mit dieser Partei am Bein.

Krise der SPD

Die Krise der SPD seit den letzten Monaten, die mit dem halbseidenen Widerstand am „linken Flügel“ gegen die Erpressung durch die FDP in der Vermögenssteuerfrage und den „Ausfransungen links und rechts“ ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, läßt sich nur vor diesem Hintergrund verstehen. Zum einen gab und gibt die erfolgreiche Aus-

schaltung ihrer sozialen Basis in der SPD den Boden ab für die selbstgenügsame Filzokratie und die alltägliche Korruption der parasitären sozialdemokratischen Staats- und Parteibürokratie, besonders kraß in ihren traditionellen Hochburgen (Hessen, Berlin...). Zum anderen dokumentieren die Auseinandersetzungen in der Partei das Dilemma, in dem sich die Sozialdemokratie deshalb befindet: Als Regierungspartei kann sie sich aktuell nur noch behaupten, wenn sie dem ständigen Druck und den Forderungen der FDP nachgibt und den Widerstand in der Arbeiterklasse wie in der Partei konsequent unterbindet – als Partei, die aufgrund ihrer Bindungen an die Arbeiterklasse für die Bourgeoisie in bestimmten Situationen überhaupt nur interessant ist, richtet sie sich damit jedoch selbst zugrunde und beraubt sich jeglicher Chancen, ihre soziale Basis in der Arbeiterschaft erfolgreich gegen einen zukünftigen Griff der CDU/CSU nach der Macht ins Feld führen zu können. Das eine geht nicht mehr ohne das andere: *Regierungsfähigkeit heute um den Preis einer sicheren Niederlage morgen.*

Die Rechten in der Partei sind bereit, diesen Preis zu zahlen. Wenn sie heute den Disziplinierungen des „linken Flügels“ und den Jusos-Ausschlüssen heftig Beifall klatschen, so deshalb, weil eine zukünftige unwählbare SPD für sie keine so materielle Bedrohung bedeutet; Die zahlreichen Übertritte aus diesen Kreisen ins Lager der CDU/CSU, die sich häufenden Parteigründungen ehemaliger rechter Sozialdemokraten (jüngst die SDU zeigen, daß sie auch in einer zukünftigen CDU/CSU-Regierung eine neue politische Heimat (und Posten) finden werden.

Der technokratische Flügel mit Schmidt an der Spitze sieht dieses Dilemma gar nicht und orientiert sich lediglich am Sachzwang der gegenwärtigen Lage, um seine heutigen Positionen in der Regierung zu verteidigen.

Der „linke Flügel“ und auch der alte Gauner Brandt sind sich dieses Problems eher bewußt. Deren Widerstand gegen eine allzu offene Aufgabe einer eigenen Identität der Sozialdemokratie hat dabei wenig mit einem Einsetzen für die Interessen der Arbeiterklasse zu tun; Sie selbst haben die arbeiterfeindliche Politik der SPD an vorderster Stelle mitgetragen und tun dies noch heute. Vielmehr sehen sie die Gefahr, daß ein zügelloser Feldzug gegen die „Linke“ in der Partei die SPD um ihre Integrationskraft bringen könnte. Dies sowohl mit Blick auf die Entwicklungen in der Sozialistischen Internationale, in der sich die SPD nicht weiter isolieren und ihre Führungsposition an die taktisch flexible und mit Erfolgsaussichten ausgestattete PS Mitterands verlieren darf, aber auch in Anbetracht der Möglichkeit einer neuen linksreformistischen/zentristischen Partei links von der SPD, die es der SPD erschweren könnte, eine später einmal notwendig werdende „Öffnung nach links“ glaubwürdig durchzuführen.

Wenn der weitsichtigere Brandt die zukünftige Manövrierfähigkeit der SPD in einer Situation, wie sie sich heute in Frankreich, Italien und jetzt auch Spanien entwickelt hat, gefährdet sieht, so sind die Verhältnisse in diesen Ländern für die SPD-Rechte und den Rauschmeiser Egon Bahr gerade ein Grund mehr, den Konflikt mit den (Stamokap-)Jusos in der erlebten Schärfe auszutragen: Die aufgezwungene Toleranz gegenüber den Bündnissen der südeuropäischen Sozialdemokratien mit den Parteien des Eurokommunismus muß mit einer scharfen Abgrenzung nach innen einhergehen, will die SPD nicht ihre Rolle als Scharfmacher in der Sozialistischen Internationale unglaubwürdig machen. Auch hier kann die deutsche Sozialdemokratie ihre starke Position („Modell Deutschland“) nur

solange ausspielen, wie sie ihre aktuelle Regierungsfähigkeit unter Beweis stellt. Dies erfordert aber, jede Diskussion über „Bündnisse mit Kommunisten“ innerhalb der Partei zu unterbinden.

„Neue Linkspartei“?

Obwohl in der bürgerlichen Presse die Bildung einer „neuen Linkspartei“ aus verstoßenen Jusos, Sozialistischem Büro, Anhängerschaft von *Konkret*, *Berliner Extradienst* und Verlag zum Studium der Arbeiterbewegung (VSA) mit Dutschke und Wolf Biermann in nicht ferner Zukunft als sicher gilt, ist bisher der Widerstand in den Reihen der Jusos gegen ihre Disziplinierung relativ gering geblieben, nur vereinzelt kam es zu Austrittsbewegungen. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen hat ein großer Teil des linken Potentials in den Jusos im Laufe der Zeit bereits die SPD verlassen und sich in deren Umfeld (siehe die oben genannten Tendenzen) angesiedelt, auch in der DKP (Hessen, Hamburg, München). Diejenigen, die bis heute „durchgehalten“ haben, blicken auf eine derart beachtliche Tradition der Liebedienerei und des Kuschens zurück, daß sie schon persönlich einen Fußtritt bekommen müssen, ehe sie sich – und auch dann noch zögernd – aus dem Schoß der Partei lösen. Wie tief solche Leute sich mittlerweile bücken können, demonstrierte anläßlich der Benneter-Affäre *Konkret*-Herausgeber und SPD-Mitglied Hermann L. Gremliza, als er die Parteireinungsverfahren gegen Jusos, die sich mit Benneter solidarisiert hatten, mit Biermanns (auf die SED bezogene!) Paraphrase kommentierte: „...die SPD begann, sich abzuhacken so manch' guten Fuß.“ (*Konkret* Nr. 6/77, S. 9)

Zum zweiten hat die oben aufgezeigte Entwicklung der SPD-Politik seit 1973/74 auch bei den Jusos dazu geführt, daß ihr Einfluß und ihre aktive Politik in Teilen der Arbeiterjugend und überhaupt „an der Basis“ stetig zurückgehen mußte. Nachträglich zeigt sich so deutlich, daß die „Doppelstrategie“ (mit Hilfe von Basismobilisierung Einfluß auf die Regierungspolitik der SPD nehmen zu können) gescheitert ist, daß die Jusos nie mehr als Wahlhelfer für die Mutterpartei waren. Diese Schwächung der Jusos, die seit längerem nur noch ideologische Debatten ohne eine soziale Kraft im Rücken betrieben, ließ mangelndes Rückgrat erwarten.

Dem entspricht drittens schließlich auch der Umstand, daß der Anlaß (Benneter-Ausschluß) nicht gerade ein historischer ist, der einigermaßen zwingend den Weg zu einer eigenständigen Partei weisen würde. Derer Anlässe gab es bereits genug, sei es die Frage der AKWs oder die politische Repression, um nur einige aktuelle zu nennen. Nur deshalb eine neue Partei zu proklamieren, weil die politische Unterdrückung, aktiv getragen und forciert von der SPD, geduldet und verharmlost von eben diesen Jusos, jetzt bis in die Partei selbst hineinreichend und ihnen persönlich an den Kragen geht – was würde dazu schon gehören.

Die Anwärter auf eine neue „Linkspartei“ bringen also schlechte Voraussetzungen mit: Ihre mögliche programmatische Basis ist dünn und diffus, für einen wirklichen Loslösungsprozeß von der SPD in größerem Maße mangelt es an Kraft, die nur der Druck sozialer Auseinandersetzungen spenden könnte. Dennoch bleibt die Möglichkeit, daß sich die genannten Tendenzen zu einer politischen Formation zusammenfinden, die sich an den Eurokommunismus der italienischen, französischen und spanischen KPen anlehnt, eine große Herausforderung an die westdeutsche Linke, der sie bislang nicht gewachsen ist.

Neue Protestbewegungen

In dieser Situation, wo die Arbeiterklasse politisch geknebelt ist, große Teile des alten Kleinbürgertums einen reaktionären Einfluß bis in die Reihen der Arbeiterschaft ausüben, SPD und Regierungskoalition Abnutzungerscheinungen aufweisen und die CDU/CSU ihre Positionen verstärken kann, kommt es zu Protestbewegungen, die an Ausmaß und Stärke fast einen Vergleich mit der außerparlamentarischen Opposition Ende der 60er Jahre (APO) vertragen können.

Teile des neuen Kleinbürgertums, Bauern und nur vereinzelt auch Arbeiter haben sich zusammen mit Bürgerinitiativen, Basisgruppen, Frauengruppen und dem Großteil der linken Organisationen zu einer mächtigen *Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken* formiert. Obwohl dieser Kampf im Interesse der Arbeiterklasse ist, konnte bisher keine Orientierung angegeben werden, die es ermöglichen würde, ihn auch zu ihrem Kampf zu machen. Stattdessen drohen die Hegemonie der (Links-)Reformisten, Umweltschützer, Fortschrittsgegner und Nullwachstumspropheten über die Anti-AKW-Bewegung sowie eine Spaltung über die Kampfformen den Widerstand in eine Sackgasse zu leiten.

An den Hochschulen formiert sich nach jahrelangem Vormarsch der reaktionären Studentenverbände ein Widerstand der Studenten gegen die Anpassung der Forschung und der Lehre an die veränderten Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion, die bereits in den Anfängen von staatlicher Disziplinierung, Polizeiüberfällen, Kriminalisierungsversuchen und wüster Hetze ohne Beispiel bedroht ist.

Unter dem Einfluß des amerikanischen Woman's Liberation Movement der 60er Jahre und als Resultat der Auflösung der Bewegung gegen den § 218 haben sich Ansätze einer *Frauenbewegung* herausgebildet, die von ihrer sozialen Zusammensetzung überwiegend kleinbürgerlich ist und die verschiedensten politischen Richtungen umfaßt.

Arbeiterinitiativen gegen kapitalistische Wohnviertelansiedlung, *Bürgerinitiativen* mit unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung und mit einem breiten Spektrum an politischer Orientierung sind entstanden, selbstverwaltete Jugendzentren und Kulturgruppen.

All diese Entwicklungen vor dem Hintergrund der oben gekennzeichneten politischen Situation werfen Fragen auf, denen sich die Linke stellen muß: In wieweit entsprechen diese Bewegungen den Interessen der Arbeiterklasse? In wieweit sind sie Ausdruck kleinbürgerlich-reaktionärer Tendenzen? Welche neuen Probleme werden aufgeworfen? Wird der Arbeiterklasse eigenes Unvermögen vorgeworfen? Welche Ansätze können die Verbindung zur Arbeiterbewegung herstellen? Welche Orientierung müssen die Revolutionäre haben? Die Linke in der BRD sieht in diesen Fragen ebenso wenig klar, wie sie bisher in der Lage ist, dem zunehmenden ideologischen Einfluß eurokommunistischer und sozialdemokratischer bis offen bürgerlicher Tendenzen auch in diesen Bewegungen (wie jetzt schon in der *Bewegung für ein Russell-Tribunal gegen die politische Repression*) wirksam entgegenzutreten. ■

EIN ABONNEMENT ÜBER 4
AUSGABEN BIS ZUM 1. OK-
TOBER NUR 10 MARK!

Was will die «Commune»?

Die Herausgeber und Mitarbeiter der ‚Commune‘ wollen zur Bewältigung der aufgezeigten Probleme einen Beitrag leisten: Durch Analyse, öffentliche Diskussion der brennenden Fragen des Klassenkampfes, Anleitung zum Handeln. Die ‚Commune‘ ist kein neues ‚undogmatisches‘ oder gar ‚unterparteiliches‘ Blatt – die Gruppe Commune versteht ihre Intervention mit der Zeitschrift vielmehr als notwendige Vorarbeit zur Bildung einer bolschewistischen Organisation und gleichzeitig als Beitrag für den Zusammenschluß der revolutionären Marxisten zu einer internationalen Organisation. Nach Ansicht der Gruppe Commune! müssen heute in der BRD eine Reihe von Voraussetzungen für den Aufbau einer Organisation, die sich zurecht auf den revolutionären Marxismus berufen kann und nach den leninistischen Organisationsprinzipien des demokratischen Zentralismus in die Klassenkämpfe interveniert erst noch geschaffen werden. Dies ist weder in der zahlenmäßige Schwäche der Gruppe Commune! begründet, noch soll unsere heutige Konzeption zu einem allgemein gültigen Konzept zum Aufbau einer Organisation/Partei erklärt werden. Die Ursachen hierfür liegen vielmehr darin, daß die Linke in der BRD sich gegenwärtig auf dem Stand von lokalen Zirkeln, zentristischen Gruppierungen mit loser organisatorischer und vor allem politisch/programmatischer Struktur oder realitätsfremder Sekten befindet – von links-reformistischen Sammlungsbewegungen einmal abgesehen – und daß die Organisationen, die sich auf den revolutionären Marxismus (Trotzkismus) berufen, diesen Beispielen zunehmend nacheifern. So muß sich die GIM heute – nicht zu Unrecht – von den Genossen des KB als ‚Vorhut der Sozialdemokratie‘ betiteln lassen, der Spartacusbund – die Organisation, aus deren Tradition wir stammen, hat mit seiner unernsthaften Spaltung endgültig seinen politischen Bankrott erklärt.* Gleichzeitig können wir uns heute den Luxus erlauben, „nur“ eine Zeitschrift wie die ‚Commune‘ zu machen. Anders als 1968/69 besteht heute nicht die Möglichkeit, eine kämpfende Organisation aus einer (für den Organisationsaufbau entscheidenden und relevanten) Bewegung heraus aufzubauen.

Die ‚Commune‘ setzt sich die Heranziehung eines revolutionären Kaders zur Aufgabe, was in der gegenwärtigen Situation in erster Linie bedeutet, eine ehrliche programmatisch/politische Auseinandersetzung zu führen, die sich an den brennenden Problemen des nationalen und internationalen Klassenkampfes orientiert und die Erfahrungen dieser Kämpfe zu verarbeiten versucht. Wir wollen nicht die Fähigkeit für ein zentralisiertes Eingreifen in die Klassenkämpfe vortäuschen, nicht vorgaukeln, ein Programm zu besitzen, daß die Krise der gesamten bürgerlichen Gesellschaft erfaßt und die revolutionäre Antwort auf diese Krise formuliert. Wir wollen nicht eilfertig ‚Anhänger‘ sammeln und eine Organisation proklamieren, die ohne eine erprobte Führung, ideologische und programmatische Klarheit und Einheit und ohne jeglichen Kontakt zu den gesellschaftlichen Kämpfen in Gefahr läuft, dem ersten entscheidenden Test der Ereignisse nicht standzuhalten. Die ‚Commune‘ hält es da eher mit Lenin: Lieber weniger, aber besser!

Das wichtigste Ziel besteht gegenwärtig in der Verbreitung der Zeitschrift, ihrer Weiterentwicklung zu einem scharfen Instrument in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Tendenzen der linken und Arbeiterbewegung in der BRD und anderswo. Das erfordert zweierlei Unterstützung durch die Genossinnen und Genossen, die mit der politischen Tendenz, die die ‚Commune‘ verkörpert, sympathisieren: Zum einen die Verbreitung der ‚Commune!‘ durch regelmäßigen Verkauf und besonders Abonnentenwerbung (ein Startabonnement für die folgenden 4 Ausgaben gibt es zum Einführungspreis von 10 DM) und – wenn möglich – finanzielle Unterstützung. Zum anderen durch Teilnahme an den Auseinandersetzungen in der Linken und in den Kämpfen, an denen sie teilnehmen, und wo ihnen die ‚Commune!‘ als Instrument dienen soll. Inhaltliche Beiträge zu den angeschnittenen Fragen werden, wenn sie zur Klärung dieser Fragen beitragen können, gern in die ‚Commune!‘ aufgenommen, wie überhaupt ein wichtiger Teil der Zeitschrift der offenen Dokumentation und Diskussion auch gegnerischer politischer Standpunkte, wenn sie in den laufenden Auseinandersetzungen von Belang sind, gewidmet werden soll. Dies wird sich nach dieser ‚Nullnummer‘ ab Herbst auch in der Struktur der Zeitschrift bemerkbar machen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Gruppe Commune! auch beginnen, zu Diskussionstreffen und Veranstaltungen zu bestimmten Fragen einzuladen, dies wird dann jeweils in der Zeitschrift rechtzeitig angekündigt. Genossinnen und Genossen, die sich näher für die Arbeit der Gruppe Commune! interessieren, inhaltliche Beiträge leisten wollen, Diskussionen wünschen und/oder die ‚Commune!‘ organisatorisch und finanziell unterstützen können, sollten sich auf jeden Fall an die Redaktionsanschrift wenden.

**Interessenten können für 1,-DM in Briefmarken ein Papier bei der Redaktion anfordern, in dem die Herausgeber der ‚Commune!‘ ihre Einschätzung der Entwicklung des Spartacusbundes, dem sie bis vor einiger Zeit angehörten oder zumindest nahestanden, dargelegt haben.*

EINFÜHRUNGS- ABONNEMENT:

Bis zum 1. Oktober dieses Jahres besteht die Möglichkeit, die *Commune!* zum Einführungspreis von 10 Mark für 4 Ausgaben zu abonnieren. Der Aufbau der *Commune!* zu einer wirksamen Waffe der revolutionären Kritik erfordert in erster Linie eine solide organisatorische Grundlage, deren wichtigster Bestandteil ein fester Leser- und Abonnentenstamm ist. Wir bieten dieses Einführungsabonnement an, um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, die *Commune!* näher kennenzulernen, bevor sie sich eventuell entschließen, ein Jahresabonnement zu bestellen.

BESTELLUNGEN: 10DM einzahlen auf Postscheckkonto Walter Frey
PschA Berlin West
Nr. 30 54 20 – 101

Gesonderte Bestellung ist dann nicht mehr nötig.
BITTE DEUTLICH DIE ADRESSE EINTRAGEN!

4 AUSGABEN 10 MARK

Bürgerrechtler, Oppositionelle, Dissidenten

Dieser Artikel soll die wichtigsten Kriterien zur Beurteilung der opponierenden Bewegungen in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten – vor allem in der UdSSR – angeben. Dabei werden Strömungen, Probleme und einzelne Persönlichkeiten dieser Bewegungen erörtert. – Im folgenden werden nach einer Skizze der Entwicklung in der UdSSR (A) als Grundkomplexe unterschieden:

- die Stellung der Opponenten zum (westlichen) Imperialismus (B);
- ihre Einstellung zur internationalen Arbeiterbewegung (C);
- ihr Verhältnis zur Oktoberrevolution bzw. zu den Oktoberereignissen (D);
- hieraus abgeleitet, Begründung, Methoden und Art der Opposition (E).

A) Entwicklung der UdSSR

Gehen wir kurz zurück in der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Bis 1913 war im zaristischen Rußland weder die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals abgeschlossen, noch konnte zwischen 1929 und 1934 in der stalinistisch beherrschten Sowjetunion davon gesprochen werden, daß die industriellen Grundlagen für den Sozialismus gelegt seien. Bis zur Oktoberrevolution 1917 wurden Form wie Tempo der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in Rußland durch die ökonomische Dynamik der Konzentration und den technischen Stand der Zentralisation der kapitalistischen Produktion in Westeuropa (und Nordamerika) *uneingeschränkt* bestimmt. Massive westliche Kapitalinvestitionen und staatliche Interventionen zur Umverteilung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts trieben die russische Industrialisierung voran. Der industrielle Aufbau vollzog sich über die Produktionsmittelindustrie, während Landwirtschaft und Handwerk in Stagnation und Zerrüttung getrieben wurden. Trotz Monopolisierung der russischen Wirtschaft, der bedeutenden Rolle von Großbetrieben und Banken, der Staatsingriffe hatte die 'industrielle Revolution' die *gesamte* Wirtschaft Rußlands vor 1917 nicht erfäßt!

Von Anfang an stand das Riesennetz also, auf tönernen Füßen, unter dem massiven wirtschaftlichen wie politischen *Druck* eines hochentwickelten imperialistischen *Weltsystems*. Die russische Bourgeoisie vermochte sich weder dem imperialistischen Einfluß Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens zu widersetzen noch die feudal-absolutistischen Verkehrsformen abzustreifen – sie wurde 1917 deshalb zurecht' zusammen mit dem Zarismus durch den proletarisch-sozialistischen und bäuerlich-antikapitalistischen Ansturm hinweggefegt. Die russische Wirtschaft war zwischen 1914 und 1921 (Weltkrieg, Bürgerkrieg) zusammengebrochen, so daß die Bolschewiki zunächst vor der schwereren Aufgabe standen, die Industrie auf *neuen* gesellschaftlichen Grundlagen zu rekonstruieren und die Landwirtschaft zu industrialisieren. Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol, kapitalistische Enteignungen und Verstaatlichung der Industrie schirmten die Sowjetunion *wirkungsvoll* vom kapitalistischen Weltmarkt ab und schufen unter der *Voraussetzung* der bolschewistischen Herrschaft zwar *nicht-kapitalistische* Produktionsverhältnisse, angesichts des niedrigen Standes der Produktivkräfte und der *Gesellschaftlichkeit* der Produktion aber keineswegs eine *sozialistische* Produktionsweise und *sozialistische* Transformation der Gesellschaft! Hier

hing alles von der Ausweitung der proletarischen Revolution in Permanenz nach Westeuropa ab.

Mit dem Jahr 1917 waren die utopischen Träume der nicht-bolschewistischen Parteien ausgeträumt: der Kadetten- und Menschewikentraum von einem 'westlichen' kapitalistischen Großrußland und der Narodniktraum der Sozialrevolutionäre von einer vor-industriellen 'Gesellschaft' kleiner Warenproduzenten (selbständiger Bauern, Handwerker) inmitten archaisch-populistischer 'Dorfgemeinschaften' (kooperativer Mir-Gemeinden). Aber auch das Programm, mit dem die Bolschewiki angetreten waren, wurde während der Klassenausinandersetzungen 1921 revidiert und vor allem nach 1923 von der Stalin-Fraktion und ihren jeweiligen Verbündeten im politischen Machtkampf praktisch zerstört: die Arbeiterklasse vor allem zunehmend ihre *politische* Macht und Initiative (in Partei und Staat) und wurde sozial vielfältig differenziert und gespalten (s. u.)! Nach der geschichtlichen Ausschaltung des Adels und des Großbürgertums formierte sich im Zuge der weltrevolutionären *Isolierung* der Sowjetunion und der weitgehenden Zerstörung der gesellschaftlichen Selbstverwaltungs- und Kontrollorgane der Arbeiter (proletarische Räte Demokratie) eine millionenköpfige *neue Schicht*: die *Sowjetbürokratie*, die ihren gemeinsamen ideologischen Nenner in *Stalinismus* finden sollte (vor allem in der Ideologie vom 'Sozialismus in einem Lande')!

Ein Zurück zum Kapitalismus konnte es für die bestimmende bürokratische Fraktion nicht geben, war sie doch entstanden aus den von der roten Oktoberrevolution gelegten nicht-kapitalistischen *Grundlagen*, von denen sie materiell profitierte. Trotz des tiefen Einbruchs in der sowjetischen Geschichte, wie er sich mit der Zerstörung der Arbeiterselbstverwaltung und der bolschewistischen Partei einstellte, konnte bürokratisch sogar eine Art Legitimation und Kontinuität zu den bolschewistischen Anfängen behauptet werden: 1917 ff. hatten sich die Bolschewiki als die einzige Partei erwiesen, welche *trotz* des Drucks des westlichen Kapitalismus die Industrialisierung wieder in Angriff nehmen konnten. Nur sie hatten ein Programm und eine Organisationsform, die es erlaubten, die aktiven Elemente der produktiven Klassen (Arbeiter und Bauern) für die gesamtgesellschaftliche Umwälzung zu vereinen. Nach der politischen Entmachtung der Arbeiterklasse und der 'Linken Opposition' in der KPR 1928 konnte die stalinistische Bürokratie an die Aufgabe der Industri-

alisierung anknüpfen – um sie zur sowjetstaatlichen Industrialisierungsideologie zu machen (dabei übernahm sie natürlich ein Gutteil des Programms der 'Linken Opposition'). Sie besaß nun die Macht zur Wirtschaftslenkung und -planung, kontrollierte alle politischen Organe. Ihr terroristischer Dogmatismus ergab sich aus ihrer blutigen Vernichtung der alten bolschewistischen Revolutionskader und der Behauptung des 'Sozialismus in einem Lande'; ihre partielle Rationalität (und Erfolge) waren der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit der UdSSR geschuldet, eingeschlossen den Krieg auf Leben und Tod gegen den deutschen Faschismus. 1921 hatten die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki die Sowjetunion gesichert; nach dem 2. Weltkrieg konnte Stalin diese Funktion sich zuschreiben. Wurden auf der einen Seite alle proletarischen Erhebungen ihrer autonomen und revolutionären Brisanz beraubt (vor allem in den zwanziger und dreißiger Jahren), so tat die stalinistische Bürokratie andererseits alles, um ihren Machtbereich auszudehnen und mithilfe der 'Roten Armee' einen Sicherheitsgürtel nicht-kapitalistischer Satellitenstaaten nach ihrem Modell 'von oben' zu schaffen oder durch zweifelhafte (wechselnde) Bündnispartner abzuschirmen. Hierzu wurden auch die nationalen Befreiungsbewegungen der 'Dritten Welt' funktionalisiert, dabei ihre *proletarischen* Avantgarden – analog zur Sowjetunion – geköpft....

Zwischen 1928 und 1934 wurde nach einer katastrophalen Politik zuvor forciert und gewalttätig die Umwälzung der sowjetischen Produktion auf industrieller Basis eingeleitet; die Kollektivierung der Landwirtschaft konnte nun nur noch mittels staatlichen und polizeilichen Zwanges durchgesetzt werden, um die materiellen Ressourcen der Landwirtschaft zugunsten des industriellen Aufbaus abzuschöpfen und umzuleiten. Zwischen 1934 und 1940 – Hochzeit des stalinistischen Herrschaftssystems – feierte die Wirtschaft der UdSSR ihre größten industriellen Erfolge – durch besondere Arbeiterdisziplinierung ('Ein-Mann-Betriebsleitung', neues Arbeitsgesetzbuch) und materielle Anreize/Privilegierung, Schaffung einer neuen Arbeiteraristokratie (Stachanow-Arbeiter), hohe Lohn-differenzierungen (13:1), Militarisierung des gesamten Lebens und nicht zuletzt durch das System der Häftlingsklaverei in den Arbeitslagern (GULAG). Die Verwüstungen des 2. Weltkriegs und des Faschismus warfen die Sowjetwirtschaft erneut auf ihre Ausgangslage zurück. Erst 1951/52 wurde das industrielle Niveau des 3. Fünfjahresplans vom Ende der dreißiger Jahre wieder erreicht. Zu diesem Zeitpunkt (1953) geriet die zwangsstaatliche Mobilisierung der Produktivkräfte in eine tiefe Krise, und es begann in der Sowjetunion die Diskussion um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der 'Übergangsgesellschaft' (hier 'Sozialismus' genannt). Das Jahr 1953 weist bereits auf die sog. 'Entstalinisierung' von 1956 und 1961 (XX. und XXI. Parteitag).... * (Anmerkung nächste Seite)

Die geerbte wirtschaftliche Schwäche des Landes, die ständige Gefahr der imperialistischen Einkreisung und kriegerischen Bedrohung durch einen kapitalistischen 'Kreuzzug', die Labilität der inneren Klassenverhältnisse (vor allem durch das ökonomische Fortbestehen der kleinbürgerlich-bäuerlichen Klassen), das Diktat der forcierten Industrialisierung sowie die gewalttätige Ausbeutung der Bauern für den industriellen Fortschritt förderten den Zusammenhalt der neuen parasitären Schicht über den bürokratischen Staats- und Parteiapparat. Die Säuberungen, die ab 1927 in Partei und Staat begannen, liquidierten die bolschewistische Avantgarde vor allem zwischen 1934 und 1938. Der Terror zieht eine blutige konterrevolutionäre Spur zwischen bolschewistischer Oktoberrevolution und stalinistischer Reaktion. Er trifft schließlich alle Klassen, um sie einzuschüchtern, und soll überdies die Sowjetbürokratie selbst disziplinieren, keine offene kapitalistische Restauration zuzulassen. In letzter Analyse ist die parasitäre stalinistische Bürokratie eher ein Reflex der sie umgebenden imperialistischen (und faschistischen) Herrschaft als bonapartistischer Erbe der Oktoberrevolution (als legitimer Erbe der Oktoberrevolution sucht sie sich ideologisch darzustellen).

Die Betriebskomitees der Arbeiter und der 'demokratische Zentralismus' in der KPR waren zerstört worden. Partei, Gewerkschaften und Einheitsfrontorgane der Massen wurden zu Apparaten der (schwer-)industriellen Mobilisierung und Kontrolle der Bürokratie über die Arbeiter. Während die gegenseitige Paralyse der Klassen staatlich-polizeilich abgesichert und jeder Selbstorganisationsversuch der Arbeiter unterdrückt wurde, speiste sich die neue Herr-

* Mit 'Übergangsgesellschaft' bezeichnen wir hier eine Gesellschaft mit 'kombinierten' Gesetzmäßigkeiten zwischen zwei großen historischen Gesellschaftsformationen, welche wesentlich durch eine bestimmte Produktionsweise (kapitalistische, sozialistische) charakterisiert sind. Die Sowjetunion (1917-23, Diktatur des Proletariats mit bürokratischen Auswüchsen/Lenin; nach 1923 ein 'bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat'/Trotzki) z. B. ist marxistisch verstanden, bestimmt durch nicht-kapitalistische Produktionsverhältnisse; in ihr herrschte oder herrscht jedoch noch keine sozialistische Produktionsweise vor (wie im Sozialismus)! Wenn wir den Begriff 'Übergangsgesellschaft' gebrauchen, so wollen wir auf die Differenz zwischen 'Diktatur des Proletariats' (s. auch 'Arbeiterregierung', 'Arbeiter- und Bauernregierung') und der sozialistischen Gesellschaftsformation aufmerksam machen, in welcher das Niveau der unterm Kapitalismus erreichten materiellen Produktivkräfte (d. h. des gesellschaftlichen Reichtums/Marx) international weit übertroffen wird. Wir teilen nicht die Version der Opportunisten, daß die Sowjetunion heute – eben wegen der z. T. noch bestehenden 'Oktobergrundlagen' (Planwirtschaft, Verstaatlichungen, Außenhandelsmonopol), auf denen die Sowjetbürokratie ruht, lastet und schmarotzt – sich 'objektiv' auf dem 'Weg zum Sozialismus' (so oder so) befindet! Die Sowjetbürokratie führt vielmehr weg vom 'Sozialismus', indem sie nicht nur die internationale Revolution zerstört, sondern auch ihre eigenen Grundlagen gegenüber dem Imperialismus zunehmend gefährdet und infrage stellt. Letztlich ist sie unfähig, die Oktoberrevolutionen zu verteidigen. Dies kann nur die mobilisierte (internationale) Arbeiterklasse. Freilich geht der Weg zurück zum Kapitalismus nicht organisch; um die Sowjetunion wieder vollends und direkt in den imperialistischen Weltmarkt einzugliedern und die Herrschaft der Bourgeoisie in der UdSSR wieder einzuführen, dazu bedürfte es einer Konterrevolution. Auf der anderen Seite kann nur die politische anti-bürokratische Revolution der Arbeiterklasse den Weg freikämpfen zum Sozialismus.

schaftsschicht aus Elementen aller Klassen durch ein besonderes System der Bestechungen, Prämien, Sonderrechte, sozialen Zugeständnisse, welche hierarchische Aufstieg im Staats- und Parteiapparat verhielten ('Nomenklatura'). Die Vergünstigungen wurden von Zeit zu Zeit durch Schauprozesse und Terror 'ergänzt'. Dies alles spielte sich immer noch auf den von der Oktoberrevolution gelegten gesellschaftlichen Grundlagen ab. Die Sowjetbürokratie hat bis heute nicht die Merkmale einer 'neuen Klasse' (was sie nicht weniger grausam macht); sie verfügt über die Produktionsmittel, ohne sie zu besitzen, besitzt keinerlei eigenständige soziale Wurzeln in der Produktionssphäre, hat keine eigene neue Produktionsweise geschaffen, so daß sie dadurch eine eigene Gesellschaftsformation begründen könnte, kann kein Privateigentum an den Produktionsmitteln vererben usw. und vermag schließlich kein eigenes historisches Klasseninteresse zu realisieren! Sie ist – sozial gesehen – nichts anderes als ein schmarotzerhafter Auswuchs auf den Oktobergrundlagen (klassenmäßige Ausbeutung ist im wissenschaftlichen Sinne nicht gleich Parasitentum, Unterdrückung, Kontrolle usw.). Die Sowjetbürokratie beruft sich auf den 'roten Oktober', um sich eine ideologische Legitimation verschaffen zu können; die Wirklichkeit der Sowjetunion erklärt sie zum 'Sozialismus'. Die totale Revision des revolutionären Marxismus durch den Stalinismus wird dabei vor allem an drei Punkten deutlich:

- der gesellschaftliche Emanzipationskampf der Arbeiterklasse wird auf die (bürokratische) Durchsetzung der 'industriellen und technischen Revolution' in der UdSSR unter widrigen Umständen verengt;
- die internationale Revolution in Permanenz wird verkehrt zur Vorstellung vom Sozialismus in einem Lande' (Block);
- die Arbeiterbewegung überall in der Welt wird – mit dem Messer auf der Brust – erpresserisch vor die Alternative gestellt, zwischen Gestapo und GPU, zwischen CIA und GPU (NKWD), zwischen BND/MAD/BAK/BV und GPU zu wählen!

Herausforderung der Opposition

Die äußeren Gegner und die innere Oppositionsbewegung in der UdSSR müssen sich in Beziehung setzen zu einem Gesellschaftssystem, das sich industrialisierte nicht auf dem 'klassischen' Hauptpfad der Geschichte kapitalistischer Mächte im 18. und 19. Jahrhundert: einfache Warenproduktion im Schoße des Feudalismus – primäre Akkumulation und bürgerliche Revolutionen – kleinbürgerlicher, jakobinischer und sansculottischer Terror und Bürgerkriege zur völligen Durchsetzung der Grundlagen der bürgerlichen Welt – bürgerlich-liberale Demokratie und Industrialisierungsprozesse – bürgerliche Demokratie und imperialistische universelle Expansion – koloniale und innerimperialistische Weltkriege – schließlich politischer Formwandel zu 'starkem Staat' und Bonapartismus im Zeitalter des Monopolkapitalismus und Imperialismus. So geschah es in England, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, abgewandelt auch in den USA. Bereits Preußen-Deutsches Reich, Japan (in der Meiji-Zeit) und Italien wurden jedoch am Ende des 19. Jahrhunderts zu imperialistischen Mächten, ohne dieser 'Norm' kapitalistischer Entwicklung zu gehören; in diesen Ländern setzte sich der Kapitalismus (verspätet) durch, ohne daß jemals die bürgerliche Demokratie eine seiner freilich vorübergehenden und flüchtigen politischen Begleitformen war! Feudale, absolutistische, junkerliche, päpstliche, obrigkeitstaatliche... Reste wurden in den hier entstehenden bürgerlichen Gesellschaften aufgehoben; die kapitalistische Entwicklung vertrug sich überdies vorzüglich mit 'starkem Staat' und Bonapartismus von Anfang an, und die bonapartistische

Tendenz entfaltete sich umso leichter zum Faschismus als (historisch gesehen) 'letzter' barbarischer Herrschaftsform der vereinigten Bourgeoisie! (Heute entstehen aus imperialistischer Abhängigkeit und Unterdrückung heraus auf terroristische Weise sub-imperialistische Systeme ohne vorangehende bürgerliche Revolution, etwa in Brasilien und Persien, die politisch-militärisch als Pro-Konsuln des US-Imperialismus wirken)

Die Sowjetunion vollzog also Industrialisierung und Akkumulation (von Mehrarbeit) unter nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnissen – freilich auch nicht mit einer sozialistischen Produktionsweise; sie wurde zur Großmacht nicht durch die Entwicklung vom Kapitalismus zum Imperialismus, sondern in Antagonismus zu ihm – und doch gebunden an den kapitalistischen Weltmarkt sowie den totalitären Niedergang der bürgerlichen Demokratie in Europa (1917-1947). Immerhin fegte sie den zaristischen Absolutismus hinweg. In einer seiner letzten Schriften (geschrieben am 16./17.1.1923) zieht W. I. Lenin realistisch das Resümee der Oktoberrevolution, und zwar gegen den Menschewismus der II. Internationale, d. h. die Unterstützung 'eines bestimmten Entwicklungswegs des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie in Westeuropa'; (W. I. Lenin, Über unsere Revolution. Aus Anlaß der Aufzeichnungen N. Suchanows, in: Werke Bd. 33, S. 462-467; ebenfalls in: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. VI, Ffm 1971, Verlag Marxistische Blätter, S. 675-679). Warum folgte Rußland nicht dem liberal-demokratischen 'Muster' Westeuropas, wie es die Sozialdemokraten gern hätten? Lenin wendet folgendes ein: Erstens war die russische Revolution eine Folge des imperialistischen Weltkrieges und eine Antwort auf ihn; sie war ferner eine Antwort auf die beginnende Epoche des Imperialismus, in der selbst 'die Bourgeoisie der reichsten Länder außerstande ist, nach diesem Krieg normale bürgerliche Verhältnisse herzustellen' (ebda., S. 676) – solche 'normalen bürgerlichen Verhältnisse', die die 'internationale Sozialdemokratie als historische 'Norm' und natürliche 'Grenze' der Menschheit anerkennt. Die Epoche der Kriege und Krisen prägt also auch Verlauf und Charakter der russischen Revolution. Zweitens, so Lenin, 'steht Rußland an der Grenze zwischen den zivilisierten Ländern und den erstmalig durch diesen Krieg endgültig in die Zivilisation einbezogenen Ländern, den Ländern des gesamten Ostens, den außereuropäischen Ländern' (ebda., S. 676), so daß sich seine Revolution von allen vorangegangenen Revolutionen der westeuropäischen Länder unterscheiden muß. Das zaristische Rußland ist eine imperialistische Macht, aber 'das schwächste Kettenglied innerhalb der imperialistischen Kette', und es bildet eine Brücke zu den (Halb-)Kolonien Asiens.

Die menschowistische Formel lautet, Rußland habe in der Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht die Höhe erreicht, bei welcher eine eigenständige proletarische Revolution und die Grundlegung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sind. Lenin dagegen erinnerte an die Marx'sche Voraussage einer Arbeitererhebung, die durch einen 'Bauernkrieg' gestützt und gedeckt wird (1856). 'Wie aber, wenn die völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfacht wurden, uns die Möglichkeit eines anderen Übergangs eröffnete, um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen übrigen westeuropäischen Staaten?' (ebda., S. 677) 'Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst (!) solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon

mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen? In welchen Büchern habt ihr denn gelesen, daß derartige Modifikationen der üblichen historischen Reihenfolge (!) unzulässig oder unmöglich seien? Wie ich mich erinnere, hat Napoleon geschrieben: 'On s'engage et puis... on voit.' In freier Übersetzung bedeutet das etwa: 'Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden.' Auch wir haben uns im Oktober 1917 zuerst ins Gefecht gestürzt und dann solche Einzelheiten der Entwicklung (vom Standpunkt der Weltgeschichte aus sind das zweifellos Einzelheiten) zu sehen bekommen wie den Brester Frieden oder die NEP usw. Gegenwärtig kann schon kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir im wesentlichen den Sieg davongetragen haben.' (ebda., S. 678) Das ist die

Quintessenz des Leninschen Denkens; Stoßen wir das alte Rußland in die Gegenwart und fangen wir damit an, auf revolutionärem Wege die Arbeiter- und Bauern-Macht sowie die Sowjetordnung zu schaffen. Das ist die Voraussetzung, um einmal in der Sowjetunion das Kulturniveau des Sozialismus zu erringen. Und die Kehrseite, wie sie Trotzki ausgedrückt hat: Hätten 1917 die Bolschewiki nicht die Sowjetmacht errichtet, so hätte die Welt ein russisches Wort für Faschismus kennengelernt – für einen Faschismus, wie er sich im Terror der 'Schwarzhunderter' bereits nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905 angedeutet hat. Sich diesen Tatsachen zu stellen, darum kommt auch heute die Opposition in der UdSSR nicht herum!

ran gehen kann, einen erfolgreichen Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu führen.... Der Witz ist, daß diese Äußerungen 1973 zugleich auch noch der autoritären Führung in der UdSSR schmeicheln sollten.

Etwas gemäßigter und weniger irrational, nichtsdestotrotz mit derselben Stoßrichtung argumentiert Wladimir Bukowski, z. B. in einem Interview mit dem ZDF-Magazin am 22.12.1976: 'Ich kann aber nicht glauben, daß die Menschen der freien Welt Komplizen dieser Verbrechen (in der UdSSR, Anm. d. Verf.) werden sollen. (...) Ich möchte nicht, daß der Westen sich nach und nach von der Sowjetunion isoliert, daß eine Mauer zwischen seinen Ländern und der Sowjetunion errichtet wird. Die westliche Welt soll jedoch das volle Ausmaß der Gefahr erkennen, die ihr in Gestalt der Sowjetunion droht. Der Westen soll verstehen, daß er auf keinen Fall ideologisch abrüsten darf. (...) Ich hoffe, daß die westliche Welt genügend moralische Kraft besitzt, um die raubtierhafte sowjetische Militärmacht (!) nicht zu fürchten. Höchste moralische Pflicht des Westens sollte es sein, die menschlichen Ideale zu verteidigen, unabhängig davon, ob er es furchtvoll oder furchtlos tut. Ich will natürlich keinen Krieg. Aber wer hat gesagt, daß die einzige Alternative zur Entspannung der Krieg sei? Das ist eine Lüge. Warum sollten wir einen dritten Weg für ausgeschlossen halten? Warum müßte eine Absage an die Entspannungspolitik zwangsläufig zum Krieg führen? Ich sehe in einer solchen Argumentation keine Logik. Die Entspannungspolitik ist doch jüngerer Datums. Eine lange Zeit – 1953 oder 1954 fing sie an – gab es keine Entspannungspolitik. Es gab jedoch auch keinen Krieg.' (abgedruckt in der FAZ vom 24.12.1976) Es liegt auf der Hand, daß sich auch Bukowski im politischen Spektrum des bürgerlichen Lagers nicht auf der Seite der Sozialdemokratie, sondern auf der rechts-reaktionären Seite angesiedelt hat. Für eine militante und grundsätzliche Opposition in den westlichen Gesellschaften sieht er, der der Sowjetführung mit ungläublichem Mut und zäher Ausdauer widerstanden hat, keinerlei Anlaß: 'Ich bin glücklich, daß die Menschen in der westlichen Gesellschaft nicht solche Verrückte werden müssen, wie ich einer bin. Ich hoffe, daß sie es auch in Zukunft nicht werden müssen, daß sie nicht Dinge tun müssen, die in anderen Gesellschaftsformen als verrückt angesehen werden.' (ebda.) Eine Solidarisierung dieser Bürgerrechtler mit dem vietnamesischen oder chilenischen Volk ist ebenso unmöglich wie eine Solidarisierung mit der – RAF. 1973 beglückwünschten die Gefangenen in Dnjepropetrowsk den Blutgeneral Pinochet zur Inhaftierung des KP-Generalsekretärs Corvalan; auf rusischem Boden gelandet kontert dieser, politische Gefangene in der UdSSRgäbe es nicht, nur Kriminelle....

Bukowski kritisiert scharf die sozialdemokratische Ostpolitik' und solidarisiert sich dafür mit dem neuen amerikanischen Präsidenten Carter:



B) Stellung der 'Bürgerrechtler' zum westlichen Imperialismus

Aus der vorangehenden Skizze ergeben sich folgende Kriterien, unter denen die einzelnen Strömungen der 'Bürgerrechtsbewegung' untersucht werden können:

- 1) Wie reagieren die 'Bürgerrechtler' auf den Druck, den der kapitalistische Weltmarkt auf die Sowjetunion und ihre Satelliten ausübt (s. Schaubilder)?
- 2) Wie verhalten sie sich zu den militärischen Drohungen und Pressionen gegenüber den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, hier eingeschlossen China, Kuba, Vietnam, Nordkorea?
- 3) Wie ist praktisch ihr Verhältnis zu rechtsradikalen Emigrantenorganisationen, zu kapitalistischen Präsidenten/Regierungen oder zu europäischen Sozialdemokratie?
- 4) Wie interpretieren sie Charta und Resolutionen der UNO sowie die Schlußakte der Konferenz von Helsinki 1975 (KSZE)?

Drei Beispiele, wie sich eine bestimmte Strömung von sowjetischen Oppositionellen dem westlichen Imperialismus gegenüber verhält:

Alexander Solschenizyn hat in seinem „Brief an die Sowjetführung“ (vom 5.9.1973) sein Programm für die Regeneration der Sowjetunion vorgestellt (Neuwied 1974 bei Luchterhand erschienen). Bereits 1973 – noch in der Sowjetunion – sieht Solschenizyn die zerfallende, in sich zerrissene „westliche Zivilisation“, „auf den Knien“ vor der Sowjetmacht (S. 9 ff.), und er hebt ironisch die „Stalinschen Erfolge“ sowie die erfolgreiche „Sowjetdiplomatie der letzten Jahre“ hervor: „Die westliche Welt (!) steht der Sowjetunion nicht mehr als einheitliche gewichtige Kraft gegenüber, sie hört sogar fast auf zu existieren. Als Europa in sich Einheit, Härte und Standfestigkeit für den Zweiten Weltkrieg (!) fand und auch noch die Kraft, aus der Nachkriegskatastrophe herauszukommen, hatte es sich wohl auf lange erschöpft. Die Siegermächte waren ohne jeglichen Grund schwach und gebrechlich geworden.“ (S. 11) Und: „Die katastrophale Schwächung der westlichen Welt und der gesamten westlichen Zivilisation ist bei weitem nicht nur ein Erfolg der unerschütterlichen hartnäckigen sowjetischen Diplomatie, sie ist vor allem das Ergebnis einer historischen, psychologischen und moralischen Krise dieser ganzen Kultur und dieses Weltanschauungssystems (...).“ (S. 11 f.) Solschenizyn ist nun zu uns gekommen, um den schlappen Westen aufzurufen und die Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu beheben. Diese seine Aufgabe erfüllte unser Nobelpreisträger und „Moralist“ z. B. in seiner viel beachteten Rede vor dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO und den dort anwesenden Kriegsgrößen des US-Imperialismus: „Laschheit in Vietnam“ werde noch mit dem Friedensnobelpreis belohnt... Profitgier treibe amerikanische und westliche Unter-

nehmer zum Ausverkauf der westlichen Interessen. Unter starkem Beifall forderte der Dichter den AFL-CIO unter seinem Präsidenten (und berufsmäßigen Antikommunisten) George Meany auf, die Kräfte dieses „jüngsten und unverbrauchten Amerikas“ endlich wieder zugunsten der Freiheit einzusetzen. Amerika könne es sich nicht leisten, sich aus dem Weltgeschehen zurückzuziehen; es müsse vielmehr – wie es dies bereits einige Male geleistet habe – die Führung an sich reißen (!!) und die Verantwortung für die Überwindung der tiefen Krise des Westens auf seine Schultern nehmen.... (siehe FAZ vom 2.7.1975)

Solschenizyn ruft demgemäß überall im Westen dazu auf, die Reste der bürgerlichen Demokratie noch schneller und konsequenter zugunsten einer autoritären Herrschaftsform zu korrigieren. Er hielt es schon im September 1973 für nötig, „ziemlich aufrichtig zu argumentieren, daß wir keine Verehrer jener stürmischen ‚Auswüchse der Demokratie‘ sind, wenn sich alle vier Jahre die Politiker und sogar das ganze Land für die Wahlkampagne, für die Liebedienerei vor der Masse (!), überschlagen und damit nicht nur innere Grüppchen, sondern auch ausländische Regierungen vielfältig ihr Spiel treiben; wenn ein Gericht unter Mißachtung der ihm garantierten Unabhängigkeit, um den Leidenschaften der Gesellschaften zu dienen, einen Menschen für unschuldig erklärt (Daniel Ellsberg, Anm. d. Verf.), der während eines kräfteverzehrenden Krieges (in Vietnam, Anm. d. Verf.) Dokumente des Kriegsministeriums gestohlen und publiziert hat (Pentagon-Papers, Anm. d. Verf.). Daß wir sogar in einer etablierten Demokratie nicht wenige Beispiele dafür sehen, wie sie ihre Schicksalswege aufgrund eines emotionalen Selbstbetrugs oder zufälligen Übergewichtes gewählt hat, das eine winzige unpopuläre Partei zwischen zwei großen bewirkt – und daß infolge dieses nichtigen Übergewichtes, das keineswegs den Willen der Mehrheit ausdrückt (und auch der Wille der Mehrheit ist von falscher Beeinflussung nicht geschützt), wichtigste Fragen der Politik des eigenen Staates oder auch der Welt entschieden werden. Dazu noch die jetzt häufigen Beispiele dafür, wie irgendeine Berufsgruppe es versteht, sich in einem für die eigene Nation schweren Augenblick das beste Stück zu ergattern, unbesorgt, ob die ganze Nation daran zugrunde geht. Und schließlich haben sich auch die angesehensten Demokratien gänzlich hilflos (!!) vor einem Häuflein rotziger Terroristen erwiesen. (...) So ist auch Ordnung nicht amoralisch, ein beständiges und ruhiges System“ (Offener Brief an die sowjetische Führung, S. 49 f.). In anderen – deutlichen – Worten: Erst müssen im Westen Wahlen, Parlamentarismus, Koalitionen, Pressefreiheit, unabhängige Gerichte, Streikrecht, Militante vollständig im ‚starken Staat‘ beseitigt sein, ehe man da-

Jimmy Carter betriebe im Gegensatz zur BRD „eine harte, langfristige und unbeugsame entschlossene Politik gegenüber der Sowjetunion. Sich mit ihm, der die größte Macht der Erde anführe, zu solidarisieren, jetzt und hier, sei seiner Ansicht nach die große, aber vielleicht auch die letzte Chance für Westeuropa. Daß Europa diese Chance bisher nicht wahrzunehmen bereit scheine, bestätige ihn nur in seinen pessimistischen Erwartungen: „Europa hat nicht mehr genug Kraft. Die Sowjets werden ihre Panzer vielleicht gar nicht brauchen. Wenn man schon Angst hat, zu sagen, was man denkt, ist man gegenüber dem totalitären Staat verloren.“ (FAZ vom 18.3.1977) Resümee: Der kapitalistische Westen ist ausersehen, die Sowjetunion zu ‚reformieren‘ in Richtung auf sein überlegenes System.

Eine zweideutigere Haltung nimmt der intelligente Historiker Andrej Amalrik ein, der in den letzten Wochen durch sein Antichambrieren bei den höchsten Regierungshauptern des Westens bekannter geworden ist. Er kritisiert Solschenizyn und Bukowski. Er meint nicht, das alte Rußland sei gut gewesen und der Marxismus habe alles Böse über die Sowjetunion gebracht: „So hat das Sowjet-System das Beste sowohl in der russischen Tradition sowie im Marxismus vernichtet.“ (Interview im Spiegel Nr. 32 vom 2.8.1976, S. 78) Einerseits erklärt er, sein Modell sei ein „Zurück zu den Sowjets!“/„Alle Macht den Räten!“ (ebda., S. 80) – andererseits sagt er: „Jede Annäherung vom Westen her sollte verbunden werden mit Forderungen nach gewissen Gegenschritten, außen- wie innenpolitisch. Ohne Änderungen der Innenpolitik der Sowjetunion kann man überhaupt nicht erwarten, daß sich die Außenpolitik ändert. (...) Obwohl sie es nicht wollen, daß sich die Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einmische, tut sie es mit großem Erfolg. Die DKP ist nicht eine kommunistische Partei wie die italienische, sie ist ein Instrument der Sowjetunion....“ (ebda., S. 81)

An der Widersprüchlichkeit der Äußerungen Amalriks u. a. wird deutlich, daß es das stalinistische System ist, das sich seine Oppositionellen heranzüchtet, daß es an deren Haß wie reaktionären Ansichten die Hauptschuld trägt! Wie sollten gerade die Mutigsten und Aufrichtigsten auf Dauer die Lügen der stalinistischen Bürokraten und Diplomaten ertragen können? Hier treffen sie auf ein System, das seine hergeleiteten Ansprüche (s. o.) dauernd mit Füßen tritt. Solschenizyn, Bukowski haben schließlich die vielbeschworene Legitimität, die das bürokratische Herrschaftssystem ideologisch aus der Oktoberrevolution zieht, für bare Münze, für wahr genommen und halten deshalb den Stalinismus für die direkte Konsequenz des Marxismus, legitimen Erben des Bolschewismus.

Der US-Präsident als Bezugsfigur der rechten Opposition in der Sowjetunion

Seit dem Machtwechsel in Washington von Kissinger/Ford zu Carter/Brzesinski Anfang dieses Jahres ist die Beziehung zwischen Solschenizyn, Bukowski, Sacharow, Amalrik und dem Weißen Haus offener und intensiver geworden. Henry Kissingers ‚Realpolitik‘ und Großmachtdiplomatie war so angelegt, daß die sowjetischen Oppositionellen nur von unteren Chargen der amerikanischen Administration in Empfang genommen und behandelt werden konnten; zu Jimmy Carters ‚moralischem Imperialismus‘ in der üblen Tradition der Präsidenten Wilson, Roosevelt und Kennedy paßt es ausgezeichnet, eine gewisse Spannung in der sog. ‚Menschenrechtsfrage‘ im Poker um den Rüstungswettlauf (s. u., Cruise Missile) zu nutzen!

Der Bürgerrechtler Andrej Sacharow schrieb an

Carter: „Es ist Ihre (!) Pflicht, den politisch Verfolgten in Osteuropa zu helfen.“ Postwendend schrieb der amerikanische Präsident Mitte Februar 1977 mit der diplomatischen Kurierpost einen Brief nach Moskau. „Dort erschien Sacharow, in chauffeurgeleiteter Limousine, in der US-Botschaft und wurde in das Büro eines hohen Beamten geleitet, der ihn begrüßte und ihm den Brief des Präsidenten überreichte.“ (Der Spiegel Nr. 16/11.4.1977, S. 111) Der Brief aus Washington wurde von Sacharow dann den Zeitungskorrespondenten vorgetragen: „Ich (...) bin immer froh, etwas von Ihnen zu hören. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Herzlichst Jimmy Carter.“

Am 1. März 1977 wurde Wladimir Bukowski, der nach Solschenizyn zu einem der kämpferischsten Anti-Kommunisten geworden war, von Präsident Carter und seinem Vize Mondale empfangen. Aus den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten rufen immer mehr Briefe den amerikanischen Präsidenten zu Hilfe.

Am 5. April 1977 hat z. B. der Vater des wegen seiner Beteiligung an den Protestaktionen vom Juni letzten Jahres in Ursus bei Warschau zu drei Jahren Gefängnis verurteilten Marek Majewski sich mit der Bitte um Hilfe an Präsident Carter gewandt: „Ich bitte Sie um Hilfe, um den Einsatz für uns bei unseren Behörden, denn sie hören nur auf die Starken und Mächtigen (!) aber sie sind taub für die Arbeiterstimme.“ (in der FAZ vom 14.4.77) Dieser Brief spiegelt u. a. die paradoxe Situation wider: Nicht die polnische Arbeiterklasse sei in der Lage, das Streik- und Demonstrationsrecht gegen die herrschende Bürokratie zu erkämpfen; dafür bedürfe es der ganzen Stärke und des Einsatzes des US-Imperialismus, personifiziert in Carter!!

Selbstverständlich wird die Initiative Präsident Carters von rechten und linken ‚Regimekritikern‘ ebenso kontrovers beurteilt wie von Rechten und Linken im Westen. Der in Moskau lebende ‚Reformkommunist‘ und Dissident Roy Medwedew, der sich als Marxist begreift, schrieb z. B. in der Juni-Ausgabe des amerikanischen Nachrichtenmagazins *Newsweek* einen kritischen Artikel über Carter: Offensichtlich sei das Ergebnis der Carterschen Äußerungen, daß die sowjetische Führung aus der neuen Verfassung (s. u.) einen Passus gestrichen habe, in dem das „Recht auf Ausreise“ verankert werden sollte. Die Sowjetunion habe damit den Eindruck verwischen wollen, sie beuge sich dem Druck von außen! Das Jahr 1977 habe mit dem stärksten Druck der Behörden auf Regimekritiker seit Jahren begonnen. Verhaftungen seien von den höchsten Stellen innerhalb der Partei sanktioniert worden. Diese Eingriffe seien sicherlich schon vor dem Amtsantritt Carters geplant worden. Doch habe der amerikanische Präsident mit seiner ‚Menschenrechtspolitik‘ genau das Gegenteil dessen erreicht, was er wollte. „Großmächte sind sensibel, was das Prestige betrifft.“ Carter habe nichts aus der Politik Kissingers (!) gelernt, der – hinter den Kulissen um Lösungen bemüht – niemals versucht habe, dem Prestige der Sowjetunion Schaden zuzufügen (s. FAZ vom 14. 6.1977) (s. u. zur Problematik der Dissidentenhaltung Roy Medwedews).

Auf der anderen Seite sagt Alfred Dregger (CDU): „Ich habe daher die Politik Carters anders als die meisten europäischen Politiker (vor allem die Sozialdemokraten, Anm. d. Verf.) von Anbeginn an positiv beurteilt. Carter hat der westlichen Politik wieder eine moralische Dimension gegeben und es ihr zugleich ermöglicht, auf dem ideologischen Felde die Auseinandersetzung mit Moskau offensiv zu führen. (...) Es gibt auch unter kommunistischen Parteien und Staaten Rivalitäten und Interessengegensätze, die zu nutzen Aufgabere der westlichen Politik ist. Das gilt insbesondere für den

Gegensatz Moskau-Peking. Einen vergleichbaren Gegensatz gibt es leider (!) nicht zwischen dem sogenannten Eurokommunismus und Moskau.“ (Gespräch in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 13.6.1977, S.28) Es müsse das Ziel des ‚Westens‘ sein, den Einfluß der UdSSR auf ihre nationalen Grenzen zurückzudrängen, d. h. „es liegt im Interesse des Westens, daß die osteuropäischen Völker über sich selbst bestimmen können, statt von Moskau beherrscht zu werden“ (ebda.). Die Positionen der Stärke/Offensive und Schwäche/Defensive sind klar verteilt zwischen West und Ost.

Bis 1962/1963 hatte US-Präsident John F. Kennedy das Motto des ‚Kalten Krieges‘ (seit 1946) unverblümt ausgesprochen: „Wir sind für die Aufrechterhaltung der Freiheit in der ganzen Welt verantwortlich.“ Im gleichen Stil hielt Carter seine Antrittsrede am 20.1.1977: „Weil wir (Amerikaner) frei sind, können wir niemals gleichgültig sein gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo. (...) Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten muß absolut sein.“ Und: „Es ist einfach unvereinbar mit meinem Charakter und, glaube ich, auch mit dem Charakter des amerikanischen Volkes (!!), Menschenrechtsverletzungen zu dulden und zu ertragen.“ Und: „Wenn unser Land es schafft, die Hochburg einer moralischen und ethischen Haltung in der Frage der Menschenrechte zu werden (...), dann könnte das möglicherweise die Flut umkehren, die bislang zuungunsten der Demokratie verlief.“ Und: „Die USA sollten alles tun, um die Freiheit in den gegenwärtig besetzten Gebieten Osteuropas zu fördern.“

Das Schlimme ist, daß ein Teil der sowjetischen Oppositionellen heute eben dieses Vokabular der Dulles und Eisenhower teilt und wie selbstverständlich im Munde führt. Die gegenwärtige Situation ist brisant dadurch, daß die heftig aufflammende Unruhe im Ostblock seit Herbst 1976 (s. u.) haargenau auf den imperialistischen Messianismus der USA trifft, die sich in ihrer Mehrheit nach Vietnam und Watergate wiederfinden in der puritanischen Heuchelei und im ‚demokratischen‘ Chauvinismus eines Jimmy Carter. Ist die amerikanische Expansion gleichbedeutend mit Verbreitung von Zivilisation und Demokratie, Wahrheit und Ordnung allüberall in der Welt, dann muß der Kreuzzug für die ‚human rights‘ hier und jetzt geschlagen werden in Angola/Zaire und in der CSSR, in Polen und im Libanon.... (s. *Wirtschaftswoche* Nr. 15 vom 1.4.1977, S. 14 ff.) Dies umso mehr, als der amerikanische Präsident Carter selbstverständlich nicht nur vom schutzbedürftigen nationalen amerikanischen Industriekapital (Eisen, Automobile) abhängt, sondern im Augenblick auch auf die enthusiastische Unterstützung der Gewerkschaften AFL/CIO, die linksbürgerliche Intelligenz und die bürgerlichen wie kleinbürgerlichen Schwarzen zählen kann, wie sie nach dem Vietnamkrieg ihre Sackgasse in der Demokratischen Partei gefunden haben! „This land is your land....“ (Woody Guthrie) – Weite und Reichtum des Landes erzeugen selbst in kritischen Köpfen den besonderen amerikanischen Chauvinismus.

Künftig winkt nicht nur ein Willy Brandt aus dem Hotel in Erfurt; in Moskau und Warschau, Prag und Bukarest soll Jimmy Carter auf die ‚Volksdemokratien‘ niederlächeln. Brzesinski (Carters Einflüsterer) altbekanntes Rezept, den ‚Ostblock‘ durch die massive Förderung religiöser, nationaler, liberaler usw. Widerstandstendenzen aufzuweichen, hat eine neue Chance erhalten. Indem er sein ökonomisches Übergewicht (s. Tabellen) ins Spiel bringt, Interventionsdrohungen ausstößt und die Lunte ‚Menschenrechte‘ an das immobile stalinistische System legt, hat der US-Imperialismus die Initiative gegenüber der Sowjetunion wiedergewonnen, die seit Vietnam und Angola infragege-

stellt war. Hinzu kommt die *militärische Erpressung!*

Während die westliche Presse im Chor mit Sol-schenizyn, Bukowski und Peking die „wahnsin-nige Aufrüstung der Sowjets“ anprangert, kün-digte US-Außenminister Vance Ende März in Moskau praktisch das SALT I-Abkommen (von 1972) und die Abmachungen von Wladiwostok zwischen Ford und Breschnew (vom Novem-ber 1974). Carters Außenminister legte Abrüs-tungsvorschläge vor, *ohne* die düsengetriebene und mit Unterschallgeschwindigkeit fliegende ‚Cruise missile‘ (Marschflugkörper) in Vorschlag und Verhandlungen miteinzubeziehen! „Die Einsatzmöglichkeiten dieser sogenannten Marschflugkörper sind praktisch unbegrenzt. Sie können von Atom-U-Booten, aus herkömm-

lichen Torpedoröhren und von Schiffen gestar-tet werden. (...) Auf den Reißbrettern der US-Rüstungsindustrie entsteht schon die nächste Generation von Flugkörpern. (...) Die Marsch-flugkörper werden Waffenarsenal und Strategie der NATO (!) zwangsläufig revolutionieren. Durch einen Zusatztank kann die taktische Waf-fe in eine strategische umgewandelt werden. Genauso leicht läßt sich auch der konventionel-le gegen einen atomaren Gefechtskopf austau-schen. (...) Die Marschflugkörper sind Amerikas Trumpf im Abrüstungspoker, und sie vor allem gestatten es Präsident Carter – wie er glaubt –, mit Moskau in der Abrüstungsfrage derart hart umzuspringen, denn die Sowjets haben ihnen bisher nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. In ihrer eigenen Flugkörperentwicklung liegen sie etwa fünf bis zehn Jahre hinter den Ameri-

kanern zurück. (...) Moskaus einziger Schutz vor den Cruise Missiles wäre ein neuartiges, aber extrem kostspieliges Luftverteidigungssystem, das für die Sowjetwirtschaft ruinöse Folgen hätte. (...) Nach Meinung von Abrüstungsexper-ten (!) bricht damit eine neue Ära des Wett-rüstens an.“ (*Der Spiegel* Nr. 15 vom 4.4.1977, S. 129f.) Präsident Carter gab Breschnew und Gromyko bis Mai Zeit, zu den amerikanischen Vorstellungen Stellung zu nehmen; dann sei er gezwungen, noch „viel weitergehende Verpflich-tungen“ zur Produktion neuer Waffen einzuge-hen.

Die neue *Waffenentwicklung* (Cruise missile, der sowjetische Bomber ‚Backfire B‘ oder etwa die neuartigen Atomsprengköpfe – kleine Kern-schmelzkörper mit verringertem Sprengeffekt

ARSENAL DES SCHRECKENS



neu: Strategischer US-Bomber „B-1“; (Geschwindigkeit: Mach 2; Bewaff-nung: 24-32 Luft-Boden-Raketen vom Typ AGM-69A mit Atomsprengköpfen); drei Serien-Flugzeuge genehmigt, 250 geplant.



im Einsatz: US-Strike-Bomber (F-4C „Phantom“) als Träger taktischer Atomwaffen.



neu: Amerikanisches „Cruise Missile“ vom Typ AGM-86A, unbemannte Lenk-waffe mit bis zu 3000 Kilometer Reich-weite, die von Trägerflugzeugen aus gestartet werden kann.

im Einsatz: 13 US-Flugzeugträger („Attack carriers“), davon zwei atom-getrieben; auf jedem Träger sind Flugzeuge für den atomaren „Strike“ stationiert.



neu: Amerikanisches Atom-U-Boot vom Typ „Trident“ (Unterwasser 18 800 Tonnen; Unterwassergeschwindigkeit: 50 kn; Bewaffnung: 24 Trident-I-Raketen mit je acht Sprengköpfen); 10 Boote im Bau oder geplant.

Atombewaffnung der Supermächte (Stand Mitte 1976)	
Die Zahl der Sprengköpfe steht in Klammern hinter den Raketen-Bezeichnungen	
USA	SOWJET-UNION
BODEN-BODEN-RAKETEN	
1054 Interkontinentalraketen mit 2154 Sprengköpfen 54 Titan 2; 450 Minuteman 2; 550 Minuteman 3 (je 3);	1527 Interkontinentalraketen mit rund 2000 Sprengköpfen; darunter 900 SS-11 (je 3 möglich); 20 SS-17 (je 4); 36 SS-18 (je 8 möglich); 100 SS-19 (je 6 möglich); 600 Mittelstreckenraketen 500 SS-4; 100 SS-5;
SEE-BODEN-RAKETEN	
656 Mittelstreckenraketen mit 5440 Sprengköpfen auf 41 Atom-U-Booten 160 Polaris A3 (je 3); 496 Poseidon C3 (je 10);	1109 Raketen auf 78 U-Booten 49 Raketen auf anderen Schiffseinheiten darunter 544 SS-N-6 (je 3 möglich); 220 SS-N-8; 312 Shaddock;
LUFT-BODEN-RAKETEN	
ca. 1900 Raketen ca. 400 AGM-28B; 1500 AGM-69A;	ca. 1000 Raketen AS-3 und AS-4;
WEITERE ATOMSprengköpfe	
ca. 7000 Atomsprengköpfe in Europa Trägersysteme: Raketen Pershing, Lance, Honest John; Strike-Bomber, u.a. F-4C, F-104 (deutsch u. italienisch), F-111, A1D; außerdem Atom-Minen	ca. 3500 Atomsprengköpfe Trägersysteme: Raketen, u.a. Frog, Shaddock, Scuds, Scaleboards; Strike-Bomber, u.a. Mig 21, Mig 23, Mig 25



im Einsatz: US- und Sowjet-Interkontinentalrakete mit Mehrfach-Sprengköpfen (je nach Raketenart können damit bis zu zehn verschiedene Ziele gleichzeitig zerstört werden).



neu: Sowjet-Bomber „Backfire B“ (Geschwindigkeit: Mach 2,5; Bewaffnung: Boden-Luft-Rakete vom Typ AS-6 mit Atomsprengköpfen).



im Einsatz: Sowjetische Strike-Bomber der MiG-Serie; Träger für taktische Atombomben.

neu: Amerikanische „Cruise Missile Tomahawk“; diese unbemannte Lenk-waffe mit anlegbaren Flügeln kann aus Torpedoröhren von Zerstörern, aber auch von U-Booten während der Unterwasserfahrt gestartet werden.



im Einsatz: Sowjetische Atom-U-Boote vom Typ „Delta-II“. Bewaffnung: SS-N-8-Raketen.

nach dem Prinzip der H-Bombe, aber mit stark erhöhter Gamma- und Neutronen-Strahlung sowie kontrollierter Explosionswirkung – auf ‚Lance‘-Projektilen, die vor allem in der BRD stationiert werden sollen, u. a.) ist dabei, den machtpolitischen *status quo* allein aus der technischen Entwicklung heraus zu *destabilisieren* (zu diesem Problem s. Carl Friedrich von Weizsäcker, Wege in der Gefahr. Eine Studie über

Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München-Wien 1976/Hanser). Diese Destabilisierung trifft gegenwärtig zusammen mit der Unzufriedenheit über die sog. ‚Entspannungspolitik‘ in beiden Lagern. Ferner mit der (neurotisierenden) Erfahrung der Imperialisten, *objektiv* die Krisen der kapitalistischen Welt an der ‚Peripherie‘ – von der ‚Erdölkrise‘ 1973/74 bis zum Beben in Südostasien und zur Erhe-

bung der Schwarzen im südlichen Afrika – nicht in den Griff zu kriegen; doch diese ‚Peripherie‘ beginnt bereits im *Mittelmeerraum*, und zwar nicht nur in der Türkei, im Nahen Osten, sondern ebenso in Portugal, Spanien, Griechenland, Frankreich und Italien! Neben und außer der ‚normalen‘ ökonomischen Macht/Pression (USA, Japan, EG), direkten politisch-militärischen Gewalt (NATO, SEATO) müssen hier

noch andere Mittel greifen: die (Wieder-)Aufrüstung einer ‚internationalen‘ Sozialdemokratie (‚Sozialistische Internationale‘), die materielle und politische Stärkung des sozialdemokratischen *Reformismus* (insbesondere von der BRD aus in Nordeuropa, in Israel, in der Türkei, in Portugal, in einigen afrikanischen Ländern) und, wo dies allein nichts nützt, die Überführung des stalinistischen Reformismus in die historisch erprobte Form der Klassenkollaboration, in die blutigen *Sackgassen der Volksfronten* (‚Union de la Gauche‘ – ‚Union Populaire‘ – ‚historischer Kompromiß‘ – ‚demokratische Konvergenz/Koordination, Erneuerung, Junta‘, ‚demokratischer Bruch‘ – ‚fortgeschrittene Demokratie‘ – ‚antimonopolistische Demokratie‘) und was noch derlei Leckerbissen mehr sind) als *letzte Auswege* der Bourgeoisie vor Faschismus und offenem Bürgerkrieg, der dann bereits ein NATO-Krieg ist! Planspiele der Imperialisten gibt es dafür mehr als genug (s. die ARD-Sendung vom 6.6.1977, 21.45 Uhr, von Martin Schulze). Der Eurokommunismus ordnet sich in dieses Kräftespiel ein (s. u.: Stalinismus und Eurokommunismus).

Es ist richtig: Trotz oder neben ihrer erklärten ‚Détente-Politik‘ rüstet auch die SU linear auf. Sie bringt viel ‚Masse‘ an sog. ‚konventioneller‘ Rüstung auf, liegt jedoch im *nuklear-strategischen* (weitreichende Atomwaffen, Mehrfachsprengköpfe) und auch *maritimen* Bereich weit zurück: etwa ein Jahrzehnt an Entwicklung (s. auch Schautafel). Sie braucht ihre Masse an Soldaten, Panzern und Amphibienfahrzeugen zum machtpolitischen Schach, vor allem aber zur Repression nach ‚innen‘ im Warschauer Pakt (s. DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968) und zur machtpolitischen Konkurrenz mit der VR China (s. Ussuri). Eine Aggression in Mitteleuropa – etwa aus ‚sozialimperialistischen‘ Motiven – ist eine absurde, eine imperialistische Idee. Die UdSSR versuchte im vergangenen Jahrzehnt, Europa nicht zu ‚finlandisieren‘ (so F. J. Strauß), sondern zu ‚gaullisieren‘ (Lockerung der NATO und Offenhaltung der E/W/G). Aber dieses Projekt ist – nicht zuletzt aufgrund der ‚Leistung‘ der Eurokommunisten – kläglich gescheitert!

Auf der anderen Seite hat es das imperialistische System immerhin vermocht, den *Osthandel* – weit über sein ökonomisches Gewicht hinaus – zum *Moment der Sicherheitspolitik* zu machen! Dies war und ist vor allem die Leistung der europäischen Sozialdemokratie. Das bedeutet: Im Konflikt- und gar Kriegsfall würden die wirtschaftspolitischen Bande zerreißen, an deren *Aufrechterhaltung* wesentliche Teile der Ost-Bürokratie (Technokraten, Wirtschaftsplaner, Betriebsdirektoren, politisch: die ‚Tauben‘) viel zu sehr interessiert sind, wissen sie doch zu genau Bescheid über die eingetretene *Durchlöcherung* des staatlichen Außenhandelsmonopols (und zwar nicht nur in Jugoslawien oder in der CSSR vor 1968), die besondere sektorale *Abhängigkeit* ihrer Volkswirtschaft – en vom Westen und die große *Anfälligkeits* der bürokratischen *Planwirtschaft* für ‚unvorhergesehene Ereignisse‘.

Wahrung der Menschenrechte als gemeinsame Aufgabe in Ost und West?

Die bisherigen Verträge zwischen den USA und der UdSSR seit 1963 hatten zur Grundlage die wechselseitige Anerkennung des militärischen wie gesellschaftlichen *Status quo* in den jeweiligen Macht- und Einflusssphären. Allein in den (halb-)kolonialen Ländern waren militärische Konflikte nicht ausgeschlossen; weite Gebiete erschienen aus dieser Sicht als ein Machtvakuum, das noch zu besetzen war. Die gegenseitigen Verträge führten schließlich zum Gipfel von *Helsinki* im Herbst 1975. Bis dahin hatten

die USA eine Reihe von empfindlichen Niederlagen in Kuba, Südostasien, Südafrika und im Mittelmeerraum einstecken müssen; die ökonomische Konkurrenz zu Japan und den EG-Staaten verschärfte sich in der Weltwirtschaftskrise. Andererseits konnte im Machtbereich der UdSSR jederzeit ein neues Krisenjahr 1953, 1956, 1968 oder 1970 ausbrechen. Katastrophale Misernten führten zu Mängeln in der Versorgungslage der Bevölkerung, Plan-Daten mußten nach unten korrigiert werden. Nicht zuletzt durch die teilweise Einbeziehung der Sowjetunion in den kapitalistischen Weltmarkt (s. Verschuldung) erlebte die Sowjetunion Anfang der siebziger Jahre die niedrigsten wirtschaftlichen Zuwachsraten nach dem Kriege. In Chile und Portugal, im Nahen Osten, in Ägypten und auf dem indischen Kontinent schwand der politische Einfluß der Sowjetunion zusehends. Rückschläge gab es auch in Afrika. Die amerikanische Strategie sieht eine Reihe fester Stützpunkte und Prokonsuln in ihren wichtigsten Einflusssphären vor: die BRD in (West-) Europa – Brasilien in Lateinamerika – den Iran im Nahen Osten – Israel im Mittelmeerraum und Japan in Fernost.

In den Augen eines Bourgeoispolitikers stellte sich die Lage so dar: „Der Westen, dieser schlaflende Riese, hat alle Trümper zur Hand.“ „Die Kommunisten sind in ihrem Herrschaftsbereich geistig in der Defensive.“ „Das Nationale gewinnt an Bedeutung; die Kraft der Religion bleibt wie die Familie (....)“ (Rainer Barzel, Es ist noch nicht zu spät, München-Zürich 1976/Tb. 1977/S. 76, 78, 79) Er fragt auch: „Halten die Kommunisten die Koexistenz nicht aus?“ (S. 78)

In der Tat ist die Ausrichtung der Kreml-Politik vor und nach *Helsinki* *defensiv*. Trotz ihrer Behauptung, *ideologisch* gäbe es keine *friedliche Koexistenz*, ist eine der meist gebrauchten, stumpfen und darüber hinaus (für Kommunisten dem Anspruch nach) ungläubwürdigsten diplomatischen Waffen die stereotype Rede der Sowjetbürokraten, man verahre sich gegen *„Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion“* (so auch die *Prawda* auf Carters Brief an Sacharow). Modell für diese Pseudoargumentation ist das in der Weltwirtschaftskrise geschlossene *Abkommen zwischen Roosevelt und Litwinow* im Jahre 1933. Damals waren ebenso die USA daran interessiert, die *„gegenseitige Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten“* als *„gegenseitig anerkanntes Prinzip“* der Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ fixieren zu lassen!

Sowjetaußenminister Gromyko wies auf seiner theatralischen Pressekonferenz vom 30. März auf genau dieses Abkommen hin und rief so beschwörend aus: „Wir brauchen keine Lehrmeister!“, daß man das Wasser, das ihm bis an den Kragen stieg, förmlich sehen konnte....

In Wahrheit haben sich die Kreml-Bürokraten in *Helsinki* auf schwankenden Boden begeben und seitdem sowohl in der bürgerlichen Welt wie in der Arbeiterbewegung nur Niederlagen eingesteckt (s. Eurokommunismus/Ost-Berliner Konferenz im Juni 1976). Die osteuropäischen Delegationen anerkannten die *UNO-Menschenrechtskonvention* zwar nicht im Jahre 1948, als sie das erste Mal abgestimmt wurde, wohl aber am 18.3.1968 (fünf Monate vor dem Einmarsch in die CSSR). Und auf dem Gipfel von *Helsinki* im Herbst 1975 versprachen sie die *„Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“*, ebenso die Freiheit der Information. Die Unterzeichnerstaaten wollten sich „einzeln und gemeinsam“ bemühen, „die universelle und wirksame Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern“. Hiermit war also die Einladung zur *„Einmischung in die inneren Angele-*

genheiten“ ausgesprochen.

Gut ein Jahr nach *Helsinki* waren die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten allesamt unter Druck gesetzt, vergleichbar nur den oppositionellen Bewegungen 1956/57 und 1968-70!

Die Gründe für die erneute große *Unruhe* in Ost-Europa sind:

- keine Erfüllung (möglich) der steigenden *materiellen* Erwartungen der Bevölkerung (der Arbeiter vor allem in Polen); im Gegenteil zum Teil Mängel in der Versorgung, Krise der subventionierten Preise;
- keine Erfüllung der Hoffnungen, wie sie durch die Schlußakte von *Helsinki* insbesondere geweckt bzw. gestützt wurden; auch keine Einlösung des Artikels 125 der Stalinschen Verfassung von 1936 (Gewissens-, Rede-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit „zum Zweck der Festigung des sozialistischen Systems“);
- zunächst wirksame ideologische *Offensive* der internationalen Sozialdemokratie (Willy Brandt-Kreisky-Palme); nach den europäischen Niederlagen der Sozialdemokratie (Skandinavien, Großbritannien, auch Israel) und Rückschlägen (BRD, Portugal, Belgien) zunehmender Einfluß des Carterschen Kreuzzugs;
- der ‚Eurokommunismus‘ (Italien, Spanien, Frankreich) als (stalinistische) *Konkurrenzscheinung* auf der Ost-Berliner Konferenz der ‚Kommunistischen Parteien‘ im Juni 1976.

In der UdSSR entstand ein Komitee um Jurij Orlov (jetzt verhaftet) zur Einhaltung der Charta von *Helsinki*. In *Polen* vereinigten sich Arbeiter, Intellektuelle in der Kritik am Vorgehen der Staatspolizei gegen die demonstrierenden Arbeiter von *Ursus* und *Radom*; die katholische Kirche schloß sich an. In der *CSSR* entstand um die Jahreswende ebenfalls eine breite Bürgerrechtsbewegung um die *„Charta 77“*, die in loyaler Opposition zum herrschenden Regime auf die Einhaltung der unterzeichneten Prinzipien von *Helsinki* drang; repräsentiert wurde die Bewegung vor allem durch ehemalige Führer und Intellektuelle der Dubcek-Ära. In *Rumänien* (um den kürzlich verhafteten Paul Goma), in Ungarn und sogar in Jugoslawien entstanden in Korrespondenz zu Prag kritische Bürgerrechtsbewegungen. Am geringsten war das politische Echo von *Helsinki* in Bulgarien und in der *DDR*. Hier gab es zwei Formen des Reagierens: einmal eine breitere *Abwanderungsbewegung* in die BRD („die Leute mit Antrag“), sodann eine schmale intellektuelle Protestbewegung in der *SED* selbst gegen die schändliche *Ausbürgerung Wolf Biermanns* im November 1976. Die *SED*-Führung versuchte, die Dissidenten durch manigfache *Repressalien* einzuschüchtern, oder sie sperrte sie, sofern sie unbekannter waren als Wolf Biermann und *Robert Havemann*, gar ein – überzeugte Kommunisten wie Gerulf *Pannach* ebenso wie den Germanisten Hellmuth *Nitsche*, der sich an den Präsidenten Carter gewandt hatte, weil über ihn und seine Frau ein politisches Berufsverbot verhängt worden war!

Die Verträge zwischen den USA und der UdSSR hatten als Kernbestand

- die wechselseitige *Anerkennung* des (nicht nur territorialen) *Status quo*,
- den bedingungslosen *Gewaltverzicht*,
- die *Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten* eines anderen Staates.

Hierzu sind folgende Anmerkungen notwendig: 1) Die diplomatische Formel des „Gewaltverzichts“ ist im Zeitalter des *Imperialismus* – in der Epoche der Kriege, Krisen und Revolutionen – ebenso problematisch wie die von den imperialistischen ‚starken Staaten‘ aufgestellte Definition, was Gewalt sei und was keine (s. strukturelle Gewalt, Staatsgewalt, Nötigung, Interventionsvorbehalte, counter-insurgency

umw.).

2) Wo bleiben in diesem Gespinnst Nothilfe und Notwehr? Kennt schon das bürgerliche StGB den Begriff der „unterlassenen Hilfeleistung“ (§ 330 c) im nationalstaatlichen Rahmen, um wieviel mehr bedeutet die Anerkennung der oben genannten diplomatischen Prinzipien durch einen Kommunisten die Kapitulation vor seiner revolutionären internationalen Pflicht (z. B. Chile, Argentinien; DDR), vor seiner Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten (Klassen, Nationen, Minderheiten)?!

3) Historisch hat sich das sog. „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ im Laufe des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und der französischen Revolution sahen sich Monarchien und Demokratien einander konfrontiert. Sie bestritten sich gegenseitig die Legitimität ihrer jeweiligen Herrschaftsform. Einmischung in die inneren Angelegenheiten bedeutete eine ständige Kriegsdrohung. Das Prinzip der Nichteinmischung sollte Handel und „Frieden“ (Nicht-Krieg) zwischen Monarchien und Demokratien (bzw. „Republiken“) gewährleisten. Ab Mitte der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts wurde versucht, mit der Politik der „friedlichen Koexistenz“ zwischen stalinisierter Sowjetunion und „demokratischem“ Imperialismus des Westens einen ähnlichen Kompromiß zu finden (1933-38; 1942-45, 1968 ff.).

4) Ist das „Entspannungspolitik“? In den zwischenstaatlichen Beziehungen herrscht Anarchie. Die Geltung des Völkerrechts ist ideologisch auf freiwillige gegenseitige Anerkennung angewiesen; praktisch setzt sich die Interpretation des machtpolitisch Überlegenen durch, und dessen Abschätzung eines Konfliktrisikos zählt! So war es im Korea-Krieg, im Vietnam-Krieg (Konfrontation USA-UdSSR/China), im israelisch-arabischen Konflikt (Konfrontation USA-UdSSR). Jeder Krieg kann sich zum Weltkrieg ausdehnen. Das ist der Preis, den der Imperialismus dem Internationalismus zollt. (Um zu erfahren, was machtpolitische Definition ist, muß man nur die Protokolle der Verhandlungen von Brest-Litowsk 1918 lesen, als Trotzki und Joffe sich mit den Vertretern des kaiserlichen Imperialismus – General Max Hoffmann, Kühlmann, Graf Czernin u. a. – um die Fragen der nationalen Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Integrität und um einen Waffenstillstand/„Frieden“ herumschlügen!)

5) Ein Völkerrecht, das wirklichen Frieden sichern könnte, müßte universal sein. Entweder wird ihm die internationale Revolution Geltung verschaffen, oder es wird ausschauen, wie es ein bürgerlicher Jurist konzipiert: „Daraus (aus der universalen Geltung, Anm. d. Verf.) wiederum folgt, daß es von ideologischen (!) Inhalten so weit entleert bleiben muß, daß es von den Staaten mit verschiedenen ideologischen Prägnanzen gleichermaßen akzeptiert werden kann, ja daß sogar das ernsteste Problem der Staatsverfassungen überhaupt – die Respektierung der Menschenrechte – die universale Geltung des Völkerrechts nicht gefährden darf. Daraus folgt wiederum, daß auch der Staatsbegriff von allen Inhalten so entleert (!) bleiben muß, wie nötig ist, um die Universalität des Völkerrechts zu gewährleisten.“ (Martin Kriele, Einführung in die Staatslehre, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 74) Daraus folgt, daß diese universale Abstraktion des bürgerlichen Völkerrechts für Marxisten unannehmbar ist!

Heterogenität und Deformation der Opposition in Osteuropa

– Man kann folgende vorläufige Schlußfolgerung ziehen; Dissidenten (wie etwa Grigorenko, Medwedew, Pliuschtsch, Krasnow-Liwitin oder der Tscheche Pelikan, Robert Havemann in Ost-Berlin) erkennen, daß es im Zuge der Realisie-



rung der Marx'schen Theorie in Rußland zu einer schweren Deformation des Sozialismus im System des Stalinismus gekommen ist (über alle weiteren Konkretionen/s. u./besteht Uneinigkeit).

Die (rechten) Oppositionellen (wie Solschenizyn, Schafarewitsch, Agurski, Borisow, Bukowskij oder Maximow) sagen, die marxistische Theorie sei „Rußland“ fremd und führe unweigerlich zum Leninismus/Bolschewismus, der dem Stalinismus gleich sei. Sie stehen in einer totalen Opposition zum Sowjetsystem (teilweise aus früheren Enttäuschungen mit dem Chruschtschowismus heraus begründet) und idealisieren dabei die borussisch-zaristisch-russisch-orthodoxe Vergangenheit, also die vorrevolutionäre Zeit (s. Solschenizyn u. a., Stimmen aus dem Untergrund, Ffm-Berlin-Wien 1976/Ullstein – Karl Marx, Die Geschichte der Geheimdiplomatie im 18. Jahrhundert. Mit Kommentaren von B. Rjasanow und B. Rabehl, Berlin-West 1976/Olke & Wolter). Der Schriftsteller Andrej Sinjowski – heute in Paris lebend – hat sich kürzlich von der Solschenizyn-Gruppe distanziert und ist aus dem Redaktionskollektiv der Emigrantenzeitschrift *Kontinent*, die vom Verlag Axel Springer/Ullstein herausgegeben wird, ausgetreten. Im ARD-Fernsehen sagte er am 2.5.1977 (24.20 Uhr) folgendes: „Warum müssen wir Russen – in der Emigration zusammengeschlossen – nur eine Sprache sprechen, nur eine Meinung haben? Das bringt uns in eine schreckliche Situation. Denn dann bleibt als die direkte Negation des Kommunismus (Sowjetsystems) schließlich nur der Faschismus!“ Sinjowski ist vor dieser Konsequenz der „Rechten Opposition“ zurückgeschreckt; Solschenizyn und Maximow, der CSU-Mitglied und Freund von Franz Josef Strauß geworden ist und die Emigrantenzeitschrift *Possew* in Frankfurt/Main herausgibt, haben sich weitgehend der reaktionären Mystik verschrieben.

– Im Osteuropa der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten ist heute kein neuer Frühling 1968 in Sicht (eine Ausnahme kann nur Polen machen, wo 1968 die antibürokratische Studentenrevolte, 1970 die Arbeitererhebung isoliert blieben, beide sich 1976/77 jedoch über das im September 1976 gegründete „Komitee zur Ver-

teidigung der Arbeiter“ von Radom-Ursul/ in brisanter Weise vereinigt). Damit ist noch nichts über die programmatische Heterogenität der polnischen Bewegung gesagt). Weder die „Ausreisebewegung“ in der DDR noch die „Bürgerrechtsbewegung“ in der CSSR zielen auf ein politisches Alternativprogramm zur herrschenden Bürokratie. Diese Dissidenten pochen nur auf das Einhalten der UNO-Konventionen, der Schlußakte von Helsinki und die Verwirklichung der Verfassungen ihrer Länder. Im Schlußkapitel der „Charta 77“ heißt es demgemäß: Die Charta „will also nicht eigene Programme politischer und gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen“, sie fordert „einen konstruktiven Dialog mit der staatlichen und politischen Macht“. Einer ihrer wesentlichen Initiatoren, der Schriftsteller Vaclav Havel, sagt: „Wir sind nicht eine Art Opposition, wir haben gar keine politischen Absichten. Wir sind eher so etwas wie eine Bürgerrechtsbewegung. Wir verstoßen auch gegen kein Strafgesetz, denn wir arbeiten nicht konspirativ, sondern in aller Öffentlichkeit.“

Sowohl im Warschauer „Arbeiterkomitee“ als auch in der Prager Bewegung für die „Charta 77“ wirken die Anhänger nicht nur unterschiedlicher, sondern gegensätzlicher politischer Überzeugungen zusammen – allein für die Einhaltung der UNO-Menschenrechtsdeklaration: Freizügigkeit für alle Bürger, einschließlich des Rechts, sein eigenes Land zu verlassen – Schutz der Privatsphäre – Recht auf freie Meinungsäußerung – das Recht, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen, Informationen und Meinungen in Wort und Schrift zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben (s. auch Teil II). Es arbeiten dort zusammen Linkskommunisten wie Jacek Kurón in Polen oder Peter Uhl in der CSSR mit Veteranen der Sozialdemokratie, Christen und Christdemokraten, unabhängigen Intellektuellen. Die polnische Regierungszeitung *Zycie Warszawy* konnte die Dissidenten/Oppositionellen in ihrer üblichen perfiden Art als „monströsen Wirrwarr utopischer, trotzkistischer, sozialdemokratischer und christdemokratischer samt einem Stückchen Zionismus“ charakterisieren.

Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

Ein „Appell an die öffentliche Meinung des Westens“ – gerichtet „an alle Menschen guten Willens“ in der „freien Welt“ – ist am 27. Mai 1977 in Paris veröffentlicht worden. Er ruft zur Solidarität mit den unterdrückten Bürgerrechtskämpfern auf, da Solidaritätsbekundungen aus dem Westen von den Regierungen Osteuropas mitunter auch respektiert würden, hätten diese doch die „Internationale Menschenrechtskonvention“ und die Helsinki-Erklärung mitunterzeichnet. Unter den etwa 60 Unterzeichnern dieses Aufrufs finden sich die Vertreter der *unterschiedlichsten* – ja in der Konsequenz *konträren* – politischen Richtungen: Ernst Bloch, Jiri Pelikan, Leonhard Plüschtsch und Jan Kott, die sich selbst „Marxisten“ nennen, stehen hier neben reaktionären Antikommunisten wie Bukowski, Maximow, Deleneaux und Eugene Ionesco gemeinsam mit der großen Gruppe der „Liberalen“ und „Demokraten“, zu der sich Amalrik, Ota Filip, Francois Fejtö, Kolakowski, Arthur Koestler, Pavel Tigrid, Ivan Svitak, Josef Czapski usw. rechnen können (s. FAZ vom 28.5.1977). *

Eine Gruppe sowjetischer Dissidenten veröffentlichte in der Wiener *Arbeiterzeitung* vom 13.6.1977 ein Dokument, das zur bevorstehenden

Helsinki-Nachfolgekonzferenz in Belgrad Stellung nimmt. In dem Dokument wird gefordert, der *Westen* solle in der Menschenrechtsfrage nicht locker lassen. Die Sowjetunion mache sich weiterhin der Verletzung der Menschenrechte schuldig, es gebe noch Hunderte von politischen Gefangenen in Arbeitslagern. Der *Westen* solle in Belgrad eindeutige Kriterien für die Verstöße gegen die Menschenrechte festlegen. Unterschrieben ist das Dokument von dem Linken Pjotr Grigorenko, der dem Leninismus in der Sowjetunion wieder zum Siege verhelfen will (s. u.), und den Bürgerrechtlern Jurij Orlow, Valentin Tschurtschin. Orlow fordert in dem Dokument auch, den Begriff „Staatsgeheimnis“ genau definieren zu lassen. Er meint, Naturkatastrophen, Epidemien, Kriminalstatistiken, Informationen über den Lebensstandard der Bevölkerung dürften genauso wenig geheimgehalten werden wie die Verletzung der Menschenrechte.

Die Sowjetbürokratie in der Defensive

Trotz der programmatischen Beschränktheit und Verworfenheit der Dissidentenbewegung in Osteuropa ist es wie 1956 (Ungarn, Polen)

den waren SED-Mitglieder.
– Ende 1976 häufen sich Meldungen über Protestaktionen unzufriedener Arbeiter in der Sowjetunion. In Riga sind litauische Hafenarbeiter zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie einen Streik gegen die Fleischknappheit organisiert hatten. Im Sommer 1976 sollen Arbeiter in den Hüttenwerken von Dnjepropetrowsk und in einer Maschinenbau-Fabrik in Witebsk für höhere Löhne *gestreikt* haben. Gleichzeitig solidarisierten sich Arbeiter in Italien, Frankreich, Spanien, England und Skandinavien – auch Arbeiter der dortigen „Kommunistischen Parteien“ – mit den Forderungen der Arbeiter in Osteuropa (s. u., Eurokommunismus).

Diese – wenn auch z. T. diffuse – *Unruhe* in Osteuropa versetzt die Sowjetbürokratie und ihre Satellitenführungen in Rotation: Wo sollen die neuen alten Gomulka und Dubcek heute herkommen? Zweimal kann der mittlerweile verschlissene Gierек nicht den Willen zum Neuanfang verkörpern (wie im Dezember 1970 in der Diskussion mit den Danziger Werftarbeitern), zweimal kann er nicht einen Warschauer Vertrag mit den westlichen Wirtschaftsmächten vorweisen (wie 1970) und eine Periode der Auflockerung verheißen! Das weiß auch unsere



* Einen ganz anderen Charakter hat dagegen eine öffentliche Protestresolution gegen die Repression der Arbeiter und des „Komitees zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter“ in Polen. Am 26. 5. 1977 der polnischen Botschaft in Paris überreicht, trägt es die Unterschriften von Jean-Paul Sartre, Jorge Semprun, des Nobelpreisträgers Francois Jacob sowie 20 weiterer sozialistischer Intellektueller. In dem offenen Brief werden die Verhaftungen in Polen und der Tod des Krakauer Studenten *Pyjas* verglichen mit den Ermordungen der „antifaschistischen Kämpfer“ in der Geschichte Algeriens, Griechenlands, Brasiliens, Argentiniens und Chiles. Entschieden zurückgewiesen werden der in der Pressionswelle geschürte Antisemitismus und die Propagandabehauptung der polnischen Staatsorgane, die Bürgerrechtsbewegung beruhe auf „Einmischung aus dem westlichen Ausland“. Die Unterzeichner fordern die „bedingungslose Freilassung aller nach dem Streik von 1976 verhafteten Personen (...) und öffentliche Gerichtsverhandlungen gegen alle an den Rechtsbrüchen schuldigen Personen“. Der Text des offenen Briefes schließt mit den Worten: „Wir sind stolz, als Freunde Polens, daß es in diesem Land noch mutige Menschen gibt, die es unter den schwierigen Umständen wagen, für die Freiheit, die Wahrheit und für die Rechte einer unabhängigen Arbeiterbewegung (!) zu kämpfen.“ (nach: *Le Monde* vom 27.5.1977)

und 1968 (CSSR) geschehen, daß sich Intellektuelle (Studenten, Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler) und *Arbeiter* wieder verbündeten. Die politische Unzufriedenheit und der Widerstand der Intelligenz haben sich bereits mit dem Kampf von Arbeitern gegen ihre *materielle* Schlechterstellung verbunden (eine Schlechterstellung, die nicht zuletzt den Bindungen des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) an den kapitalistischen Weltmarkt geschuldet ist).

– In *Polen* waren es wie 1970 die *Arbeiter*, die im Juni 1976 gegen die drastische Erhöhung ihrer Lebensmittelpreise durch den Staat militant revoltierten (in Radom, Ursus, Danzig, Warschau).
– Zahlreiche bisher unbekannte Unterzeichner der „Charta 77“ in der *CSSR* sind Arbeiter oder Menschen, die der Arbeiterklasse entstammen, Arbeiter auch, die sich während der Ereignisse 1968 noch nicht engagiert hatten.

– In der *DDR* unterschrieben auch Arbeiter Protestresolutionen und Unterschriftenlisten gegen die Ausweisung Wolf Biermanns. Während ein Dutzend Genossen inhaftiert wurden, wurden eine Anzahl Arbeiter und Angestellte entlassen, weil sie sich auf Versammlungen und in Diskussionen geweigert hatten, die Maßnahmen der SED – auch gegen Robert Havemann – gutzuheißen. Die Mehrzahl der Protestierenden

Bourgeoisie (s. den Kommentar der *FAZ* vom 26.7.1977, S. 1).

Breschnew & Co. (Kossygin) sind seit März 1969 (Treffen des Warschauer Pakts in Budapest) und August 1970 (Lösung des internen Machtkampfes Kossygin-Breschnew zugunsten Breschnews, u. a. durch teilweise Übernahme von Kossygins wirtschaftlichem und außenpolitischem Programm) einen Kurs der *vorsichtigen Öffnung zum Westen* gegangen – bei *Aufrechterhaltung staatlichen Terrors* und des *Stalinismus* im Innern (auch Mitte der dreißiger Jahre vertrat sich die „friedliche Koexistenz“ mit dem westlichen Imperialismus/Volksfrontpolitik, System „kollektiver Sicherheit“, Vereinte Nationen usw.) gut mit den Moskauer Prozessen – ja, das eine war *Bedingung* des andern).

„Leonid Breschnew zählt zum konservativen Lager. Sein einziges Ziel war bis jetzt die Erhaltung des Status quo.“ (John Dornberg, *Breschnew. Profil des Herrschers im Kreml*, München 1973, S. 321) Das ist die Quintessenz der bisher materialreichsten Breschnew-Biographie. Die *Beweggründe für Breschnews „Westpolitik“* – vor allem gegenüber der BRD unter Willy Brandt seit dem Winter 1969/70 sowie gegenüber den USA unter Richard Nixon/Henry Kissinger ab Mai 1972 waren:
– die endgültige Sanktionierung der Grenzen

von 1945 und die Konsolidierung des Machtbereichs der Sowjetunion;
 – der Konflikt mit der VR China – militärisch verstärkt seit dem Gefecht vom 2.3.1969 am Ussuri;
 – die technologische Kluft gegenüber dem kapitalistischen ‚Westen‘ sowie das wirtschaftliche Dilemma der sog. ‚Staatshandelsländer‘.

Breschnew erhoffte sich von seiner ‚Westpolitik‘ eine weitgehende technologische Erneuerung bestimmter industrieller Sektoren der Sowjetunion – vor allem durch große Kooperationsprojekte mit dem ‚Westen‘ – sowie eine Erleichterung des militärischen und Rüstungsdrucks. Beide Hoffnungen wurden nicht erfüllt bzw. verschärften die inneren Widersprüche des bürokratisierten Sowjetsystems nur, sofern sie erfüllt wurden. Den ideologischen und ‚menschlichen‘ Gefahren, die mit seiner Wendung zum kapitalistischen ‚Westen‘ heraufbeschworen wurden, versuchte Breschnew durch eine rigide ideologische Disziplinierung, erhöhte Wachsamkeit gegenüber ausländischen Einflüssen, verschärfte Repression (im Vergleich zur Chruschtschow-Ära), ‚moralische‘ Appelle zu begegnen! Die Autorität des Regimes gründet eher auf Furcht und Opportunismus als auf Vertrauen und revolutionärer Legitimität/Legalität. Unter Breschnew wurden die letzten illusionären Hoffnungen auf eine ‚Entstalinisierung‘, die zu Chruschtschows Zeiten gekeimt waren, endgültig zunichte gemacht. Am 25.9.1970 – fast neun Jahre, nachdem Stalins Leiche aus dem Lenin-Mausoleum entfernt worden war – wurde eine drei Meter hohe Büste Stalins über dessen Grab an der Kremel-Mauer enthüllt. Welche Symbolik! Chruschtschow verbannte man unterdessen in einen dunklen Winkel des Nowodewitschi-Friedhofs.

Mit anderen Worten: Die Konferenzen von Helsinki und Belgrad zeichneten sich dadurch aus, daß die Sowjetbürokratie die Fragen der ‚Sicherheit‘ (Korb 1) und der ‚wirtschaftlichen Zusammenarbeit‘ (Korb 2) hervorhoben, während die Imperialisten des sog. ‚freien Westens‘ die ‚humanitären und Menschenrechtsfragen‘ (Korb 3) ist für die ‚menschlichen Erleichterungen‘ da zur Speerspitze ihrer Pressionen machen konnten. „Die Konferenz (von Helsinki, Anm. d. Verf.) brachte ihrem Urheber (UdSSR) dann nicht, was er sich von ihr versprochen hatte. Dem Westen aber gab sie einige Instrumente in die Hand, von der Sowjetunion etwas zu verlangen. Das Wichtigste ist der Korb 3. Wie kann es da unmoralisch oder auch nur unschicklich sein, die Instrumente (!) zu gebrauchen? (...) Eigentlich haben erst die Dissidenten aus dem Korb 3 ein verwendbares Gerät (!) gemacht. Es muß aber in ihrer Hand unbrauchbar werden, wenn der Westen sich seiner nicht mehr bedient.“ (Johann Georg Reißmüller, Leitartikel in der FAZ vom 15.6.1977, S. 1)

Am Vorabend der Konferenz von Belgrad bleibt US-Präsident Carter bei seiner ‚Linie‘ (s. o.), es sei ‚seine und des amerikanischen Volkes (!) tiefe Verpflichtung und Überzeugung, auf die weltweite Einhaltung der Menschenrechte zu dringen.“ Allein schon wegen seiner Absicherung nach rechts im Kongreß muß Carter wie alle Präsidenten der ‚Demokratischen Partei‘ vermeiden, der Kremel-Bürokratie gegenüber ‚weich‘ zu erscheinen. Punkt für Punkt soll in Belgrad geprüft werden, wie sich die Staaten des ‚Warschauer Pakts‘ zu den in Helsinki unterzeichneten Forderungen des Korbes 3 seit Inkrafttreten verhalten haben (hier besteht eine Übereinstimmung Carters mit den Konservativen in Westeuropa und ein leichter Dissens zu den Sozialdemokraten). Moskau spüre bereits den „Druck der Weltöffentlichkeit“, der „Wind der Geschichte“ blase den Moskowitern ins Gesicht, Moskau habe sich eben selbst einen ‚Zauberlehrling‘ geschaffen... Die ‚Wil-

soniade‘ Carters („moralische Politik der USA“) hindert ihn freilich nicht daran, der Machtdiplomatie – den Atom-Gesprächen – erste Opfer zu bringen: Den zweiten Brief Sacharows an Carter hat der Präsident gar nicht mehr beantwortet; die Frau des jüdischen Sowjetbürgers Scharansky, dem ein Hochverratsprozeß in der Sowjetunion wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem CIA droht, hat er nicht im ‚Weissen Haus‘ empfangen.

Unter dem Druck der einheimischen Dissidenten, der imperialistischen Menschenrechtshüter und auch der Eurokommunisten in Spanien, Italien und Frankreich antwortete Breschnew, der ja auch 1970 – zwei Jahre nach dem Einmarsch in die CSSR und der Prager Okkupation – geschickt das Kossygin-Programm der Dfente-Politik endgültig übernommen hatte, auf folgende kombinierte Weise:
 – durch die Umwandlung der *Verfassungskommission* (am 29.4.1977) in seinem Sinne zur Erstellung einer *neuen Verfassung* der Sowjetunion;
 – durch die *Entmachtung* des Staatspräsidenten und Politbüromitglieds Nikolai Podgorny (auf der Zentralkomitee-Sitzung des 24.5.1977), der offensichtlich für die Stärkung der Rechte des ‚Obersten Sowjets‘ eingetreten war, sowie die Übernahme der Ämter des Parteivor-sitzenden und Staatsoberhauptes in Personalunion (Übernahme des Vorsitzes des Präsidiums des ‚Obersten Sowjets‘ am 16.6.1977) – etwa nach dem Modell des ‚Staatsratsvorsitzenden‘ in der DDR, in Rumänien und Bulgarien; Breschnew hätte dann bald alle Stalin-Titel beisammen: Marschall, Generalsekretär (seit 1966) und Führer („Woschd“);
 – Durch folgenden *Mittelkurs‘* des Lavierens: Breschnew, der immerhin mit seiner Stimme im Politbüro den Ausschlag für die Niederwerfung des ‚Prager Frühlings‘ 1968 gegeben und die sog. ‚Breschnew-Doktrin‘ formuliert hat, muß der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad (ab 15.6.1977) einige Brocken des ‚guten Willens‘ und ‚Entgegenkommens‘ auf die Konferenztische legen – bei gleichzeitiger Zufriedenstellung der innerparteilichen „Gegner der ideologischen Sorglosigkeit“ durch eine lineare und massige *Rüstung* (s. o.) sowie
 – durch eine ideologische *Gegenoffensive* in der Frage der Menschenrechte.

Verstärkt ab Anfang Juni 1977 machen die offiziellen Organe vor allem der UdSSR, der DDR und der CSSR auf die *Menschenrechtsverletzung* im ‚freien Westen‘ aufmerksam: sei es nun die Diskriminierung der Schwarzen in den USA und in Südafrika, die Vertreibung der Palästinenser durch Israel, die Polizeistaat-Methoden und das nicht erfüllte ‚Recht auf Arbeit‘, den Revanchismus usw. Immerhin wird sogar in dieser aufgezwungenen Polemik in deformierter Weise deutlich, daß noch eine *Differenz* in der Auslegung der ‚allgemeinen Menschenrechte‘ besteht (s. o. zur Fragwürdigkeit der ‚friedlichen Koexistenz‘). Die Konvergenz‘ besteht allein darin, daß der ‚freie Westen‘ und die ‚bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten‘ die bereits in den großen bürgerlichen Revolutionen versprochenen Menschenrechte *nicht* erfüllen und verwirklichen, sondern – wenn auch auf *verschiedene Weise* – mit Füßen und Polizeiknüppeln treten. Ganz zu schweigen davon, daß die russische Revolution sich die Aufgabe gesetzt hatte, die Menschenrechte in der sozialistischen Räte-demokratie *positiv aufzuheben!*

Breschnews Verfassung

Am Tag nach dem Konferenzbeginn in Belgrad (am 16.6.1977) soll der ‚Oberste Sowjet‘ in Moskau zusammentreten, um die neue *Verfassung Breschnews* zu beraten und am 60. Jahrestag der Oktoberrevolution zu beschließen. Die



neue Verfassung ist die *vierte* nach den bolschewistischen Verfassungen von 1918 und 1923 und der Stalinschen Verfassung von 1936 (s. Konrad Farner/Theodor Pinkus (Hrsg.), *Der Weg des Sozialismus. Quellen und Dokumente 1891-1962*, Reinbek 1964, S. 54-94). Was bleibt ist die Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Wirklichkeit wie in jeder bürgerlichen Verfassung!

1) Aus dem „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ (Verfassung vom 1936, Art. 1) wird nun nominell ein klassenloser Staat aller Bevölkerungsschichten; der Begriff der ‚Diktatur des Proletariats‘ weicht der Formel vom „*Staat des ganzen Volkes*“. Damit kommen die Kremel-Bürokraten heute zurück auf den (von Marx und Engels so sehr verspotteten) *allgemeinen Volksstaat* der alten Sozialdemokratie und auf Chruschtschows Verfassungsentwurf (1962-1964-1966). 1959 hatte Chruschtschow bereits die proletarische Diktatur ad acta gelegt... Ebenso wie in Chruschtschows Entwurf werden der „Aufbau des Kommunismus (!) in der UdSSR“ und „die konsequente Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ (Art. 28) dekretiert. – Der am 4.6.1977 in allen Tageszeitungen bekanntgegebene *neue Verfassungsentwurf* hat eine Präambel und zählt 173 Artikel – 27 Artikel mehr als die *Stalins-Verfassung von 1936*. Hier die weiteren wesentlichen Unterschiede:

2) In Stalins Verfassung wird die *Partei* im Art. 126 nur summarisch am Ende in der Aufzählung der „gesellschaftlichen Organisationen“ erwähnt, in denen die Sowjetbürger das Recht haben, sich zu organisieren. In Breschnews Verfassung wird die KPdSU bereits im Art. 6 ausführlich als „die führende und leitende Kraft der sowjetischen Gesellschaft“ vorgestellt. Sie ist in der Außenpolitik, welcher die neue Verfassung ein eigenes Kapitel widmet (!), an die „friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlichem gesellschaftlichem System“ ein für allemal gebunden (Art. 28); die „gesellschaftlichen Organisationen“ erscheinen getrennt von ihr im Art. 51). Die Rolle der KPdSU wird also *verstärkt* in der neuen Verfassung; gleichwohl kommen die eigentlichen politischen Machtzentren in der Sowjetunion – Zentralkomitee und Politbüro – nicht zur Sprache.

3) Der Katalog der *Grundrechte und Grundpflichten* bildet jetzt den längsten Abschnitt im Verfassungstext (30 Artikel statt 16 in der alten Verfassung) und ist nach vorne gerückt worden. Acht Rechte werden über die Verfassung von 1936 hinaus auf dem Papier gewährt: u. a. das Recht auf Wohnung (Art. 44/in Moskau 9 m² je Bürger, Flur und Küche nicht ge-

rechnet); das soziale Grundrecht auf die 41-Stunden-Woche (außer für Bauern); die Wahrung des Telephoneheimnisses; die Freiheit wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Schaffens sowie der Zugang zur 'Welt-Kultur'. Ein Recht auf Ausreise ist nicht aufgenommen (s. o.). Im übrigen aber sind die Artikel wesentlich gleich dem Sinne nach (der Art. 52 der Breschnew-Verfassung über die Gewissensfreiheit ist nur in der Formulierung etwas ausführlicher als der alte Art. 124) oder gar *identisch* im Wortlaut: so deckt sich der neue Art. 54 über die Unverletzlichkeit der Person bis aufs Komma mit dem Art. 127 der Stalin-Verfassung. Die meisten Änderungen sind *kosmetischer* Art. Die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Kundgebungen, der Straßenumzüge und der Demonstrationen werden gleichermaßen in der Stalin-Verfassung im Art. 125, in der Breschnew-Verfassung im Art. 50 garantiert. Die Ausfüllung dieser Rechte im jeweils 2. Absatz ist scheinbar 'modernisiert', in Wirklichkeit jedoch *restriktiver* ausgelegt; 1936 hieß es vielversprechend: „Diese Rechte der Bürger werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papiervorräte, öffentlichen Gebäude, Straßen, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen (!), die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden.“ 1977 heißt es: „Die Verwirklichung dieser politischen Freiheiten wird gewährleistet durch Bereitstellung der öffentlichen Gebäude, der Straßen und Plätze sowie der breiten Informationsmöglichkeit und der Möglichkeit, die Presse, das Fernsehen und Radio durch die Werktätigen und ihre Organisationen zu benutzen.“ Während also die ältere Verfassung noch von der *aktiven* Verwirklichung der Rede- und Pressefreiheit (s. Druckereien, Papiervorräte, materielle Bedingungen) durch die Werktätigen spricht, erwähnt die Breschnew-Verfassung im gut bürgerlichen Sinne allein die *Rezeption* der bürokratischen Sendungen (in den kontrollierten Medien) durch die Werktätigen (s. Informationsmöglichkeit, Benutzung der Medien)! Ein besonderer Witz ist die Art und Weise, wie die Kreml-Bürokraten die Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit fassen als „Bereitstellung (!) der öffentlichen Gebäude, der Straßen und Plätze“.

4) Ziel der Breschnew-Verfassung ist, die Kritik *innerhalb* des bürokratischen Systems zu legalisieren, ohne die Kritik *am* System zu erlauben! Deshalb sind *neu*:
– der Art. 49: „Jeder Bürger der UdSSR hat das Recht, an die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen Vorschläge (!) über die Verbesserung ihrer Arbeit einzureichen, Mängel in der Arbeit zu kritisieren (...) Niemand darf wegen kritischer Äußerungen verfolgt werden.“
– der Art. 57: „Die Bürger haben das Recht auf den gerichtlichen Schutz vor Anschlägen auf das Leben und die Gesundheit, auf das Eigentum und die persönliche Freiheit, auf Ehre und Würde.“
– der Art. 58: „Die Bürger der UdSSR haben das Recht, sich über die Handlungen der Amtspersonen aller Staatsorgane und gesellschaftlicher Organisationen zu beschweren. (...) Die Handlungen der Amtspersonen, die Gesetze brechen, die Rechte der Bürger einengen, Vollmachten überschreiten, können nach dem vom Gesetz festgelegten Regelung gerichtlich angefochten werden. Die Bürger haben das Recht auf Entschädigung (...)“ (Verwaltungsgerichte und ein Verfassungsgericht gibt es in der Sowjetunion nicht).

5) Bürgerrechtler und Dissidenten konnten sich theoretisch immer schon auf die Verfassung von 1936 berufen und haben es auch getan (s. u.). Der Entwurf der Breschnew-Verfassung enthält jedoch deutlich eine Serie von eisernen Klammern,

Haken und Ösen, die es den Bürgerrechtler in Zukunft schwerer machen werden, sich unvermittelt auf die Verfassung zu berufen. Wie in jeder *bürgerlichen* Verfassung („Grundordnung“, „Grundgesetz“) werden alle die aufgeführten Rechte und Freiheiten durch den Hinweis auf den besonderen „Grundordnungscharakter“ wieder *verklauusliert, eingeschränkt, relativiert* oder gar *liquidiert*. Nach dem Motto: Es gibt Zusätze. Das Nähere regelt ein Gesetz.... Die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit darf nur „in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zur Stärkung des sozialistischen Systems“ ausgeübt werden (Art. 50). Technische und kulturelle Freiheiten gelten nur im Einklang mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus“ (Art. 47). Bürgerrechte und -freiheiten dürfen „die Interessen der Gesellschaft und des Staates“ nicht verletzen (Art. 39 Abs. 2). „Die Verwirklichung der Rechte und Freiheiten ist von der Wahrnehmung der Bürgerpflichten nicht zu trennen.“ (Art. 59) Hierzu gehört ausdrücklich die strikte Einhaltung der „Regeln eines sozialistischen Verhaltens“.
„Der Bürger der UdSSR ist verpflichtet, über die Interessen des Sowjetstaates zu wachen, zur Festigung seiner Macht und Autorität beizutragen.“ (Art. 62) Jeder Bürger ist verpflichtet, „unverzüglich gegen gesellschaftsfeindliche Handlungen“ zu sein (Art. 65) usw. usf. Angesichts der bürokratischen Willkür und des stalinistischen Interpretationsmonopols sind dies alles *präventive Generalklauseln* zur Unterbindung einer radikalen Opposition – rechts und vor allem links! Die Formulierungen mögen im anderen Lichte erscheinen, wenn die Rätedemokratie (und nicht die Sowjetbürokratie) das „Monopol“ der Definition hat, was Sozialismus sei, aber wirkliche Sowjets werden kaum eine solche korrupte Sprache führen: bürokratisch zweideutig und letztlich bürgerlichen (Rechts-) Normen verhaftet!

6) Was die *Strafen* angeht, so haben sich sowohl die Methoden als auch die Formulierungen gegenüber der Hochzeit der Moskauer Prozesse (1934-39) etwas gemäßigert. 1936 hieß es im Art. 131 Stalins beispielsweise: „Personen, die sich am gesellschaftlichen, sozialistischen Eigentum vergreifen, sind Feinde des Volkes (!)“. 1977 heißt das bei Breschnew im Art. 61: „Personen, die sich am sozialistischen Eigentum vergreifen, werden gesetzlich (!) bestraft.“

7) Trotz Bekenntnis zum „*kommunistischen* Aufbau“ bleibt das Leistungsprinzip („*jedem nach seiner Arbeit*“) in der neuen Verfassung erhalten. War bereits in der Stalin-Verfassung im Art. 9 „die auf persönlicher Arbeit beruhende und eine Ausbeutung fremder Arbeit ausschließende kleine *Privatwirtschaft* von Einzelbauern und Handwerkern gesetzlich zugelassen“, so heißt es ausführlicher in der neuen Verfassung im Art. 17: „Entsprechend dem Gesetz ist in der UdSSR die individuelle Arbeitstätigkeit auf dem Gebiet des Handwerks und des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen zugelassen, ebenso wie auch andere Formen der Arbeitstätigkeit (!), die ausschließlich auf der Privatarbeit der Bürger und ihrer Familienangehörigen begründet sind.“ Angesichts der Misere bürokratischer Planung sieht man einen Ausweg darin, vor allem kleinbürgerliche Schichten zu stützen und zu hofieren – auch ein Widerspruch zum Bekenntnis des „Aufbaus des Kommunismus“. Dies geschieht im selben Umfang wie in Jugoslawien, Ungarn oder Polen. Vor allem mit dem Art. 17 heißt die Verfassung von 1977 besondere Hoffnungen und Aspirationen auf das „kleine Glück“ in Teilen der Bevölkerung. Das Problem der „Industrialisierung“ der Landwirtschaft und der kleinen Privatarbeit bleibt ungelöst.

8) Die neue Verfassung garantiert auf dem Papier ebenso die „Unverletzbarkeit der Grenzen“,

wie sie die „*Breschnew-Doktrin*“ verfassungsmäßig fixiert; die „gegenseitige Unterstützung der sozialistischen Länder auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus“ – siehe die militärische Niederwerfung der Aufstände vom 17. Juni 1953 in der DDR, vom Oktober 1956 in Ungarn und die Besetzung der CSSR im August 1968.

9) Mit Art. 5 wird ein *Referendum* eingeführt, bei dem das gesamte Volk über „die wichtigsten Fragen des Staatsgeschehens“ abstimmen kann.

10) Gleichzeitig mit der neuen Verfassung soll 1977 eine *neue Hymne* eingeführt werden. Damit wird – auch das symbolisch – die „Internationale“ aus der Zeit Lenins und Trotzki und die großrussisch-chauvinistische Hymne aus der Stalin-Zeit (seit Neujahr 1944) ersetzt.

Fazit: Die neue Breschnew-Verfassung ist wie die alte Stalin-Verfassung ein Hohn auf die Wirklichkeit der Sowjetunion. Sie ist so angelegt, daß sie eine demokratische *Fassade nach außen* (KSZE, Belgrader Konferenz) hin aufbaut, um dahinter zugleich die Möglichkeiten der *Opposition* – theoretisch wie verfassungsmäßig – *ein-zuschränken!*

Das Dilemma des bürokratischen Parasitismus

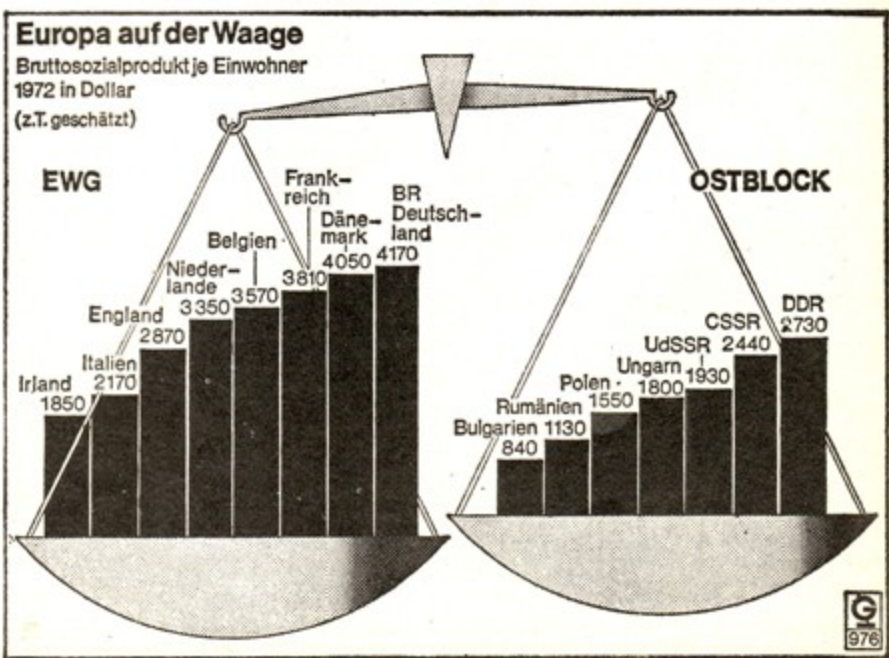
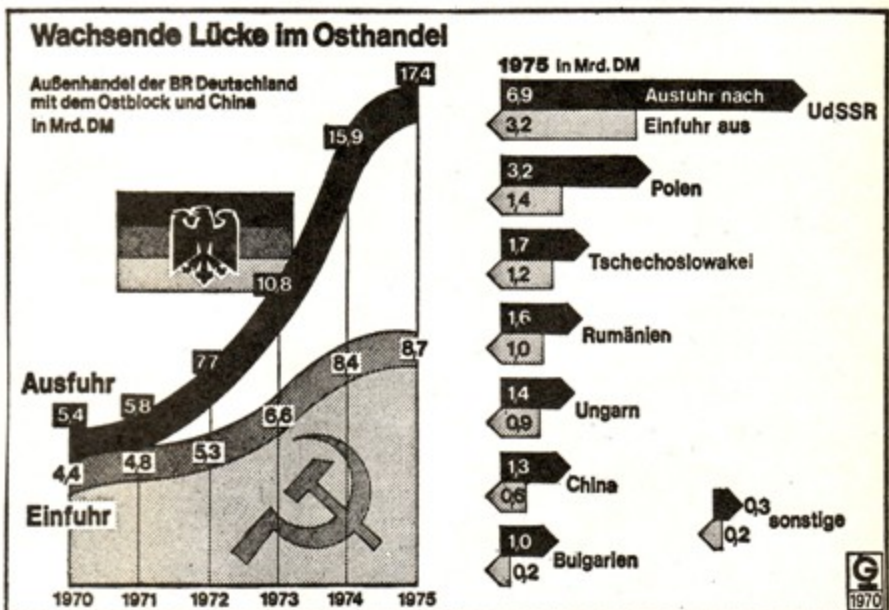
Auf der ZK-Sitzung vom 24.5.1977, auf der Podgorny verabschiedet wurde, formulierte Breschnew eine Bilanz, die angesichts der Wirklichkeit gespenstisch klingt: „Der Sozialismus wurde zu einem Weltsystem. (...) Die Positionen des Weltkapitalismus wurden erheblich geschwächt.“ Richtig ist nur, daß Breschnew nach dem Sieg der MPLA in Angola zunächst eine Atempause auf dem 25. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1976 gewinnen konnte. Ansonsten stehen Breschnew-Honecker-Gierek-Husak vor einem Scherbenhaufen ihrer Westpolitik, und ihre *Abhängigkeit* vom kapitalistischen Weltmarkt („Westen“) ist größer geworden denn je. Diejenigen, die man im Westen (außenpolitische „Falken“) nennt, genießen beträchtlichen Einfluß innerhalb der Bürokratie. Denn einerseits stören die Dissidenten im Innern und die abgeschobenen Oppositionellen außen die Geschäfte des Kreml und reichen z. T. der Galionsfigur des US-Imperialismus, Jimmy Carter, die Hand; andererseits gehen die Geschäfte – sie sind eines der Hauptargumente für den Kompromiß von Helsinki und Belgrad! – selbst nicht gut: Die Hoffnungen – Abrüstungsverträge gegen amerikanische und westdeutsche Zinssubventionen in großem Maßstab – sind zerstört. Bei einem Gesamtvolumen des deutsch-sowjetischen Warenverkehrs von 11,1 Mrd. DM (gegenüber 1975: +9,1 %) im Jahre 1976 belief sich der Wert der 1976 abgeschlossenen Großgeschäfte (jeweils über 50 Mill. DM) auf vier Mrd. DM (*Ruhr-Nachrichten* vom 2.6. 1976). Neue Projekte über mehrere Milliarden DM sind im Bereich der Elektrometallurgie und der Chemie geplant. „Schwierigkeiten“ entstehen dadurch, daß die UdSSR ihre Einfuhren statt mit Devisen mit *Gegenlieferungen kompensieren* (bezahlen) will.

Vor allem der Absatz von Fertigwaren im EG-Raum fällt angesichts der kapitalistischen Wirtschaftskrise immer schwerer, und die *Schulden der RGW-Staaten* gegenüber dem westlichen Imperialismus waren Ende 1976 auf 35 Mrd. Dollar angewachsen (nach einer Studie der UN-Wirtschaftskommission für Europa/ECE, in: *Ruhr-Nachrichten* vom 16.4. 1977). Im September 1976 betragen z. B. die Nettoschulden dieser Länder bei westlichen Banken insgesamt 20 Mrd. Dollar, von denen rund 8 Mrd. Dollar auf die Sowjetunion entfielen, 5 Mrd. auf Polen und 3 Mrd. auf die

DDR. Das osteuropäische *Handelsdefizit* betrug 1975 9,2 Mrd. Dollar, 1976 7 Mrd. Dollar. 1976 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum der RGW-Länder gegenüber 1975, zum Teil aufgrund ungünstiger Entwicklungen in der Landwirtschaft und im Bausektor. Das Preisgefüge der RGW-Länder wurde u. a. zerstört durch die Verdoppelung der Preise für das Erdöl, das die UdSSR den „Bruderländern“ lieferte. Die Sowjetbürokratie versuchte dadurch, die Subventionierung der Lebensmittel und Mieten mit 60 Mrd. DM (19 Mrd. Rubel) im Jahre 1975 zu kompensieren. In Warschau und Prag dagegen wollte man die erhöhten Erdölkosten wettmachen durch Senkung des Lebensstandards der Werktätigen, Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. (s. auch die abgedruckten Wirtschaftstabellen) Das „*Dokument Nummer sieben*“ der Prager Bürgerrechtskämpfer, die sich um die „Charta 77“ gruppieren, macht denn auch auf die Sozial- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Land unter Beachtung des westlich-imperialistischen Drucks aufmerksam; Es wird dort erkannt, daß die politische und wirtschaftliche Führung in der CSSR versucht, die Krise durch „*quasi-kapitalistische Methoden*“ zu lösen. Dazu gehören eine differenziertere Einkommenspolitik mit relativ großen Lohnunterschieden, eine zum Teil unsinnige und widersprüchliche Angebotspalette im Konsumgüterbereich, die Unterstützung des privaten Wohnungsbaus sowie des privaten Personenverkehrs und allgemein der offiziell unterstützte Trend zur Häufung materieller Güter in Privatbesitz. Der Trend zu größerer gesellschaftlicher Gleichheit wird bewußt zerstört, gesellschaftliche Hierarchisierung, Konkurrenz, Ent-Solidarisierung werden in Kauf genommen, um zu größerer Arbeitsaktivität zu stimulieren.

Auf der anderen Seite geht ein Großteil des Arbeitseffektes verloren durch die Kaderpolitik der Bürokratie im Betrieb. Die Auswahl der Führungspositionen im Wirtschaftsprozess geschieht vor allem nach den Kriterien der „politischen Zuverlässigkeit“, nicht so sehr nach fachlicher Qualifikation. Die Ressourcen und die materiellen Produktivkräfte der Arbeit – vor allem die Menschen – werden zum großen Teil falsch eingesetzt oder vergeudet. Die berufstätigen Frauen (46 % der Arbeitskräfte in der CSSR) verrichten die gleiche Schwerarbeit wie die Männer bei Bahn und Post, als Arbeiterinnen in der Schwer-, Bau- und Bauindustrie sowie im Bauwesen. Viele arbeiten in Nachtschichten. Um das heute durchschnittliche Konsumniveau zu halten (zu dem heute auch ein Skoda-Wagen gehört), müssen in einer Familie mindestens zwei Personen arbeiten, auch wenn sie zwei oder drei Kinder hat. Auch die Sozialgesetzgebung dient vor allem als Instrument zur Mobilisierung von Arbeitskräften. Alle Arbeitsprobleme werden mit Hinweis auf die große Arbeitslosigkeit im Westen abgetan. Mißstände werden als Preis der Vollbeschäftigung sanktioniert. Im Bereich der Planung, Verwaltung und Kontrolle der Produktion und Dienstleistungszweige „produziert“ das System eine Überbeschäftigung. Außerdem verschlingt der aufgeblähte bürokratische Machtapparat (Armee, Polizei, paramilitärische Organisationen und der politische wie Staatsapparat) eine Menge Arbeitskräfte, die dem produktiven Arbeitsmarkt entzogen werden. Die Staatsmacht versucht, diese Entwicklung finanziell zu verkraften, indem sie *allgemein* die Löhne und Gehälter zu drücken sucht, d. h. als Residuum bei der Verteilung des Nationaleinkommens handhabt.

Die stalinistische Staats- und Parteiführung ist hin- und hergerissen zwischen *bürokratisch-polizeilicher Planung*, dem Pochen auf die eigenen nationalen Kräfte innerhalb des militärisch befestigten „*Sozialismus in einem Lande*“ einer-



seits und der vorsichtigen *Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt* („Westen“), verbunden mit der rationalisierenden Einführung sog. „sozialistischer *Marktwirtschaft*“; andererseits. Eine relativ fortschrittliche Rolle konnte die Sowjetbürokratie noch spielen in der ersten Phase der Industrialisierung, als es möglich war, wichtige Elemente der fortgeschrittenen kapitalistischen Technik auch mittels der bürokratischen Plan- und Kommandowirtschaft auf die Sowjetunion zu verpflanzen (vor allem in der Schwerindustrie). Auf den von der Revolution geschaffenen Oktobergrundlagen wurde grob angespart, entlehnt, nachgeahmt, aufgepfropft. Die revolutionäre wie die bürokratisch-deformierte Diktatur des Proletariats machten dem neuen kulturellen Schaffen, der sozialistischen Organisation der Produktivkräfte, nur freie Bahn, sie schufen es noch nicht selbst! Weder in der Technik noch in der Wissenschaft oder Kunst waren die Errungenschaften der „bürgerlichen Gesellschaft“ schon qualitativ überwunden. Das quantitative Wachstum war beherrschend.

Das Dilemma der parasitären Bürokratie wuchs mit der zunehmenden und sich komplizierenden Industrialisierung. Trotzki hat das bereits im Jahre 1936 (als Stalin die UdSSR zum sozialistischen Paradies erklärte) treffend beschrieben: „Während das Wachsen der Industrie und die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Bereich des Staatsplans die Aufgabe der Leitung außerordentlich erschwert und das Problem der *Qualität* an die erste Stelle rückt, ertötet die Bürokratie alle schöpferische Initiative und jedes Verantwortungsgefühl, ohne die in der Qualität kein Fortschritt erzielt wird noch erzielt werden kann. Das Geschwür des Bürokratismus, das in der Großindustrie vielleicht noch nicht so offen ist, zerfrisst außer den Genossenschaften die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, die Kolchosen, die kleine örtliche Industrie, d. h. alle die Wirtschaftszweige, die der Bevölkerung am nächsten stehen. (...) Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie vom grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt *Qualität* Demokratie (!) für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativefreiheit voraus, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind. Im Gefolge der Qualitätsfrage erstehen kompliziertere und grandiosere Aufgaben, die man zusammenfassen kann unter dem Begriff: *selbständiges, technisches und kulturelles Schaffen*. Ein Philosoph des Altertums sagte, Streit sei der Vater aller Dinge. Wo sich die Ideen nicht frei messen können, dort ist auch kein Schaffen neuer Werte.“ (Leo Trotzki, *Verratene Revolution/1936*, Verlag Ergebnisse & Perspektiven, Essen o. J., S. 265 f.) Mit anderen Worten: Weder durch das Diktat der Bürokratie noch durch einen „sozialistischen Markt“ wird, kann es Sozialismus geben; freie Assoziation, Selbstverwaltung der Produzenten, die Befreiung der (von) Hand- und Kopfarbeit sind wie der internationale und permanente Charakter der Revolution seine Voraussetzungen.

Weit entfernt von einer solchen Gesellschaftsformation, verteidigen die Bürokraten mit rattenhafter Gewalt, mit durch und durch unzulänglichen Methoden ihren „Block“ – nicht so sehr besorgt um ihre Funktion wie um den Tribut, den ihnen diese Funktion einträgt. Die Sowjetbürokratie befindet sich in der *Defensive*, ihr Machtbereich in der Krise. Abseits von der Tagespolemik westlicher Lumpenjournalisten, die der Sowjetunion täglich globale Ag-

gressionsabsichten unterstellen, wird dies auch sehr deutlich. Führen wir zwei nicht der dümmsten bürgerlichen Zeugen an.

Henry Kissinger sagte in einem Interview Anfang dieses Jahres hierzu folgendes: „Das militärische Problem mit der Sowjetunion halte ich für lösbar. Ich glaube, daß das System der Sowjetunion durchsetzt ist von ungeheuren Schwächen. (...) Die Staaten Osteuropas müssen an eine Art bürgerlichen Nationalismus appellieren, um ihr kleines bißchen Legitimität aufrechtzuerhalten. (...) Ich halte es für ziemlich unwahrscheinlich – und auch für relativ einfach zu verhindern –, daß auf dem Gebiet der strategischen Kernwaffen eine verwendbare militärische Überlegenheit (der Sowjetunion) errungen werden kann. Unsere Besessenheit auf diesem Gebiet lenkt uns nur ab. Wenn es zu einem Konflikt zwischen der Sowjetunion und uns kommen sollte, so wahrscheinlich nicht als Folge eines sowjetischen Angriffs auf ein lebenswichtiges Interesse der Vereinigten Staaten (!), sondern als Folge eines Konflikts, den möglicherweise keiner von uns vorhergesehen hat, in den wir vielmehr durch eine Reihe von eskalierenden Schritten hineingezogen werden. Mit anderen Worten, der Erste Weltkrieg zeigt die Gefahren besser auf als der Zweite Weltkrieg.“ (Gespräch in: *Der Spiegel* Nr. 6 vom 31.1.1977, S. 89) Das ist richtig. Kuba, Vietnam, Palästina, Angola – das waren die Gebiete der Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion, nicht etwa Westeuropa. Die Folgerung Kissingers ist denn auch eindeutig: Ein weitgehendes wirtschaftliches Engagement der USA „würde ich vor allem an Zurückhaltung (der Sowjetunion) in Randgebieten koppeln“ (ebda., S. 90). Die „Randgebiete“ – gewisse koloniale und halb-koloniale Länder – sind auch bisher die einzigen „Aufmarschfelder“ der UdSSR (s. auch die Tabelle „Arsenal des Schreckens“). – Im gleichen Sinne sagte der aus der Sowjetunion emigrierte Sänger Alexander Galitsch, der heute in Paris lebt: „Im Westen spricht man von einem Krieg, den die Sowjetunion anzetteln könnte. Das ist absurd. Sie wollen den Krieg nicht. Er wäre das Ende ihres Systems.“ (im ARD-Fernsehen am 2.5.1977, 21. 45 Uhr)



Richard Löwenthal, intelligenter kommunistischer Renegat und heute wichtiger professoraler Chefideologe der SPD (er „begründete“ u. a. den „Unvereinbarkeitsbeschuß“), schreibt am Ende eines Essays „über den Kommunismus in der Welt von heute“: „Er (der Kommunismus, Anm. d. Verf.) hat die Welt zwischen den fortgeschrittenen Demokratien und den kommunistischen Diktaturen geteilt und hat vermocht, viele der neuen, exkolonialen Staaten nicht nur

von westlichen Entwicklungsmodellen, sondern von den Grundwerten des Westens (!) abzuwenden; damit hat er die Grundlagen der einstigen, vom Westen bestimmten Weltordnung untergraben (!). Aber er hat sich als völlig unfähig erwiesen, die moralischen und kulturellen Grundlagen einer neuen Weltordnung zulegen.“ (Richard Löwenthal, *Im Osten erstarrt, im Westen gescheitert*, in: *Der Spiegel* Nr. 18 vom 25.4.1977, S. 201) Die Analyse entspricht insofern der Trotzki von 1936 (s. o.); aber die Konsequenzen sind radikal andere: *Der offizielle Kommunismus* ist also an Grenzen gestoßen. Wird er seinen geschichtlichen Charakter radikal ändern? Was den *Eurokommunismus*, den Kommunismus des Westens angeht, so antwortet Löwenthal: „Ich glaube, daß solche Veränderung in Westeuropa und Japan im Gange ist – doch soweit sie gelingt, werden diese Parteien aufhören, „Kommunisten“ in dem uns bekannten Sinne zu sein.“ (ebda., S. 201) Mit anderen Worten: Die Eurokommunisten bleiben Stalinisten oder – werden Sozialdemokraten, dann sind sie Löwenthal „gläubwürdig“. Und die Veränderung in Osteuropa? „In Rußland und Osteuropa ist ein ähnlicher Wandel als Endergebnis erfolgreicher Modernisierung (!) allenfalls vorstellbar – doch ist er keineswegs „zwangsläufig“ im Sinne einer quasi-marxistischen Gesetzmäßigkeit der Konvergenz. Er ist lediglich eine Bedingung für den Fortschritt der Sowjetunion zu einer höheren Stufe gesellschaftlicher Organisation und eine Bedingung auch für die Wiederherstellung der Einheit der Welt (!) – und niemand kann vorhersagen, ob diese Bedingung erfüllt werden wird.“ (ebda., S. 201) Deutlicher ausgedrückt: Erst völlig *wiedereingegliedert* in den kapitalistischen Weltmarkt und die politische „Einheit der Welt“ des Imperialismus kann die Sowjet-Union nach Meinung dieses Sozialdemokraten historisch fortschreiten.... Natürlich propagiert er nicht die Ausweitung der *Weltrevolution* und die *politische* antibürokratische Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten.

Fazit

– Die Krenl-Bürokratie verkauft die wachsende ökonomische Abhängigkeit vom Westen als politischen Sieg über die Feinde der Entspannung (Modell Helsinki).
– Die Ost-West-Staatsverträge garantieren nicht nur die wechselseitige Garantie der politisch-militärischen Einflusssphären (NATO, EG, WEU – Warschauer Pakt, RGW, Breschnew-Doktrin); die Sowjetbürokraten brauchen auch fundamental den *Status quo* in Westeuropa (ebendfalls brauchen sie Stützpunkte, Trümpfe, Faustpfänder in bestimmten „abhängigen“ Ländern). Die sich ideologisch als Wächter des einzig möglichen „Leninschen“ Weges zur Macht gegenüber „Opportunisten und Kapitalanten“ (= Eurokommunisten) aufspielen, müssen sich in Wirklichkeit fürchten vor einem neuen Orientierungspol der Arbeiterbewegung in Westeuropa. „Mir ist durchaus klar, daß Moskau darüber beunruhigt ist.“ (Santiago Carillo, Generalsekretär der KP Spaniens). „Ist es noch nötig, zu betonen, daß dies keine Politik einer „aufsteigenden Supermacht“ ist?“ (so Otto Kalscheuer, Völker und Fronten. Modelle für die Zukunft Europas; in: *Kursbuch* Nr. 46 vom Dezember 1976, S. 37 – bes. S. 35 ff.: „Modell Helsinki aus Moskauer Sicht“)

Es folgen in Teil II in der nächsten Ausgabe der *Commune!*:

– Die Einstellung der Opponenten zur internationalen Arbeiterbewegung (C);
– ihr Verhältnis zur *Oktoberrevolution* bzw. zu den Oktoberereignissen (D);
– hieraus abgeleitet, Begründung, Methoden und *Art der Opposition* zum stalinistisch deformierten Sowjetsystem (E). ■

L. Trotzki über den „Eurokommunismus“

Wir drucken hier erstmals auf deutsch vier in sich geschlossene und verständliche Kapitel aus Trotzki's „Eine frische Lektion“ vom 10. Oktober 1938 ab, einer längeren kritischen Analyse der Weltlage nach dem imperialistischen ‚Frieden‘ von München und vor Ausbruch des 2. Weltkriegs (1). Im Zusammenhang dieses ersten Heftes von ‚Commune!‘ interessieren uns Trotzki's Bemerkungen über den Stalinismus – Reformismus – „Kommuno-Chauvinismus“. Unter dem letzten Begriff läßt sich heute auch der ‚Euro-Kommunismus‘ begreifen.

Trotzki entwickelt im Oktober 1938 folgenden Gedankengang in bezug auf die Geschichte des Stalinismus: Indem die Sowjetbürokratie nach 1923 das russische Proletariat politisch entmachtete und alle Macht im Staate usurpierte, indem sie die ‚Diktatur des Proletariats‘ und den ‚demokratischen Zentralismus‘ liquidierte, brach sie auch mit der internationalen Revolution und zerstörte die (III.) Kommunistische Internationale. So wurde sie „ein Spielball des Imperialismus“ (Trotzki) und – nach 1933 – ein Werkzeug gegen die internationale Arbeiterklasse. Unter dem Gesichtspunkt der permanenten, der Weltrevolution gibt es keinerlei ‚Doppelcharakter‘ des Stalinismus mehr!

Durch ihre konterrevolutionäre Rolle im Prozeß der internationalen Revolution beschwor die Kreml-Bürokratie auch den Ausbruch des 2. Weltkriegs und ihre eigene Bedrohung durch Imperialismus wie Faschismus mit herauf. Denn wenn etwas den Krieg hätte verhindern können – dann die Furcht der Bourgeoisie vor der Revolution!

Die aktive Zerstörung des Zusammenhangs der internationalen Revolution führte die parasitäre Sowjetbürokratie zur Ideologie vom ‚Sozialismus in einem Lande‘, tatsächlich zur gewaltsamen Isolierung von der internationalen Arbeiterbewegung. Auf dieser Stufe der stalinistischen Degeneration – bis zum 2. Weltkrieg – wurden die ‚Kommunistischen Parteien‘ zunächst im Interesse der Diplomatie des Sowjetstaates strikt funktionalisiert. In der ‚Dritten Periode‘ (1928-33) wurde der bürokratische Zentralismus der Komintern derart durchgeführt, daß die linksopportunistische ‚Generalinie‘ (‚Sozialfaschismus‘, RGO-Politik, Einheitsfront nur von unten, ‚nationale Volksrevolution‘) zum Ausbluten der Sektionen auf ein Drittel (KP Frankreichs) oder ein Viertel (KP Großbritanniens) ihres früheren Besitzstandes führte, ganz zu schweigen von der kampflosen Niederlage der KPD vor dem Nationalsozialismus 1933.

Der Volksfront-Kurs entsprach nicht nur einem neuen Kommando aus Moskau, das die Wende zur Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ und zum ‚System kollektiver Sicherheit‘ vollzog. Bereits im Februar 1934 suchte die KPF nach einer Neuorientierung. Die KPF war konfrontiert mit der spontanen Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Arbeitermassen zur Einheitsfront gegen den Faschismus seit der Demonstration vom 12.2.1934 einerseits, mit dem massiven nationalchauvinistischen Druck des französischen Imperialismus andererseits. Am 2.5.1934 wurde der französisch-sowjetische Beistandspakt geschlossen, im September 1934 trat die Sowjetunion dem vorher vielgeschmähten Völkerbund der Vereinten Nationen bei. Die Wende der Komintern vom Sommer 1934

wurde besiegelt auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1935. Dimitroffs berühmte-berühmte Rede begründete nicht nur die Volksfront-Politik, sie übertrug auch die Ideologie vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ vom Sowjetstaat auf die (einzelnen Sektionen der) Komintern! Analog zur II. Internationale vor 1914 sollte nun jede Nation ihren eigenen ‚nationalen und demokratischen Weg zu Fortschritt und Sozialismus‘ finden... Die ‚Diktatur des Proletariats‘ mußte durch den ‚allgemeinen Volksstaat‘ ersetzt werden. Die ‚Kommunistischen Parteien‘ genossen vorübergehend ihre ‚nationale Freiheit‘. Sie wurden zu konterrevolutionären Zwecken gegen die revolutionären Prozesse – z. B. 1936-38 in Frankreich und Spanien – eingesetzt. Sie durften Kompromisse mit dem jeweiligen imperialistischen Lager eingehen. Und sie wurden mit ihrer Bourgeoisie versöhnt durch die Politik der Klassenkollaboration!!



Der VII. Weltkongreß der Komintern bedeutete bereits eine entscheidende Vorwegnahme ihrer endgültigen Auflösung im Jahre 1943, wie der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes im August 1939 effektiv zur weiteren Dezimierung und Spaltung der kommunistischen Bewegung beitrug. Im kurzen Zwischenspiel der 21 Monate vom September 1939 bis zum Juni 1941 (Angriff des Deutschen Reichs auf die UdSSR), die der Hitler-Stalin-Pakt dauerte, wurde der von der Komintern verordnete ‚Pazifismus‘ und ‚De-

fätismus‘ von den bereits national versöhnten, ‚nationalisierten‘ ‚Kommunistischen Parteien‘ nur halbherzig und ‚unvollkommen‘ durchgeführt.

Die alliierte Kriegskoalition zwischen der Sowjetunion und den imperialistischen Westmächten (1942-46) ließ dann den ‚Nationalkommunismus‘ der KPen derart aufleben, daß die konsequente Auflösung der Komintern 1943 nur noch eine Formsache war.

Trotzki hatte bereits 1938 angesichts der Verschärfung der innerimperialistischen Spannungen und der Weltkriegsgefahr eine ‚Verstärkung der zentrifugalen nationalistischen Tendenzen innerhalb der Komintern‘ vorausgesagt. Auf einer neuen Stufe der Degeneration (gegenüber der Periode der ‚klassischen‘ Volksfrontpolitik nach 1934) bedeutet dies: Konfrontiert mit der Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und den imperialistischen Mächten, außerdem mit den innerimperialistischen Rivalitäten werden die ‚Kommunistischen Parteien‘ zunehmend Partei ergreifen für ‚ihren‘ Imperialismus, werden sie hineinwachsen in die klassische Rolle der (sozialdemokratischen) Reformisten, die diese seit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs innehatten. Die neugebackenen ‚National-Kommunisten‘ oder ‚Kommuno-Chauvinisten‘ (Trotzki) werden weniger als bisher von den Brocken der Sowjetbürokratie leben und abhängig sein als von den imperialistischen Extra-Profiten (s. Kapitel 2, ‚Die soziale Basis des Opportunismus‘). Sie werden somit hineinwachsen in die imperialistische Staatsmaschinerie, die Gewerkschaften, Parlamente, Kommunalverwaltungen, öffentliche Meinung, Polizei und Militär... Sie werden die Bourgeoisie stützen und das (neue) Kleinbürgertum nähren. Die stalinistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokraten werden ihren materiellen ‚Doppel-Charakter‘ verlieren, denn ihre Bindungen an den jeweiligen imperialistischen Staat werden sich verstärken auf Kosten ihrer Abhängigkeit von der Kreml-Bürokratie! Letztlich muß das einen zynischen politischen Wechsel bedeuten von ihrer Orientierung auf das ‚Vaterland der Revolution‘, die ‚große Sowjetunion‘, zu den Republiken des Dollars, der DM oder des ‚Euro-Dollars‘. Diese ‚Ex-Stalinisten‘ oder ‚revolutionären‘ Emporkömmlinge“, wie Trotzki sie nennt, werden ideologisch die totalitären Verleumdungen (aus der Sicht ihrer offen stalinistischen Anhänglichkeit) vertauschen bzw. kombinieren mit dem entnervenden Chauvinismus ihrer ‚Vaterlandsverteidigung‘ und dem vulgären Opportunismus ihrer ‚Verteidigung der (imperialistischen) Demokratie‘ (2).

„Der gesunde Menschenverstand ist die Denkweise einer Zeit, darin alle Vorurteile dieser Zeit enthalten sind.“ (G. W. F. Hegel)

Die ‚Kommuno-Chauvinisten‘ wachsen also in den imperialistischen Staat (heute: NATO und

EG) hinein. Diese Sicht Trotzki's unterscheidet sich fundamental von der schwachbrüstigen eines Ernest Mandel, der mit folgenden und anderen Argumenten dem Opportunismus gegenüber dem „Euro-Kommunismus“ bereits wieder Vor-

schub leistet: „Wie bereits festgestellt, ist der Hauptgrund (!) aller taktischen Wendungen der ‚Euro-Kommunisten‘ in den letzten Jahren wahlpolitisch (!): es handelt sich darum, einen gewissen Prozentsatz an Wählern (!) – bzw. gewerkschaftlichen Sympathisanten – zu überschreiten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Kritik der ‚Eurokommunisten‘ an der Repressionspolitik der Sowjetbürokratie keineswegs zum Ziel haben, bürgerliche Stimmen oder Stimmen (!) aus dem ‚gehobenen Mittelstand‘ zu gewinnen. (...) Mit anderen Worten: die wachsende Kritik an der Sowjetbürokratie ist hauptsächlich nicht eine Konzession an das Bürgertum Westeuropas, sondern an die westeuropäische Arbeiterklasse (!) selbst.“ (Ernest Mandel, Die drei Gesichter des Eurokommunismus, in: *Inprekorr* Nr. 79 vom 6.5.1977, S. 18) Demnach wäre den ‚Euro-Kommunisten‘ nur ‚Elektoralismus‘ und nicht reformistischer Dienst am jeweiligen nationalen Kapital vorzuwerfen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Sozialdemokratie (seit 1914) und der Stalinismus (seit 1933) sind beide reformistisch, d. h. in der Epoche des Imperialismus: konterrevolutionär. Man kann also nicht behaupten – wie etwa Henri Weber für die Mehrheit des ‚Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale‘ –, die Bindung an die Sowjetbürokratie – z. B. der KPÖ, DKP oder KPP – könne ein Hindernis sein für den grenzenlosen Opportunismus der ‚Kommuno-Chauvinisten‘ (s. Henri Weber, Les partis staliens et leur devenir; in: Marx ou Creve. Revue de critique communiste, Nr. 3/1975 – *Inprekorr* vom 12.12.1974; Die Entwicklung der Kommunistischen Parteien im kapitalistischen Europa). Die Bindung an die Kreml-Herren – der Stalinismus im eigentlichen und historischen Sinne – ist, weit entfernt davon, eine Barriere für den Reformismus zu sein, vielmehr erst Voraussetzung des heutigen ‚Euro-Kommunismus‘ gewesen; mit seinem Programm der unbedingten Verteidigung des Status quo ist er auch reaktionäres Komplement des klassischen Reformismus. Allerdings erfüllen die moskau-orientierten ‚Kommunistischen Parteien‘ und die sozialdemokratischen Parteien ihre reformistische Aufgabe/Funktion auf ganz besondere Art und Weise, wie nicht zuletzt das Beispiel Portugal in den Jahren 1974/75 gezeigt hat (s. *Ergebnisse & Perspektiven*, Nr. 3, Essen Mai 1975, bes. S. 42-45) (3).

Die Länder Südeuropas sind keine reichen, überlegenen und hegemonialen (beherrschenden) imperialistischen Mächte. Sie werden dominiert von den USA und der BRD. Gerade in diesen Ländern wird sich deshalb das konterrevolutionäre Wesen des ‚Euro-Kommunismus‘ desto schneller und deutlicher offenbaren. Die Klassenantagonismen nehmen dort sehr leicht explosive Formen an. Italien-Spanien-Portugal-Frankreich-Griechenland können sich die politische ‚Schönwetterform‘ der (nicht-bonapartistischen) ‚bürgerlichen Demokratie‘ im wahrsten Sinne des Wortes kaum leisten (s. auch Trotzki's Kapitel „Die II. und III. Internationale/Sozialdemokratie und Stalinisten/in den kolonialen Ländern“ und „Die soziale Basis des Opportunismus“).

Der bürokratische Monolithismus – hierarchisiert durch den stalinistischen Machtapparat in der UdSSR – macht seit 1948 (Jugoslawien) und 1949 (VR China) Platz der simultanen Entwicklung mehrerer ‚Sozialismen in einem Land‘ (Block), welche nicht die internationale Revolution verbindet, sondern derselbe bürokratische Sozial-Chauvinismus, dessen diverse machtpoli-

tisch konkurrierende Varianten sie sind! Kann man von einer (politischen, ideologischen) Einheit des Stalinismus noch sprechen angesichts des Zerbrechens der monolithischen ‚internationalen‘ Komintern-(Kominform-)Bürokratie? Ist es angemessen, von einer ‚Sozialdemokratisierung‘ der ‚Kommunistischen Parteien‘ Spaniens, Italiens und Frankreichs zu sprechen?

Trotzki's Prognose des ‚Kommuno-Chauvinismus‘ ist eingetroffen. Aber wann? An der inhaltlichen Richtigkeit der inzwischen eingetroffenen Voraussage kann man heute nicht mehr zweifeln; wohl aber über den Rhythmus der Entwicklung kann man verschiedener Meinung sein. Die Analyse des ‚Kommuno-Chauvinismus‘ muß ja im Zusammenhang gesehen werden mit Trotzki's allgemeiner Prognose über die Zukunft der Sowjetbürokratie und des Stalinismus im und nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg: Schwächung bzw. Bankrott, Zerriebenwerden zwischen dem Imperialismus und der unter Führung der IV. Internationale wiederauflebenden proletarischen Revolution.

Der Stalinismus zerstörte die internationale Arbeiterbewegung und gefährdete die Oktobergrundlagen des ersten ‚Arbeiterstaates‘ – aber die Sowjetbürokratie kam – durch das Bündnis mit dem ‚westlichen‘ Imperialismus – zunächst gestärkt und konsolidiert aus dem 2. Weltkrieg heraus. Ist der ‚Nationalkommunismus‘ eine widerspruchsfreie Tendenz der ‚Kommunistischen Parteien‘ des Westens seit über 30 Jahren? Diese Ansicht vertritt etwa die englische ‚Revolutionary Communist Group‘ (RCG): „Solche Parteien sind nicht länger Anhänger der KPdSU – sie sind keine stalinistischen Organisationen (mehr), deren Strategien die fremden (auswärtigen) Interessen der Sowjetunion widerspiegeln. Die Kommunistischen Parteien der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder sind reformistische Parteien, und sie sind es seit über dreißig Jahren.“ (David Yaffe, in: *Revolutionary Communist. Theoretical Journal of the RCG*, Nr. 6/April 1977, S. 2 – s. ebda.: Robert Dornhorst, The Communist Parties of Western Europe: The Origins of the National Roads to Socialism, S. 5-22)

Demnach wäre der ‚Euro-Kommunismus‘ kein neuartiges Phänomen des letzten Jahrzehnts, der – so wie er uns heute entgegentritt – erst nach dem Einmarsch der Truppen des ‚Warschauer Pakts‘ in die CSSR 1968, der Arbeitererhebung in Polen vom Dezember 1970 und nach der Konferenz von Helsinki 1975 entstanden ist (s. den Beitrag über die Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa in diesem Heft)? (4)

Diese und andere Fragen werden ausführlich behandelt in der nächsten Ausgabe der *Commune!*, die unter dem Leitthema „Stalinismus und Eurokommunismus“ steht.

Peter Tanas

Anmerkungen

- 1) eigene Übersetzung, nach: Leon Trotsky, *Writings 1938/39*, 2. Auflage New York 1974, S. 66-73.
- 2) Ein aktuelles Beispiel: Am 14./15. Juni 1977 fand eine Konferenz von 17 ‚Kommunistischen Parteien‘ Westeuropas hinter geschlossenen Türen statt. Die moskau-erbenen Parteien – vor allem die DKP, die Österreicher, Norweger, Dänen – wollten die ‚Euro-Kommunisten‘ auf Vordermann bringen. Aberein gemeinsamer Appell kam nicht zustande, nur ein unverbindliches Kommuniqué. Die Vertreter der ‚Euro-Kommunisten‘ wollten sich nicht auf „die gemeinsamen Interessen aller Kommunisten beider Teile Europas“ einlassen. Sie erklärten ausdrücklich, daß sich „im Kampf der Arbeiterklasse der

westeuropäischen (!) Länder immer stärker gemeinsame Züge (!!)“ zeigten (*FAZ* vom 18. 6.1977)! Unterdessen sagte der Sekretär des tschechoslowakischen Zentralkomitees, Vasil Bilak, auf einer Pressekonferenz in Wien am 17.6.1977: Der Begriff ‚Euro-Kommunismus‘ sei ein „Instrument gegen die Sowjetunion“. Der „proletarische Internationalismus“ müsse wiederhergestellt werden. Trotz der glänzenden Verpackung, Mist bleibe eben Mist....

- 3) Unter diesem Aspekt muß auch die direkte und ausführliche Exkommunizierung des Generalsekretärs der KP Spaniens, Santiago Carillo, durch das offizielle Moskau beurteilt werden. Nachdem die Probe auf den ‚Euro-Kommunismus‘ sich bei den jüngsten Wahlen in Spanien nicht ausgezahlt hatte – die große Mehrheit der spanischen Arbeiter wählte lieber gleich die ‚Sozialisten‘, und im ‚Zentralrat‘ der KPSp rührte sich erneut eine Opposition gegen den Kurs Carillos (s. *WAZ* vom 24. 6.1977) – druckte die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 23.6. vorzeitig und ungekürzt einen langen theoretischen Artikel der Zeitschrift *Nowoje Wremja* (Neue Zeit), die dem Außenministerium nahesteht, ab, in dem mit Carillos Buch „Eurokommunismus und der Staat“ („Eurocomunismo“ y Estado, Barcelona April 1977, Editorial Grijalbo) abgerechnet wird. Die Sowjetbürokratie wirft Carillo, wie zu erwarten, vor:
 - „grob und eskalierenden Antisowjetismus“; eine „antisowjetische Plattform“ mit „Formulierungen, wie sie selbst die reaktionärsten Schreiber nicht oft zu gebrauchen wagen“; Beschmutzung und Diskreditierung des „realen (existierenden) Sozialismus“, vor allem in der Sowjetunion;
 - „Einmischung (!) in die inneren Angelegenheiten der KPdSU“; eine „zutiefst feindselige Haltung gegenüber der Sowjetunion“; Beleidigung des Sowjetvolkes;
 - Abkehr vom ‚Marxismus-Leninismus‘: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Carillos Interpretation des ‚Eurokommunismus‘ allein mit den Interessen des Imperialismus, den Kräften der Aggression und Reaktion übereinstimmt.“
 - die „irrig Annahme“, es gäbe „eine besondere Art“ von Kommunismus in Westeuropa; die „Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung“ durch die Proklamierung einer von Moskau unabhängigen Bewegung, wodurch das Ziel erreicht werde „das die reaktionären, imperialistischen Kräfte angestrebt haben“;
 - die Zerstörung des „gemeinsamen Kampfes“ der KP Spaniens Seite an Seite mit der KPdSU; die Zerstörung von Freundschaft und Zusammenarbeit der ‚Kommunistischen Parteien‘ in Ost- und Westeuropa; dadurch die Verewigung der Spaltung Europas in zwei einander feindlich gegenüberstehende Militärblöcke;
 - Carillos Fürsprache für den Eintritt Spaniens in die NATO und die Stärkung der NATO, „deren Hauptzweck es ist, einen Krieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder vorzubereiten“;
 - die „verleumderische Behauptung“ und „ungeheuerliche Erklärung“, die Sowjetunion sei für das Wettstreiten verantwortlich und verfolge Großmacht-Ziele;
 - die heutige Charakterisierung der Sowjetunion durch Carillo: „Der Sozialismus in der Sowjetunion ist in einem primitiven Zustand. Er gleicht dem quasi-feudalen System, das er abgelöst hat und dessen Stigmata er immer noch trägt.“ (s. *FAZ* vom 24.6.1977) In der UdSSR herrsche ein „totalitäres System“.
 - „Wenn man von der Realität ausgeht, so glaube ich nicht, daß das sowjetische System eine höhere Form der Gesellschaftsorganisation ist. Aber das kann es werden.“ (S. Carillo, Der Ostblock muß sich wandeln. Antwort auf Leszek Kolakowski, in: *Der Spiegel* Nr.

- 4) Immerhin hatten sich die westeuropäischen „Kommunistischen Parteien“ nach der Auflösung der Komintern 1943 noch zu verhalten zu – der Phase 1944-53: Niederlage des Faschismus – Teilung Europas – Abwürgen der revolutionären Nachkriegserhebungen – Wiederbelebung der Komintern als Kominform – Ko-

reakrieg – Aufstand vom 17. Juni in der DDR – „roll back“-Strategie des Imperialismus; – der Phase 1954-68: „Kalter Krieg“ – Aufstände in Ungarn und Polen, Suezkrise, 1956 – Kubanische Revolution – „Kulturrevolution“ in China – „Prager Frühling“ und Mai 1968 in Paris – Vietnamkrieg; – der Phase ab 1969/70: sog. „Entspannungspolitik“ zwischen West und Ost. ■

Eine frische Lektion L. Trotzki (1938)

Die internationale Politik der bonapartistischen Krenklclique

Der unmittelbare Schlag traf diesmal die Tschechoslowakei. Frankreich und England erlitten schwere Verletzungen. Doch am härtesten hat es den Krenkl getroffen. Sein System von Lügen, Scharlatanerie und Betrug hat einen internationalen Zusammenbruch erlitten.

Nachdem die Krenklclique die Sowjetmassen unterworfen und mit der Politik der internationalen Revolution gebrochen hat, ist sie zum Spielball des Imperialismus geworden. In jeder wichtigen Frage war Stalins Diplomatie in den letzten fünf Jahren nur eine Widerspiegelung und Ergänzung der Diplomatie Hitlers. 1933 war Stalin mit aller Macht bemüht, Hitlers Verbündeter zu werden. Doch die ausgestreckte Hand wurde zurückgewiesen, weil Hitler sich als Retter Deutschlands und Europas vor dem Bolschewismus präsentierte, um Englands Freundschaft zu erringen. Daraufhin setzte sich Stalin die Aufgabe, dem kapitalistischen Europa zu beweisen, daß es Hitlers nicht bedarf, daß der Bolschewismus keinerlei Gefahren in sich birgt, daß die Regierung im Krenkl ein Schoßhund ist, der gelernt hat, Männchen zu machen und zu betteln. Indem er sich von Hitler fortbewegte, oder besser: von ihm weggestoßen wurde, wurde Stalin nach und nach zu einem Lakai und gekauften, Meuchelmörder im Dienst der Länder des saten Imperialismus.

Deshalb dieser plötzliche Wahnsinnsanfall von Unterwürfigkeit vor der verfaulenden bürgerlichen Demokratie; deshalb die idiotisch falsche Idealisierung des Völkerbundes; deshalb die Politik der „Volksfronten“, die die spanische Revolution erdrosselt haben; deshalb das Ersetzen des aktuellen Klassenkampfes durch Proklamationen „gegen den Faschismus“. Welche internationale Funktion die Sowjetbürokratie und die Komintern gegenwärtig erfüllen, wurde mit besonderer Schamlosigkeit auf dem pazifistischen Kongreß in Mexiko (September 1938) enthüllt. Dort versuchten die gekauften Agenten Moskaus, die Völker Lateinamerikas davon zu überzeugen, daß sie nicht gegen den realen, täglich sie bedrohenden Imperialismus zu kämpfen hätten, sondern ausschließlich gegen den Faschismus.

Wie zu erwarten war, haben diese billigen Manöver Stalin weder Freundschaft noch Vertrauen eingebracht. Die Imperialisten haben sich daran gewöhnt, Gesellschaften nicht nach den Erklärungen ihrer „Führer“, sogar nicht nach dem Charakter ihrer politischen Struktur zu beurteilen, sondern nach ihren sozialen Grundla-

gen. Solange wie das Staatseigentum an den Produktionsmitteln, geschützt durch das Außenhandelsmonopol, in der Sowjetunion aufrechterhalten wird, solange werden die Imperialisten, einschließlich der „demokratischen“ Imperialisten, Stalin weiterhin nicht mehr Vertrauen und unvergleichlich weniger Respekt entgegenbringen, als das feudal-monarchistische Europa für den ersten Bonaparte empfand. Umgeben von Siegesruhm und seiner Gefolgschaft brillanter Generale konnte Napoleon trotzdem Waterloo nicht entgehen. Stalin hat die Reihe seiner Kapitulationen, Niederlagen und Verrätereien mit der völligen Ausschaltung der Generale der Revolution gekrönt. Kann es den geringsten Zweifel darüber geben, welches Schicksal ihn erwartet?

Das einzige Hindernis auf dem Weg zum Krieg ist die Furcht der besitzenden Klassen vor der Revolution. Solange die Kommunistische Internationale den Prinzipien der proletarischen Revolution treu geblieben war, stellte sie zusammen mit der Roten Armee, mit der sie eng verbunden war, den wichtigsten Faktor des Friedens dar. Indem Stalin die Komintern prostituiert und sie in eine Agentur des „demokratischen“ Imperialismus verwandelt hat; indem er die militärische Macht der Sowjets enthaupft und gelähmt hat, entfesselte er vollständig Hitlers Hände sowie die Hände seiner Gegner und trieb Europa weiter an den Rand des Krieges.

Heute überschütten die Moskauer Fälscher ihren ehemaligen demokratischen Freund Benes mit billigen Flüchen, weil er vorzeitig „kapituliert“ und die Rote Armee davon abgehalten habe, Hitler zu vernichten, unabhängig von Frankreichs Kurs. Dieses theatrale Gewitter wirft nur noch mehr Licht auf die Impotenz und Doppelzüngigkeit des Krenkl. Wer hat Euch denn gezwungen, Benes zu vertrauen? Wer brachte Euch dazu, den Mythos der „Allianz der Demokratien“ auszuhecken? Und wer hat Euch schließlich davon abgehalten, das Proletariat von Prag zur Machtergreifung aufzurufen und die Rote Armee zu seiner Unterstützung zu schicken, als in der kritischen Stunde die ganze Tschechoslowakei wie ein Kessel dampfte? Es ist anscheinend viel schwieriger, gegen den Faschismus zu kämpfen, als alte Bolschewiki zu erschießen und zu vergiften... Vom Beispiel der Tschechoslowakei müssen alle kleinen Staaten und besonders alle kolonialen Völker lernen, welche Art von Hilfe sie von Stalin erwarten können.

Nur der Sturz der bonapartistischen Krenklclique kann die Regeneration der militärischen Stärke der UdSSR ermöglichen. Nur die Zerstö-

rung der Ex-Komintern wird den Weg für den revolutionären Internationalismus freimachen. Der Kampf gegen Krieg, Imperialismus und Faschismus erfordert einen unbarmherzigen Kampf gegen den mit Verbrechen besudelten Stalinismus. Wer immer den Stalinismus direkt oder indirekt verteidigt, wer immer über seine Verrätereien schweigt oder seine militärische Stärke übertreibt, ist der schlimmste Feind der Revolution, des Sozialismus und der unterdrückten Völker. Je früher die Krenklbande durch die bewaffnete Offensive der Arbeiter gestürzt wird, desto größer werden die Chancen für eine sozialistische Regeneration der UdSSR sein, desto näher und breiter wird die Perspektive der internationalen Revolution sein.

Die soziale Basis des Opportunismus

Um die gegenwärtige Rolle von Sozialdemokratie und Ex-Komintern zu verstehen, ist es notwendig, sich noch einmal die ökonomische Grundlage des Opportunismus in der Weltarbeiterbewegung vor Augen zu führen.

Die Blütezeit des Kapitalismus, die – mit unvermeidlichen Schwankungen – bis zum Jahr 1913 andauerte, erlaubte der Bourgeoisie einerseits, den Lebensstandard bestimmter proletarischer Schichten leicht anzuheben, andererseits der Arbeiterbürokratie und -Aristokratie besonders saftige Bissen hinzuwerfen und sie damit über die Massen zu erheben. Die Situation der Gewerkschafts- und Parlamentsbürokratie, deren „soziales Problem“ einer Lösung nahe zu sein schien, erlaubte ihr, den Massen gegenüber auf eine beginnende Veränderung ihres eigenen Lebens zum Besseren hinzuweisen. Das ist die soziale Basis des Reformismus (Opportunismus) als eines Systems von Illusionen für die Massen und eines Systems von Verrat aufseiten der Arbeiterbürokratie. Der reformistische Opportunismus der Zweiten Internationale erreichte seine üppigste Blütezeit in den Jahren des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs vor dem Krieg (1909 – 1913). Aus diesem Grund begrüßten die Führer den Krieg und schilderten ihn den Massen gegenüber als ein von außen kommendes Übel, das die Grundlagen des wachsenden nationalen Wohlstands bedrohe. Daher die Politik der „Vaterlandsverteidigung“, die in Wirklichkeit bei den Massen eine unbewußte, aufseiten der Bürokratie eine bewußte oder halb bewußte Verteidigung der imperialistischen Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisie darstellte.

In der Realität erwies sich der Krieg nicht als ein „von außen kommendes“ Übel, das zeitweilig den nationalen Fortschritt gestört hätte, sondern als die Explosion innerer Widersprüche des imperialistischen Systems zu einem Zeitpunkt, als weiterer Fortschritt auf der Grundlage dieses Systems praktisch unmöglich geworden war. Und da der Krieg weder unseren Planeten vergrößern noch dem Kapitalismus seine Jugend zurückgeben konnte, endete er in einer extremen Beschleunigung und Vertiefung aller Prozesse des kapitalistischen Zerfalls. Mit dem Niedergang der Demokratie kam der Niedergang der Arbeiterbürokratie. Der Faschismus brachte für die Arbeiter „nur“ doppelte Versklavung; für die reformistische Bürokratie brachte er den völligen Ruin.

Unter den großen Mächten haben nur Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten die politische Form der Demokratie beibehalten, wenn auch in einem sehr verstümmelten Sinne („Notstandsvollmachten“, Emigrationsgesetze, Abschaffung des Asylrechts usw.) – die reichsten und traditionell am räuberischsten und privilegiertesten kapitalistischen Länder, die seit langem den Löwenanteil an den kolonialen Besitzungen und die wichtigsten natürlichen Res-

sources unseres Planeten in ihren Händen konzentriert haben. Es ist nicht schwer, eine Erklärung für diese „natürliche Auslese“ zu finden. Demokratie kann nur solange beibehalten werden, wie die Klassenwidersprüche keine explosive Stufe erreichen. Um soziale Reibungen abzumildern, wurde die Bourgeoisie gezwungen, eine breite Schicht von kleinbürgerlichen Intellektuellen und die Arbeiterbürokratie und -Aristokratie zu ernähren. Je größer die Ausmaße dieses Durchfütterns, desto inniger ist der Sozialpatriotismus. Das Mästen der Reformisten wurde heutzutage nur in den Ländern aufrecht erhalten, die in der Vergangenheit dank der Ausbeutung des Weltmarkts und der Plünderung der Kolonien in der Lage waren, einen großen Wohlstand anzuhäufen. Mit anderen Worten: Unter den Bedingungen des kapitalistischen Zerfalls ist ein *demokratisches* Regime (für eine gewisse Zeit) nur für die am meisten *aristokratische* Bourgeoisie zugänglich. Die Grundlage des Sozialpatriotismus bleibt die koloniale Sklaverei.

In Ländern wie Italien und Deutschland, die aus der Vergangenheit keine Anhäufung großer Reichtümer geerbt haben und die der Möglichkeit beraubt sind, Extraprofiten aus ihren Kolonien zu ziehen, hat die Bourgeoisie das Parlament zerstört, die reformistische Bürokratie auseinandergejagt und die Arbeiter unter eine eiserne Knote gebracht. Sicher, die faschistische Bürokratie verzehrt nicht weniger, sondern mehr als die reformistische Bürokratie; aber dafür ist sie nicht gezwungen, den Massen Zugeständnisse zu machen, auch braucht sie nicht dauernd Erklärungen herauszugeben, die der verfallende Kapitalismus nicht länger zahlen kann. Ihrer Futterkrippen beraubt hält die sozialdemokratische Bürokratie a.D. die Fahne des Defätismus hoch – in der Emigration.

Die Hauptquelle für die Stärke der sozialpatriotischen, oder genauer: der sozialimperialistischen Parteien ist der Schutz der Bourgeoisie, die durch Parlament, Presse, Armee und Polizei die Sozialdemokratie gegen alle Arten von sozialen Bewegungen und sogar gegen revolutionäre Kritik in Schutz nimmt und verteidigt. Wegen der Verschärfung der nationalen und internationalen Widersprüche wird im zukünftigen Krieg diese organische Verbindung zwischen der Bürokratie und der Bourgeoisie noch offener und zynischer zutage treten; genaue genommen ist sie schon zutagegetreten, besonders in der verräterischen Volksfrontpolitik, die am Vorabend des letzten Krieges absolut unvorstellbar gewesen wäre. Die Initiative für die Volksfronten hat jedoch nicht bei der Zweiten, sondern bei der Dritten Internationale ihren Ursprung.

Kommuno-Chauvinismus

Die monströse und schnelle Entwicklung des sowjetischen Opportunismus findet ihre Erklärung in Ursachen, die analog zu denen sind, die Wuchern des Opportunismus in den kapitalistischen Ländern geführt hatten: Der Parasitismus der Arbeiterbürokratie, die auf der Grundlage eines Wachstums der Produktivkräfte in der UdSSR ihre „soziale Frage“ erfolgreich gelöst hat. Da aber die Sowjetbürokratie unvergleichlich mächtiger ist als die Arbeiterbürokratie in kapitalistischen Ländern, und da sich die Futterkrippen zu ihrer Verfügung durch eine fast unbegrenzte Kapazität auszeichnen, ist überhaupt nichts Verwunderliches an der Tatsache, daß die sowjetische Variante des Opportunismus unmittelbar einen besonders perfiden und gemeinen Charakter angenommen hat.

Genaue genommen hat die soziale Basis der Ex-Komintern eine doppelte Natur: Auf der einen Seite lebt sie von den Zuschüssen des Kreml, ordnet sich seinen Befehlen unter, und in dieser

Beziehung ist jeder ex-kommunistische Bürokrat der jüngere Bruder und Untergebene des Sowjetbürokraten. Auf der anderen Seite nähren sich die verschiedenen Apparate der Ex-Komintern aus den selben Quellen wie die Sozialdemokratie, d.h. den Extraprofiten des Imperialismus. Das Wachsen der kommunistischen Parteien in den letzten Jahren, ihre Infiltration in die Reihen des Kleinbürgertums, ihre Etablierung im Staatsapparat, in den Gewerkschaften, Parlamenten, Stadtverwaltungen usw. haben ihre Abhängigkeit vom nationalen Imperialismus auf Kosten ihrer traditionellen Abhängigkeit vom Kreml verstärkt.

Vor zehn Jahren wurde prophezeit, daß die Theorie vom Sozialismus in einem Land unvermeidlich zur Herausbildung nationalistischer Tendenzen in den Sektionen der Komintern führen muß. Diese Vorhersage ist eine offensichtliche Tatsache geworden. Bis vor kurzem jedoch schien der Chauvinismus der französischen, britischen, belgischen, tschechoslowakischen, amerikanischen und anderer kommunistischen Parteien ein verzerrtes Spiegelbild der Interessen der sowjetischen Diplomatie zu sein („die Verteidigung der UdSSR“) – und war es auch bis zu einem gewissen Grad. Heute können wir mit Sicherheit den Beginn einer neuen Etappe vorhersagen. Das Anwachsen der imperialistischen Widersprüche, das offensichtliche Näherücken der Kriegsgefahr und die ebenso offensichtliche Isolierung der UdSSR müssen unvermeidlich die *zentrifugalen nationalistischen Tendenzen* innerhalb der Komintern verstärken. Jede einzelne ihrer Sektionen wird anfangen, eine eigenständige patriotische Politik zu entfalten. Stalin hat die kommunistischen Parteien in den imperialistischen Demokratien mit ihren nationalen Bourgeoisien versöhnt. Dieses Stadium ist jetzt durchschritten worden. Der bonapartistische Kuppler hat seine Rolle gespielt. Von nun an werden sich die Kommuno-Chauvinisten um ihr eigenes Fell sorgen müssen, ihre Interessen fallen durchaus nicht immer mit der „Verteidigung der UdSSR“ zusammen.

Als der Amerikaner Browder es für möglich hielt, vor dem Senatskomitee zu erklären, im Falle eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion würde seine Partei auf der Seite ihres innig geliebten Vaterlandes zu finden sein, mag er selbst diese Erklärung möglicherweise als einfache Kriegeslist gemeint haben. Doch in Wirklichkeit ist Browders Antwort ein unmissverständliches Symptom einer Wandlung von einer „Moskau“- zu einer „nationalen“ Orientierung. Die „Kriegeslist“ entsprang der Notwendigkeit, sich an den imperialistischen „Patriotismus“ anzupassen. Die zynische Ungeheuerlichkeit dieser Kriegeslist (die Wendung vom „Vaterland der Werktätigen“ zur Republik des Dollars) enthüllt, welch grundlegendes Ausmaß die Degeneration erreicht hat und in welchem Umfang die Sektionen der Komintern von der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie abhängig sind.

Fünfzehn Jahre ununterbrochener Säuberungen, Erniedrigungen und Korruption haben die Bürokratie der Ex-Komintern derart demoralisiert, daß sie fähig und willens geworden sind, offen das Banner des Sozialpatriotismus in ihre Hände zu nehmen. Natürlich haben die Stalinisten (wir werden bald sagen müssen: die Ex-Stalinisten) nicht die These in Brand gesteckt. Sie haben einfach die abgetragenen Banalitäten des kleinbürgerlichen Opportunismus aufgegriffen. Aber indem sie sie propagieren, impfen sie ihnen die Raserei „revolutionärer“ Emporkömmlinge ein, die totalitäre Verleumdung, Erpressung und Mord in normale Methoden zur „Verteidigung der Demokratie“ umgewandelt haben. Was die alten klassischen Reformisten angeht, die nach jeder peinlichen Situation ih-

re Hände in Unschuld waschen – sie haben die Unterstützung der neuen Rekruten des Chauvinismus zu nutzen gewußt.

In dem imperialistischen Land, das während des Krieges im selben Lager mit der UdSSR sein wird, (falls sich ein solches findet), wird die Sektion der Ex-Komintern natürlich Moskau „verteidigen“. Diese Verteidigung wird jedoch von keinem großen Wert sein, denn in einem solchen Land werden alle Parteien die UdSSR „verteidigen“. (Wahrscheinlich würde Moskau die kommunistische Partei anweisen, nicht zu viel Lärm zu machen, und könnte möglicherweise versuchen, sie ganz aufzulösen, um sich bei seinem imperialistischen Verbündeten nicht zu kompromittieren.) Im anderen Fall, in Ländern aus dem feindlichen Lager, also genau dort, wo Moskau am dringenden auf Verteidiger angewiesen ist, werden die ex-kommunistischen Parteien vollständig auf der Seite ihres imperialistischen Vaterlands zu finden sein: Ein solcher Kurs wäre unendlich weniger gefährlich und viel profitabler. Die herrschende Moskauer Klique wird die gerechten Früchte von 15 Jahren Prostitution der Komintern ernten.

Die Zweite und die Dritte Internationale in den kolonialen Ländern

Der wahre Charakter der Sozialdemokratie als einer Partei, deren Politik auf der imperialistischen Ausbeutung unterentwickelter Länder basierte und noch immer basiert, wird am klarsten an der Tatsache deutlich, daß die Zweite Internationale nie über irgendeinen Einfluß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern verfügte. Die Arbeiterbürokratie der imperialistischen Länder befürchtete bewußt oder halb bewußt, in den Kolonien eine Bewegung in Gang zu setzen, die die Grundlagen ihrer eigenen Prosperität in den Metropolen hätte unterminieren können.

Mit der Komintern war es anders. Als eine genuin internationalistische Organisation stürzte sie sich sofort auf den jungfräulichen Boden der Kolonien, wo sie dank des revolutionären Programms des Leninismus einen bedeutenden Einfluß gewann. Die folgende bürgerliche Degeneration der Komintern veränderte ihre Sektionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, besonders in Lateinamerika, in eine linke Agentur des europäischen und amerikanischen Imperialismus. Parallel damit vollzog sich auch eine Veränderung der sozialen Basis der kolonialen „kommunistischen“ Parteien. Der ausländische Kapitalismus, der gnadenlos seine asiatischen und afrikanischen Sklaven und seine lateinamerikanischen Halbsklaven ausplündert, ist heute gezwungen, sich in den Kolonien eine dünne Aristokratenschicht zu halten – erbärmlich und armselig, doch nichtsdestoweniger eine Aristokratie inmitten der allgemeinen Armut. Der Stalinismus ist in den letzten Jahren zur Partei dieser Arbeiteraristokratie wie auch der „linken“ Teile des Kleinbürgertums, besonders der Amtsträger, geworden. Bürgerliche Rechtsanwälte, Journalisten, Lehrer usw., die sich an die nationale Revolution anpassen und die Arbeiterorganisationen für ihre eigene Karriere ausnutzen, finden im Stalinismus die bestmögliche Ideologie.

Der revolutionäre Kampf gegen den Imperialismus erfordert Mut, Entschlossenheit und die Bereitschaft zur Selbstaufopferung. Wo sollen die kleinbürgerlichen Helden der großen Worte diese Qualitäten hernehmen? Auf der anderen Seite erlaubt ihnen die Anpassung an den „demokratischen“ Imperialismus, sich auf dem Rücken der Werktätigen gemächliche und gemütliche Karrieren zu erkämpfen. Die bestmögliche Art und Weise, dies vor den Arbeitern zu

verbergen, liefert die Parole der „Verteidigung der UdSSR“, d.h. die Freundschaft mit der Kremlogarchie. Dies eröffnet die Möglichkeit, Zeitungen ohne Leser herauszugeben, pompöse Kongresse und alle Arten von internationaler Publicity zu arrangieren. Diese Gemeinschaft professioneller „Freunde der Sowjetunion“,

Schein-„Sozialisten“ und -„Kommunisten“, die mit ihren lautstarken Deklamationen gegen den Faschismus nur ihren Sozialparasitismus und ihre Unterwerfung unter die Imperialisten und die Kremlogarchie verdecken wollen, sind eine wahre Plage für die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern

geworden. Stalinismus – unter all seinen Verkleidungen – ist das Haupthindernis auf dem Weg des Befreiungskampfes der rückschrittlichen und unterdrückten Völker. Das Problem der kolonialen Revolution ist deshalb unauflöslich mit der historischen Mission der Vierten Internationale verbunden worden. ■

SÜDAFRIKA

Welche Revolution?

Etwas mehr als ein Jahr nach den Ereignissen von Soweto, die eine neue Phase des Befreiungskampfes der schwarzen Bevölkerung Südafrikas einleiteten, steht die südafrikanische Revolution vor politischen Problemen, die durch das Eingreifen der schwarzen Arbeiterklasse und der städtischen Jugend mit viel schärferer Deutlichkeit als je zuvor aufgeworfen wurden: Es wurde für jedermann sichtbar, daß der nationale Befreiungskampf in Südafrika – einem Land, das vom Standpunkt „der weißen Minderheit ein (...) sich selbst regierendes Land, (...) vom Standpunkt der schwarzen Mehrheit (...) eine Sklavenkolonie“ (1) ist – nur noch im Zusammenhang des Kampfes der schwarzen Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung gesehen werden kann. – Deshalb stellt auch dieser Gesichtspunkt das Schwergewicht des weiter unten abgedruckten Interviews mit einem südafrikanischen Trotzisten und der ausführlichen Einleitung dar und zieht sich als roter Faden durch die aufgeworfenen politischen Fragestellungen. Es wurde weniger Wert gelegt auf eine klassenanalytische Darstellung der südafrikanischen Verhältnisse (hierzu gibt es bereits anderweitig genügend Materialien) noch auf die nach dem Präsidentenwechsel in den USA modifizierte imperialistische Strategie, deren Hauptexponent heute nicht mehr Kissinger, sondern – für Afrika – der amerikanische UN-Botschafter Andrew Young (2) – selbst ein Schwarzer – ist.

Zur Situation der nationalen Befreiungsbewegungen

Mit dem Aufflammen der Kämpfe wurde schlagartig eine Entwicklung sichtbar, deren Anfänge man bereits auf die 60er Jahre datieren kann. Denn nach der Niederwerfung der schwarzen Widerstandsbewegung und dem Verbot und der Zerschlagung von ANC und PAC (3) hatte die schwarze Bevölkerung in Südafrika keine Organisation mehr, die sich für ihre Interessen einsetzte. Lediglich die weißen Liberalen – in erster Linie die Kirchen, der Studentenverband NUSAS (National Union of South African Students) und auch Industrielle wie Harry Oppenheimer von der Anglo-American Corporation mit seiner Progressive Party umbenannt – nahmen sich dieses Problems (auf ihre Art und Weise) an, was jedoch sehr bald zu Reaktionen der schwarzen Studenten führte. Diese gingen davon aus, daß „Schwarze sich selbst eine unabhängige Position von den Weißen erarbeiten“ müssen, daß sie „nicht mehr länger das sagen, was der weiße Mann hören möchte“ (4), daß sie die „Selbstfindung der eigenen Identität“ (5) und die Entwicklung eines schwarzen Bewußtseins (= *Black Consciousness*) anstreben müssen. Denn nur so könne das Ziel, wie es von der Black People's Convention (BPC), der politischen Partei der inzwischen entstandenen Black Consciousness-Bewegung, auf ihrem 4. nationalen Kongreß im Dezember 1975 formuliert wurde, erreicht werden: „Wir müssen einen einheitlichen Staat schaffen, in dem alle Bewohner Azanias eine Einheit bilden, eine Nation, deren Angelegenheiten von einer Regierung geregelt werden, die alle Menschen von Azania vertritt.“ (6) Eine Voraussetzung dafür sei die organisatorische Unabhängigkeit von den Weissen, d. h. daß keine Weissen in Organisationen der Black Consciousness-Bewegung (7) Mitglied werden können. Nur so könne man sich dem Einfluß der Weißen entziehen, die selbst in gemischtrassigen Organisationen, die gegen Apartheid und Rassismus kämpfen, aufgrund ihrer Erziehung, Ausbildung und ihres Bewußtseins gegenüber den Schwarzen eine dominierende Stellung einnehmen. Nur so sei es möglich, eine eigene schwarze Identität, ein

eigenes schwarzes Bewußtsein zu entwickeln.

Darüberhinaus hat die Black Consciousness-Bewegung zwei für den Befreiungskampf ganz wesentliche Grundsätze aufgestellt und praktiziert: Erstens hat sie „sich entschieden, als politische Bewegung außerhalb des Rahmens dieser (von der Regierung geschaffenen, Anm. d. Verf.) Institutionen zu arbeiten“ (8), und zweitens vereinigt sie, anders als ANC und PAC, alle drei unterdrückten Bevölkerungsgruppen (Afrikaner, Farbige und Inder) innerhalb einer Organisation bzw. Bewegung: „Die Leitidee (...) ist schwarzes Bewußtsein und schwarze Solidarität. Schwarz wird dabei nicht als Hautfarbe verstanden, sondern ist Zeichen für unsere Lage, das heißt für die Situation und die Erfahrungen, die sich aus der Art und Weise des Lebens in Südafrika ergeben.“ (9) Seit der Gründung der SASO (Dezember 1968), der BPC (Dezember 1971) und der BAWU (1972), der wohl bedeutendsten Organisationen der Black-Consciousness-Bewegung, wurden erhebliche politische Fortschritte erzielt: „Der Schwarze wurde nicht mehr nur als ein kulturelles Individuum verstanden (wie zu Beginn der Bewegung, Anm. d. Verf.), dessen Vergangenheit und traditionelle Werte zurückgewonnen werden müßten, sondern seine Unterdrückung wurde als Bestandteil und Konsequenz eines ganz bestimmten Systems, einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nämlich, begriffen.“ (10)

Trotzdem sind die programmatischen Vorstellungen der Black Consciousness-Bewegung unausgereift und widersprüchlich geblieben, haben ihre Mitglieder zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Konkretisierung der Kampfperspektive: „...die Leute sagen Dir ganz genau, was sie wollen; und wenn Du alles analysierst, stellst Du fest, daß sie den Marxismus wollen.“ (11) Im Programm der BPC dagegen wird als Alternative zum bestehenden System der Black Communalism (= schwarzer Gemeinschaftsgeist) propagiert, der „die Antithese darstellt zu den ausbeuterischen Systemen“ und der „basiert auf dem grundsätzlichen Respekt des Schwarzen gegenüber dem heiligen Wert des Individuums als Basis für die Existenz von Gemein-

den und Regierungen“ (12). Konkret bedeuten diese philosophisch-idealistischen Vorstellungen die Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Rechte und die Schaffung eines (bürgerlich-)demokratischen Staates, in dem den „Monopolen in Industrie, Handel und Gewerbe nicht erlaubt sein (soll), in unserer Wirtschaft eine bedeutende Rolle (?) zu spielen“ (13). Was diese Forderung jedoch für den Besitz an und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bedeutet, wird genauso wenig ausgeführt wie an die Formulierung einer Strategie zur Eroberung der Macht durch die – schwarze – Arbeiterklasse herangegangen wird. Obwohl sich also die Organisationen der Black Consciousness-Bewegung auf dieser Ebene nicht allzusehr vom ANC unterscheiden, beherbergen sie wesentlich bessere Möglichkeiten, um politische und programmatische Fortschritte zu machen: Zum einen weil sie im Gegensatz zu den traditionellen Befreiungsbewegungen direkt und massiv an den Kämpfen beteiligt sind, diese führen und so ihre tatsächlich gemachten Erfahrungen politisch verwerten und umsetzen können; zum anderen weil sie nicht in der Doktrin des Stalinismus erstarrt sind wie etwa der ANC, sondern eine freie und uneingeschränkte Diskussion über die Probleme der südafrikanischen Revolution führen und somit – zumindest Teile von ihnen – größere Chancen haben, den Weg zum revolutionären Marxismus zu finden (13a).

In erster Linie liegt die Bedeutung der Black Consciousness-Bewegung darin, daß sie nach dem Zurückweichen der traditionellen Führungen (ANC, PAC) die wichtigste und dynamischste Kraft des nationalen Befreiungskampfes geworden ist, teilweise mit der opportunistischen Politik dieser Führungen gebrochen hat und den kämpferischsten Teil der städtischen – proletarischen – Bevölkerung und vor allem der Jugend repräsentiert. So wurde z. B. die politische Linie des für die Streiks, Demonstrationen und anderen Aktionen in Soweto verantwortlichen und für das ganze Land beispielhaften Kampfgangs, des Soweto Students Representative Council (SSRC, der Schülerrat von Soweto) (14), von Mitgliedern der SASM bestimmt.

Dieser politische Einfluß und das Wachstum der Black Consciousness-Bewegung werden im allgemeinen mit dem politischen Vakuum erklärt, das entstand, nachdem Anfang der 60er Jahre der „landesweite Protest gegen die Apartheid an den verschärften Bedingungen des politischen Kampfes scheiterte, die Verbindung zwischen dem afrikanischen Volk und einer politischen Avantgarde nicht mehr existierte, da diese Elite entweder durch gezielte Repressionen des Staates unschädlich gemacht wurde oder die Arbeit im Exil wählte“ (14a). Diese Betrachtungsweise reduziert jedoch das Problem der damaligen Niederlage der Befreiungsbewegung zu sehr auf den Aspekt der staatlichen Repression. Denn eine mindestens ebenso große Rolle spielte die politische Unvorbereitetheit und falsche Programmatik der alten Führungen, die zudem noch beim ANC bis Ende der 50er Jahre mit gandhistisch-pazifistischen Vorstellungen verknüpft knüpft waren (15): „Unsere Eltern tranken zu viel Tee mit den – Liberalen. Nun erwarten sie von uns, daß auch wir Tee trinken werden. Tee mit den Liberalen ist ein imperialistisches Vergnügen, das wir völlig ablehnen.“ (16)

In der Zwischenzeit haben die politische Unfähigkeit und weitgehende Bedeutungslosigkeit in den gegenwärtigen Kämpfen bereits zu Schwierigkeiten bei ANC und PAC geführt. So hat sich im Dezember 75 vom ANC eine

Gruppe abgespalten (bzw. wurde teilweise ausgeschlossen), die sich ANC/African Nationalists nennt und der ANC-Führung vorwirft, daß deren Politik von den „widerlichen Interessen des Opportunismus, militärischen Abenteuerertums und politischen Pragmatismus“ (17) geprägt sei. In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Abspaltung jedoch nur um den politischen Reflex eines Teils einer bürokratisierten Exilorganisation auf die zunehmenden Kämpfe in Südafrika und die dort entstandenen wirklich kämpfenden Befreiungsorganisationen. Hinzu kommt noch die reaktionär-nationalistische Ausrichtung der African Nationalists, die sich z. B. in dem Vorwurf äußert, die ANC-Führung hätte den Versuch unternommen, „den nationalen Anspruch unseres Kampfes durch den Klassenanspruch zu ersetzen“ sowie „den Widerspruch der Arbeiter und Bauern zum Kapital überzubetonen“ (18)! Des weiteren sind die African Nationalists gegen eine gemeinsame Organisation der Schwarzen – d. h. aller drei unterdrückten Bevölkerungsgruppen: Afrikaner, Farbige und Inder –, wie sie von der Black Consciousness-Bewegung praktiziert wird, und sprechen sich für die „Zusammenarbeit von Organisationen auf Organisationsebene (...) mit anderen ethnischen Gruppen“ (19) aus. So gesehen stellen die African Nationalists keine fortschrittliche Alternative zum bisherigen Kurs des ANC dar (20); man muß aller-

dings die politische Verantwortung für das Entstehen einer solchen Strömung voll und ganz den Stalinisten im ANC und in der südafrikanischen KP zuschieben. – Der PAC orientiert sich zunehmend am Maoismus und stellt als eine seiner Hauptlosungen die Forderung „Tod der Hegemonie der Supermächte!“ (21) auf; er hat jedoch (noch) nicht dieselben Konsequenzen wie die orthodoxen Maoisten, z. B. in bezug auf Angola, gezogen.

Trotzdem wäre es falsch, den Einfluß der Reformisten zu unterschätzen. Vor allem in der älteren Generation hat der ANC (der sich auf anerkannte Führer wie Nelson Mandela, Walter Sisulu u. a. berufen kann) und seine Gewerkschaft, der South African Congress of Trade Unions (SACTU), gehügend – zur Zeit noch passive – Anhänger, die den gemäßigten Kurs des ANC den militanten und kompromißlosen Aktionen der radikalen Teile der Black Consciousness-Bewegung vorziehen und die vom ANC bzw. der CPSA (Communist Party of South Africa) durchaus als Bremsklotz der revolutionären Entwicklung mißbraucht werden können. Außerdem ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß ANC und PAC von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als die Befreiungsbewegungen Südafrikas anerkannt werden und demzufolge mit materieller Unterstützung von dieser Seite rechnen können (und sie



auch bereits erhalten). Deshalb ist es für eine zukünftige revolutionäre Organisation in Südafrika ungemein wichtig, sich nicht zu sehr vom Radikalismus und der Militanz der jungen Generation blenden zu lassen und diese überzubewerten, sondern auch gegenüber den rückständigeren Teilen der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung (22) eine korrekte politische Taktik einzuschlagen:

„1) Die Bolschewiki-Leninisten verteidigen den Congress in allen Fällen, in denen er von den weißen Unterdrückern und ihren chauvinistischen Agenten in den Reihen der Arbeiterorganisationen angegriffen wird.

2) Die Bolschewiki-Leninisten werten die progressiven Tendenzen im Programm des Congress höher als die reaktionären.

3) Die Bolschewiki-Leninisten entlarven vor den eingeborenen Massen die Tatsache, daß der Congress auf Grund einer oberflächlichen versöhnlichen Politik noch nicht einmal in der Lage ist, die Verwirklichung seiner eigenen Forderungen durchzusetzen. Die Bolschewiki-Leninisten entwickeln im Gegensatz zum Congress ein Programm revolutionären Klassenkampfes.

4) Gesonderte Übereinkünfte mit dem Congress sind, wenn die Umstände dies erfordern, zulässig, aber nur im Rahmen genau definierter praktischer Aufgaben und der Beibehaltung völliger und uneingeschränkter Unabhängigkeit unserer eigenen Organisation und der Freiheit der politischen Kritik.“ (23)

Bürgerliche oder proletarische Revolution?

Trotz ihrer bürgerlich-demokratischen Beschränktheit stellen die Programme der nationalen Befreiungsbewegungen einen Risikofaktor für den Fortbestand des südafrikanischen Kapitalismus dar. Denn der entschiedene und uneingeschränkte Kampf der südafrikanischen schwarzen Arbeiterklasse um die völlige und kompromißlose Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Forderungen (uneingeschränk-

tes Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit usw.) würde die Arbeiter in eine Stellung heben, die für das südafrikanische Kapital nicht ertragbar wäre. Deshalb suchen die liberale Fraktion der einheimischen Bourgeoisie und die weiterblickenden Imperialisten bereits nach anderen Lösungen – wie etwa ein halb-demokratisches Staatssystem mit eingeschränktem Wahlrecht (d. h. Wahlrecht für alle Weißen, für Schwarze nur bei einem bestimmten Mindesteinkommen und/oder Grundbesitz) und anderen ähnlich gearteten „Rechten“ – oder u. U. auch eine „schwarze“ staatskapitalistisch-bonapartistische Variante, die die einheimische Bourgeoisie weitgehend entmachtete, dem Imperialismus aber weiterhin die Tür zu den ökonomischen Ressourcen des Landes offenhält.

Aus unterschiedlichen Gründen eignen sich die verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen auf Dauer nicht für eine solche Lösung, die selbst keinen stabilen Charakter gewinnen dürfte; so kann der ANC zwar bei der politischen Desorientierung der Massen eine konterrevolutionäre Rolle spielen, dürfte aber aufgrund der Tatsache, daß er – vermittelt über die CPSA – unter dem Einfluß Moskaus steht, als Regierungspartei dem Imperialismus nicht genehm sein, da für den Westen Südafrika einen hohen militär-strategischen Wert hat (Seeweg um das Kap der Guten Hoffnung, militärische Beherrschung des südlichen Afrikas).

Deshalb sind die südafrikanische liberale Bourgeoisie und ihre politische Vertretung, die PRP, in Zusammenarbeit mit dem internationalen Imperialismus bemüht, eine bürgerliche Führung innerhalb der schwarzen Bevölkerung

aufzubauen. Als Favorit hierfür gilt der Präsident des Bantustan KwaZulu, Gatsha Buthelezi. Buthelezi – der sich selbst als einen „radikalen Realisten“ charakterisiert, „der innerhalb des südafrikanischen Systems für die Zerstörung der Apartheid und die Befreiung Südafrikas arbeitet“ (24), von anderen dagegen als eine „Regierungsmarionette“ bezeichnet wird, „die dazu bestimmt ist, die schwarze Bevölkerung in die falsche Richtung zu führen“ (25) – und seine Partei, die Black Unity Front (BUF), haben in der Tat einen – wenn auch zur Zeit noch hauptsächlich auf die Zulus beschränkten – beträchtlichen Einfluß erreicht; und zwar in erster Linie durch eine sich an die jeweilige Radikalität der Kämpfe anpassende Demagogie („Das Volk von Soweto ist unser Volk!“) (26), die Buthelezi jedoch nicht daran hindert, weiterhin für Verhandlungen mit den Rassisten und eine friedliche Lösung des Konflikts einzutreten – eine Aussage, die angesichts der von der Regierung angewandten brutalen Gewalt zur Phrase wird. Folgerichtig ist denn auch der Grundgedanke Buthelezis, „daß ich glaube, daß die Macht der Amerikaner dazu benutzt werden kann, uns zu helfen...“, und daß „Amerika die einzige (auswärtige) Macht ist, die eine bedeutende Rolle dabei spielen kann, Südafrika an den Verhandlungstisch zu zwingen“ (27). So sucht sich die imperialistische Hauptmacht USA überall ihre Vasallen und Statthalter, versucht neue aufzubauen, wenn die alten ausgedient zu haben scheinen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine andere bürgerliche Herrschaftsform als die des Apartheid- oder eines ähnlichen rassistischen Polizeistaats, nämlich die bürgerlich-demokratische, auf der Grundlage einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf Dauer überhaupt möglich ist. Denn „der Rassismus, unter dem die Afrikaner leiden, ist kein Relikt (feudalistischer Verhältnisse, Anm. d. Verf.), das es durch reformistische Methoden auszuschalten gilt, sondern immanenter Bestandteil der Einführung und Konsolidierung kapitalistischer Verhältnisse in Südafrika.“ (28) D. h. selbst eine Verwirklichung der demokratischen Forderungen, die ja außer den Befreiungsbewegungen auch Buthelezi (zumindest verbal) anstrebt, würde deshalb nur gegen „den entschiedensten Widerstand des einheimischen (...) und ausländischen Kapitals“ und



„nur (...) durch eine Entmachtung der nationalen und imperialistischen Bourgeoisie in Süd-

afrika“ (29) möglich sein. „Insofern muß die Theorie der ‚zwei Etappen‘ zurückgewiesen werden. Man kann damit die Bourgeoisie nicht gewinnen, von den weißen Arbeitern ganz zu schweigen. Die wichtigsten Akteure dieses revolutionären Dramas werden die farbigen (gemeint sind alle drei unterdrückten Bevölkerungsgruppen, Anm. d. Verf.) Proletariatsmassen sein. Folglich kann für den, der methodisch vorgeht, die südafrikanische Revolution nicht bürgerlich, sondern allein proletarisch sein.“ (30) Und insofern kann auch das über Buthelezi lancierte Projekt – wie bereits zitiert – nur dazu dienen, „die schwarze Bevölkerung in die falsche Richtung“ und damit in eine Niederlage zu führen, und nicht



Buthelezi

als ernst gemeinter Versuch der Errichtung einer bürgerlichen Demokratie westeuropäischen oder amerikanischen Modells verstanden werden, ganz zu schweigen von der vollen Durchsetzung der bürgerlich-demokratischen Forderungen (vgl. auch die das Verhältnis Reformismus-Kolonialismus betreffenden Passagen in dem Artikel „Eine frische Lektion“ von Leo Trotzki, der in dieser Ausgabe von *Commune* abgedruckt ist).

Eine andere, vom weißen Chauvinismus und der Geringschätzung der Fähigkeiten der schwarzen Arbeiterklasse geprägte Variante der Theorie der zwei Etappen liefert die in Nürnberg von einer sich auf die Tradition der KPO (31) berufende Gruppe herausgegebene Zeitschrift *Arbeiterstimme*, für die „eine sozialistische Revolution (...) nur möglich wäre mit der Unterstützung des weißen Proletariats“ (32). „Wer immer dem Teufel des Chauvinismus seinen kleinen Finger gibt, ist verloren. Die revolutionäre Partei muß jeden weißen Arbeiter vor folgende Alternative stellen: entweder mit dem (...) Imperialismus und der weißen Bourgeoisie Südafrikas oder mit den schwarzen Arbeitern (...) gegen die weißen Feudalherren und Sklavenhalter in den Reihen der Arbeiterklasse.“ (33)

Aber nicht nur die Natur der südafrikanischen Revolution, sondern auch ihre Formen werden proletarische Züge haben. Denn anders als in den benachbarten Ländern wie Angola, Mosambik etc. gibt es in Südafrika eine eindeutige soziale Vorherrschaft des schwarzen Proletariats – nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, wo es so gut wie keine schwarzen Bauern, sondern nur auf den großen weißen Farmen tätige schwarze Tagelöhner sowie die Familien der in den Städten arbeitenden Wanderarbeiter gibt. Nicht nur vom Gesichtspunkt der politischen Fortschrittlichkeit der Bevölkerung, sondern auch von seiner sozialen Bedeutung her liegt das

Land weit hinter der Stadt zurück. Neben dem Fehlen einer schwarzen Bauernschaft als wesentlicher Basis einer Guerillabewegung ist das entscheidende politische Problem in Südafrika auch nicht die Land-, sondern die nationale und die Rassenfrage, die untrennbar mit dem Klassencharakter der südafrikanischen Gesellschaft verbunden ist. Die entscheidenden Auseinandersetzungen werden sich deshalb zwangsläufig in den wirtschaftlichen und politischen Konzentrationspunkten des Kapitals und des Proletariats – den Städten – abspielen. Von daher wird eine vor allem auf dem Lande operierende Guerilla, sofern sie überhaupt nach den Anfang und Mitte der 60er Jahre gescheiterten Versuchen Fuß fassen kann, gegenüber den Kämpfen des städtischen (aber auch des ländlichen) Proletariats, die in den letzten Jahren einen stetigen Aufschwung zu verzeichnen hatten und im August/September 1976 ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben, nur eine untergeordnete Rolle spielen. Natürlich werden im Verlauf der Zunahme der Klassenaussensetzungen bestimmte Formen des individuellen Terrors

(Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle, Attentate) und eventuell sogar die Entstehung einer Stadtguerilla eine unausbleibliche Begleiterscheinung sein. Aber diese Formen des bewaffneten Kampfes haben noch weniger Erfolgchancen als die Landguerilla, die sich unter bestimmten Bedingungen und in bestimmten Ländern sowohl auf eine soziale Schicht stützen als auch bessere strategisch-militärische Konzepte ('befreite Gebiete', 'Einkreisung der Städte') vorweisen kann.

Es ist in diesem Zusammenhang gewiß kein Zufall, daß die Stalinisten verschiedener Couleur als verbissene Befürworter der Etappen-theorie die Bedeutung der Guerilla wesentlich höher einschätzen als den proletarischen Kampf. Denn diese Meinung „herrscht vor allem bei jenen vor, die den Klassenkampf einer von den Kapitalisten fernem ländlichen Guerilla unterordnen wollen“ (34). Südafrika hat „eine Bevölkerung von 23 Mio. Einwohnern, eine Fläche von 122 425 415 ha – und dennoch keine Bauern. Es ist viel Unsinn über das geschrieben worden, was man abwechselnd als ‚Halbbauern‘, ‚weder Bauer noch Arbeiter‘,

‚Bauerh ohne Land‘ usw. bezeichnete. Der verborgene Grund scheint der Versuch zu sein, Südafrika die Theorie der Revolution in ‚zwei Etappen‘ überzustülpen, d. h. bürgerliche Revolution –, Unterbrechung –, proletarische Revolution.“ (35)

Das folgende Interview erschien am 2. Mai d. J. in der Nr. 16/1977 der in New York erscheinenden Zeitschrift *Intercontinental Press*. Es wurde im April dem Korrespondenten der *Intercontinental Press* in Lusaka/Zambia, Jim Atkinson, von einem südafrikanischen Trotz-kisten gewährt, der seit Anfang der 50er Jahre aktiv am Befreiungskampf der Schwarzen in Südafrika teilgenommen hat. Der südafrikanische Genosse versucht in seinen Ausführungen, Antworten zu geben auf die wesentlichen Fragen der südafrikanischen Revolution.

20. Juni 1977

Hans Döhlmann

Interview mit einem südafrikanischen Trotz-kisten

Frage: Wie schätzt Du die Bedeutung des neuen Anstiegs der Kämpfe der südafrikanischen Massen ein?

Antwort: Gegenwärtig haben die Kämpfe in Südafrika ein sehr hohes Niveau erreicht. Wenn Du die Gesamtsituation betrachtest hast und sie z. B. damit, wie es vor 20 Jahren war, vergleichst, dann kannst Du feststellen, daß in der Zwischenzeit eine ungeheure Entfaltung neuer gesellschaftlicher Formationen stattgefunden hat. Kurz gesagt: es handelt sich um die Umwandlung eines großen Teils der schwarzen Bevölkerung in eine Arbeiterklasse. Dies hat die Anatomie der Kämpfe geändert. Der Mensch, der erst gestern noch als ein Individuum unterdrückt wurde, dem man die elementarsten Rechte einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft verwehrte, wurde in eine moderne Industriegesellschaft geworfen, in der seine gesamten Aussichten, Bedürfnisse und seine gesamte Existenz von dem kapitalistischen System abhängen. Diese Situation hat mit Sicherheit zu einem qualitativen Umschwung in der Orientierung der schwarzen Bevölkerung geführt.

Ganz plötzlich hat sich die schwarze Bevölkerung in den städtischen Gebieten in einer Reihe von Streiks erhoben. Dies ist ein Aspekt dieses Umschwungs. Aber kombiniert damit, aufgrund der Rassenfrage und des Verhältnisses von Rassenfrage und wirtschaftlicher Ausbeutung, wurde eine ganze Generation, die im wesentlichen keine Arbeitergeneration ist – Studenten und Schüler –, in den gemeinsamen Kampf gezwungen kraft der Tatsache, daß diese jungen Leute aus einer städtischen, mehr oder weniger fest ansässigen Arbeiterschaft stammen.

Frage: Wo liegt die Bedeutung des Kampfes für demokratische Forderungen?

Antwort: Zuerst, glaube ich, ist es für jedermann, der eine richtige Einschätzung der südafrikanischen Situation haben will, notwendig zu erkennen, daß – obwohl es sich scheinbar

um zwei Fragen handelt – dies tatsächlich nicht so ist. Bei diesen zwei Fragen handelt es sich darum, daß die schwarze Bevölkerung wegen ihrer Hautfarbe unterdrückt wird und daß sie als Arbeiterklasse ausgebeutet wird. Es besteht eine dynamische Wechselbeziehung zwischen der Rassentrennung und der ökonomischen Ausbeutung. Für revolutionäre Marxisten heißt dies, daß das eine Problem nicht ohne das andere gelöst werden kann. Was einem als ausschließlich demokratische Streitfrage erscheinen mag, ist in Wirklichkeit der Ausdruck einer Beziehung im Rahmen eines kapitalistischen Systems, das auf einer rassistischen Gesellschaft basiert. Was für das Apartheid-System gehalten wird, ist schlechweg ein gesellschaftliches Arrangement, mit dem beabsichtigt wird, das kapitalistische System in diesem Land aufrechtzuerhalten.

Würde man sich ausschließlich mit den demokratischen Forderungen beschäftigen, würde man die Forderung aufstellen, daß das Volk die politische Macht ausübt – das heißt, das Grundrecht zu wählen und in die gesetzgebenden Körperschaften des Landes gewählt zu werden, die volle Repräsentation der schwarzen Bevölkerung im südafrikanischen Parlament. Und davon ausgehend müssen all die alltäglichen Unrechtmäßigkeiten, die ausschließlich die schwarze Bevölkerung erlitten hat, verschwinden. D. h. daß die schwarze Bevölkerung – außer dem Recht zu wählen und die bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen zu können – ein demokratisches Erziehungssystem haben muß, was ja zur Zeit nicht der Fall ist. Die diskriminierenden Gesetze in der Industrie müssen verschwinden. Sie müssen verschwinden, und gleichzeitig muß mit der Ausbildung der Schwarzen begonnen werden, so daß sie dieselben Fähigkeiten erlangen können, wie sie zur Zeit nur den Weißen vorbehalten sind. Die gesamte Gesetzesstruktur Südafrikas muß umgekehrt werden, so daß die schwarze Bevölkerung in den Genuß der grundlegenden Rechte kommt. Davon zähle ich nur einige auf:

Da ist die Frage der Freizügigkeit. Gegenwärtig sind die Schwarzen in ihrer Bewegungsfreiheit vollständig eingeschränkt. Alle möglichen Vorrichtungen, wie etwa das Paß-System, werden dazu benutzt, die Schwarzen zu kontrollieren. Und selbst diese Maßnahmen beabsichtigen, mit einem ökonomischen Problem fertig zu werden. Es handelt sich nicht um einfache Diskriminierung der Schwarzen um der Diskriminierung willen. Ein weiteres demokratisches Recht ist die Rede- und Versammlungsfreiheit. Zum jetzigen Zeitpunkt besitzt die schwarze Bevölkerung diese Freiheiten nicht. Du kannst aufgrund der Launen der südafrikanischen Polizei festgenommen werden, wenn Du eine Veranstaltung organisierst. Du kannst keine Versammlung einberufen oder Deine Meinung und Deine Gedanken über die Zukunft Südafrikas uneingeschränkt ausdrücken. Gegenwärtig besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung auf der einen und den Weißen auf der anderen Seite.

Wenn Du die Industrie nimmst und Dir das Problem der Gewerkschaften betrachtest, dann mußt Du feststellen, daß die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika erstens nicht als Gewerkschaften von der Regierung anerkannt sind und daß sie zweitens nicht das Recht auf kollektives Aushandeln und Abschließen von Tarifverträgen haben. Sie dürfen nicht zum Streik aufrufen. Aber das heißt natürlich nicht, daß die schwarzen Arbeiter Südafrikas nicht doch streiken – trotz all dieser Einschränkungen. Und dies heißt auch nicht, daß die schwarzen Arbeiter keine Gewerkschaften gebildet haben. Es gibt eine ganze Reihe von der Regierung nicht anerkannter schwarzer Gewerkschaften. Die Tatsache, daß ihnen das Streikrecht vorenthalten wird, hat die Arbeiter nicht davon abhalten können, sich in Streiks einzulassen. Diese Streiks sind in Südafrika so heimisch geworden, daß die Führer der Kommandohöhen der Wirtschaft – wie die Anglo-Ameri-

can Corporation – tatsächlich die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung sowie die Anerkennung des Streikrechts gefordert haben.

Frage: Warum dies?

Antwort: Ich denke, der Grund ist einfach der, daß sie als der fortgeschrittene Teil der internationalen herrschenden Klasse, die mit einem hohen Einsatz an der südafrikanischen Wirtschaft beteiligt ist, eine sehr gefährliche Situation heraufziehen sehen und nun an einigen Projekten arbeiten, mit denen sie versuchen, die Militanz der Arbeiter zu entschärfen.

Frage: Sind die sich entwickelnden Gewerkschaften ausschließlich schwarz?

Antwort: Sie sind ausschließlich schwarz in dem Sinne, daß kein Weißer ihnen beigetreten ist. Andererseits ist mir keine einzige Klausel in ihren Satzungen bekannt, die einen weißen Revolutionär am Eintritt hindern würde (36). Im Gegenteil, es ist die Regierung, die den weißen Arbeitern den Eintritt in diese Organisationen verbietet. Wenn ich sie als „schwarze“ Gewerkschaften bezeichne, schliesse ich die sogenannten Farbigen und die Inder mit ein. Das ist die Haltung der Black Power-Bewegung (37). Die Arbeiter dieser Gewerkschaften setzen sich aus diesen drei nicht-weißen Bevölkerungsgruppen zusammen. Jeder – sei er ein Afrikaner, ein Inder oder ein Farbiger – hat das Recht, diesen Gewerkschaften beizutreten. Dies ist eine wirkliche Errungenschaft der schwarzen Bevölkerung Südafrikas.

Frage: Wie siehst Du die Rolle der Bantustans?

Antwort: Die Gesetze, die die Bewegungsfreiheit der Schwarzen einschränken, sind ein Resultat der ökonomischen Entwicklung des Landes und der damit verwandten Bedürfnissen der Industriellen in einem Land, das sich sehr schnell entwickelt hat. Die Einführung der Paßgesetze und vor allem die Existenz von Eingeborenen-Reservaten – die jetzt als „Bantu-Homelands“ und „Bantustans“ bezeichnet werden, in denen von den Schwarzen erwartet wird, daß sie sich in ihren „demokratischen Rechten“ üben – haben wirtschaftliche Ursachen. Der Aufstieg der südafrikanischen Industrie machte die Verfügbarkeit von Arbeitskräften notwendig. Um Arbeitskräfte zu bekommen, schuf die herrschende Klasse, damals überwiegend britisch, die Eingeborenen-Reservate – aus denen die heutigen Bantustans geworden sind – als ein Reservoir billiger Arbeitskräfte für die Entwicklung des Bergbaus und später der neuen, herstellenden und verarbeitenden Industrien. Aber diese Reservats waren nicht ausreichend. Es war notwendig, ein Instrument zu haben, mit dem man diese Arbeitskräfte in das Gebiet, in dem sie am dringendsten gebraucht werden, lenken kann. Das Vollzugsinstrument hierfür war der Paß. Das ist der Ursprung des Passes. Aber der Paß, als ein Mittel zur Lenkung und Kanalisierung der Arbeitskräfte, ist kein „statisches“ Dokument. Es hat sich mit den Verhältnissen geändert. Was man z. B. heute als Paß erhält, ist fast schon ein Buch, das alle persönlichen Einzelheiten eines Individuums enthält, das nichts weiter ist als ein potentieller Arbeiter. Der Zweck dieses Dokuments ist in der Tat mannigfaltig, indem es Angaben über die an die Bantustan-Führer und an die südafrikanische Regierung zu zahlenden Steuern und über die „Chefs der Schwarzen“ enthält. Es beinhaltet alle Arten von persönlichen Daten, so daß das System die Arbeitskräfte jederzeit zu jedem Ort, an dem sie gebraucht werden, hin- und wieder zurückbringen kann, ganz den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend.

Diese Repressalien lasten schwer auf den Schwarzen. Kein Schwarzer kann seinen Ar-



beitsplatz frei wählen. Er wird entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft dirigiert. Südafrika hängt sehr stark vom Bergbau ab (obwohl es mit dem Wachstum der herstellenden und verarbeitenden Industrie Veränderungen gegeben hat), so daß der Bergbausektor für die herrschende Klasse Vorrang hat. Wenn die Anforderungen an Arbeitskräften in diesem Sektor nicht befriedigt werden können, gerät das gesamte Land in eine ungeheuer schwierige Lage; deshalb müssen diese Bedürfnisse einfach befriedigt werden. Die durch das Paß-System verursachten Einschränkungen sind so schwerwiegend, daß die Schwarzen nicht einmal das Recht haben, sich ohne Erlaubnis der Behörden von einer Stadt in eine andere zu begeben. Du hast kein Recht, dich irgendwo in Südafrika aufzuhalten, selbst wenn Du eigentlich da lebst. Als schwarzer Arbeiter im Stadtgebiet von Johannesburg oder Kapstadt hast Du keine Rechte und kannst innerhalb von 48 Stunden ausgewiesen werden, ohne Rücksicht darauf, was Du dort an persönlichem Eigentum erworben hast. Selbst wenn Du davon ausgegangen bist, ein Recht zu haben, kann Dein „Recht“ mit einem Federstrich beseitigt werden. Das sind die Nadelstiche, denen die gesamte schwarze Bevölkerung ausgesetzt ist. Von einer Bevölkerung, die solchen Leiden und solcher Unterdrückung ausgesetzt ist, kann nichts anderes erwartet werden, als daß sie sich in dem einen oder anderen Stadium der politischen Entwicklung erhebt.

Frage: Welche Forderungen sind in den ländlichen Gebieten wichtig, sowohl im Bereich der weißen Farmen als auch in den Bantustans?

Antwort: Wenn Du Dich mit der Masse der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerung (d. h. die Schwarzen) befaßt, dann hast Du zuallererst einen bedeutenden Anteil der schwarzen Bevölkerung in der Industrie und in den städtischen Gebieten. Zweitens ist ein weiterer wichtiger schwarzer Bevölkerungsteil als landwirtschaftliches Proletariat beschäftigt. Diese Gruppe findest Du auf den riesigen Farmen, die heute dem Finanzkapital zusammen mit der weißen Kleinbourgeoisie gehören. Drittens lebt ein Teil der schwarzen Bevölkerung, gewöhnlich der Bauernschaft zugerechnet, auf dem flachen Land. Aber ehrlich gesagt, es gibt keine Bauernschaft im klassischen Sinne. Die Statistiken zeigen, daß die Person, die für einen Bauern gehalten wird, sagen wir in der Transkei oder in Zululand oder in einem anderen Bantustan, nur für eine kurze Zeitspanne dort ist. Der größte Teil des Lebens wird entweder im Bergbau oder in anderen Wirtschaftsbereichen, außerhalb des sogenannten Bantu-Homelands, zugebracht. Wenn man in sein Bantustan kommt, ist man in Wirklichkeit als Besucher da. Die Leute in den Bantustans sind – wie ich sie bezeichnen würde – „Reservisten.“ Zahlenmäßig ist die dort fest ansässige Bevölkerung sehr unbedeutend. Wenn Du Dir die Statistiken ansiehst, wirst Du feststellen, daß

es nur alte Frauen und Männer sowie Kinder sind, die dauernd dort leben. Für ihre Ziele kann die herrschende Klasse keine entwicklungsfähige Vereinheitlichung zwischen diesem Teil der Arbeiterklasse (den Wanderarbeitern) und den in den städtischen Gebieten fest ansässigen Arbeitern gebrauchen. Aber die Einheit zwischen diesen beiden Gruppen wird es geben. Sie werden zu erkennen beginnen, daß ihre ökonomischen und politischen Interessen identisch sind – und daß sie dann das kapitalistische System stürzen können.

Frage: Stimmt es, daß die Wanderarbeiter noch weniger Rechte haben, als die Masse der „fest ansässigen“ städtischen Arbeiter? So ist ihnen z. B. nicht erlaubt, ihre Familien bei sich zu haben; ihre Arbeitsplatzsicherheit ist noch begrenzter als die der „fest ansässigen“ Arbeiter. Ist es so gesehen nicht notwendig, in verstärktem Maße Forderungen aufzustellen, die sich ganz besonders mit den sehr großen Problemen der Wanderarbeiter befassen?

Antwort: Sicher. So kann z. B. ein Mann, selbst wenn er Familie hat, von einem Teil des Landes in einen ganz anderen gebracht werden. Wenn er in einer Wohnbaracke lebt, hat er nicht einmal das Recht, diese zu verlassen und sich frei in der Stadt zu bewegen. Dieses Problem betrifft nur die Wanderarbeiter. Und deshalb ist es notwendig, daß sich Revolutionäre mit dieser Frage beschäftigen. Die Tatsache, daß diese Arbeiter zuweilen aus ihren Wohnbaracken in den städtischen Gebieten irgendwohin auf's Land verfrachtet werden, ist ebenfalls eine Besonderheit dieser Gruppe und erfordert ebenfalls die Aufmerksamkeit der Revolutionäre. Eine der fundamentalsten Forderungen ist deshalb, daß diese Arbeiter das Recht haben, dort, wo sie arbeiten, dauernd zu leben und dieselben Rechte – oder „Semi-Rechte“, falls es überhaupt welche gibt – zu genießen wie ihre städtischen Kollegen. So kann man diese beiden Gruppen vereinigen.

Frage: Was meinst Du zum Aufschwung der Black Consciousness-Bewegung?

Antwort: Dies ist eine sehr wichtige Frage sowohl für Revolutionäre in Südafrika als auch in der ganzen Welt. Die Black Consciousness-Bewegung wurde in einer ganz besonderen Phase geschaffen, als die traditionell bekannten Bewegungen entweder geschlagen und ihre Führer verhaftet worden waren oder ins Exil getrieben wurden. Dies schuf ein Vakuum, ließ der schwarzen Bevölkerung keine eigene unabhängige Bewegung (38). In dieser Phase übernahmen die Repräsentanten der liberalen Bourgeoisie die Szene. Die Progressive Party (39) von Harry Oppenheimer und Helen Suzman kam auf; dergleichen die National Union of South African Students (NUSAS), eine weiße liberale Studentenorganisation. Aber mit der zunehmenden Unterdrückung mußte die schwarze Bevölkerung ihre eigenen Organisationen entwickeln, um zurückzuschlagen zu können. Unter diesen Umständen entstand die Black Power-Bewegung in Südafrika. Es ist eine außerordentlich bedeutsame Veränderung der politischen Situation. Es ist nicht nur der Zusammenhang mit jenen Lebensbereichen, die von der Unterdrückung am meisten betroffen sind, sondern auch, daß zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Anzahl von Organisationen die Schranken zwischen den drei Hauptgruppen der schwarzen Bevölkerung – Afrikaner, Farbige und Inder – einriß. Sie akzeptierten jeden, der zu einer dieser drei Gruppen gehörte, als Schwarzen. Dies ist eine sehr große Errungenschaft, weil schon seit langem Organisationen versucht haben, die Kluft zwischen diesen drei Bevölkerungsgruppen zu überbrücken, aber dabei sehr

große Fehler gemacht haben, indem sie innerhalb der schwarzen Bevölkerung rassistische Strukturen aufrechterhielten. Der Black Power-Bewegung ist dieses Phänomen fremd. Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, daß diese Bewegung in wesentlich bedeutenderem Umfang als bisher mit bestimmten Bevölkerungsgruppen in Berührung kam; damit ist die städtische Bevölkerung gemeint. Und eine solche Dynamik der Massenmobilisierung, parallel zum Aufschwung der Bewegung, hat es bisher in Südafrika nicht gegeben. Deshalb ist diese Bewegung von großer Bedeutung, und Revolutionäre können in ihr arbeiten, ihre Kader erziehen und sich mit ihnen vereinigen, um die gesamte soziale und ökonomische Struktur Südafrikas umzuwälzen.

Frage: Was ist die Bedeutung des Slogans „Black Power“?

Antwort: Die Wirklichkeit ist so, daß die Schwarzen unterdrückt und ausgebeutet werden. Nicht nur, daß sie am meisten ausgebeutet werden, ihre Ausbeutung hat sie an einen entscheidenden Platz im gesamten revolutionären Prozeß gestellt. Unter der ausgebeuteten Bevölkerung, die weißen Arbeiter eingeschlossen, sind sie der Teil, der die Mehrheit darstellt und mehr als jeder andere Bevölkerungsteil ausgebeutet wird. Deshalb ist es sehr wichtig – wenn man eine wirkliche Revolution will –, daß dieser Bevölkerungsteil zuerst aktiviert wird. Der andere Teil, die weißen Arbeiter, werden nur unter dieser Voraussetzung in Bewegung geraten.

Frage: Ist es möglich, das Apartheidsystem im Rahmen des Kapitalismus zu beseitigen?

Antwort: Ich kann mir nicht vorstellen, wie das Apartheid-System unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zerschlagen werden kann – einfach deswegen nicht, weil die dynamische Beziehung zwischen kapitalistischer Ausbeutung und nationaler Unterdrückung so tief ist, daß das Problem der nationalen Unterdrückung nicht ohne das Problem der wirtschaftlichen Ausbeutung gelöst werden kann. Was ich zu sagen versuche, ist, daß die Lösung der grundlegenden politischen Probleme, d. h. die Lösung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben in Südafrika, notwendigerweise nur durch eine sozialistische Revolution möglich ist und daß auch die tatsächliche Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus nicht durchgeführt werden kann, ohne mit den demokratischen Problemen fertigzuwerden, denen sich die schwarze Bevölkerung gegenüber sieht. Die sogenannte nationale Revolution muß – soll sie eine wirkliche Revolution sein – den Prozeß einer sozialistischen Revolution durchlaufen, und die sozialistische Revolution muß die bürgerlich-demokratische Revolution vollenden.

Frage: Wie können die südafrikanischen Militanten den Kampf gegen Apartheid und Kapitalismus vorantreiben?

Antwort: Es gibt zwei Grundfaktoren. Der eine ist, daß es ein unterdrücktes Volk gibt, das eine Reihe von Organisationen hervorgebracht hat, die die nationale Unterdrückung beseitigen wollen. Der andere ist, daß dies in Wirklichkeit Organisationen sind, die die Schwarzen in die kapitalistische Struktur des Landes zu integrieren suchen. Aber – wie ich schon vorhin sagte – wir können die Frage der nationalen Unterdrückung nicht ohne die Frage der wirtschaftlichen Ausbeutung lösen. D. h., daß ich als Revolutionär die nationale Befreiungsbewegung als Ganzes bedingungslos unterstützen muß. Und weil es nun mal verschiedene nationale Befreiungsorganisationen gibt – jene eingeschlossen, die sich als Ergebnis der Aktivitäten der Black Consciousness-Bewegung gebildet haben –, müssen sich Revolutionäre auf diese Bewegungen ausrichten

und sehen, daß diese Bewegungen unter dem Banner einer breiten nationalen Befreiungsfront zusammengeschweißt werden; wobei es keine Organisationen geben darf, die die Identität anderer Organisationen zu zerstören suchen. Sie müssen der Front auf gleichberechtigter Basis beitreten. Auf der anderen Seite wäre es eine gefährliche Vereinfachung, diese Organisationen zu stärken, ohne eine besondere Organisation zu schaffen, die in der Lage ist, die für eine wirkliche soziale Revolution notwendigen Forderungen aufzustellen. Dies führt mich zu der Pflicht der Revolutionäre in Südafrika – und in der ganzen Welt –, dafür Sorge zu tragen, daß eine revolutionäre Organisation, die man auch Partei nennen kann und die sich für die Interessen der Arbeiter einsetzt, geschaffen wird.

Ich sage dies, weil eine wirkliche Revolution in Südafrika, einem kapitalistischen System, eine Änderung der Produktionsverhältnisse bedeuten würde, von denen einer kapitalistischen zu jenen einer sozialistischen Gesellschaft. Historisch gesehen gibt es außer der Arbeiterklasse keine andere Klasse, die in der Lage wäre, eine solch gigantische Aufgabe durchzuführen. Und wenn die Arbeiterklasse in die Lage kommt, die Führung zu übernehmen, muß sie notwendigerweise ihre eigene Organisation haben, um für die Klasseninteressen der Arbeiter zu kämpfen und dafür zu sorgen, daß die demokratischen Rechte, die dem Großteil der Bevölkerung verweigert werden, ebenfalls verwirklicht werden.

Frage: Wie stehst Du zur Geschichte des African National Congress (ANC) und der Communist Party of South Africa (CPSA)?

Antwort: Der 1912 gegründete ANC ist die älteste politische Organisation in Südafrika. Er hat sich in der Tat in eine ganze Anzahl politischer Kampagnen eingelassen. Er hat einiges getan; er hat tatsächlich sogar eine ganze Menge getan. Aber er hat eine Menge Fehler begangen, und es hat eine Reihe von politischen Versäumnissen und Mängeln gegeben, die zu seiner gegenwärtigen Lage geführt haben, wo er es nicht schafft, seine Politik mit dem Streben und den Erwartungen der Bevölkerung zu verknüpfen. Als Resultat davon bildeten sich neue Organisationen. Diese Organisationen sind heute in die Hauptkämpfe verwickelt. Der ANC hat eine nützliche Rolle gespielt, aber etliche seiner Kampagnen sind opportunistisch gewesen und haben zur Demoralisierung der Bevölkerung geführt, weil er kein Programm anbieten konnte, das die Leute gesammelt und aus der Unterdrückung herausgeführt hätte.

Die CPSA tat einiges in ihrer Anfangsphase. Ich glaube, daß die CPSA einen ersten Fehler gemacht hat, indem sie sich besonders eng an eine nationalistische Organisation gebunden hat, so daß sie ihre Identität als eine angeblich revolutionär-marxistische Partei verlor. Sie zielte darauf ab, eine besondere und eigenartige Haltung gegenüber allen anderen Organisationen zu entwickeln, die sich nicht unter die Fittiche des ANC begaben. Des weiteren zeigte sich in einer ganzen Reihe ihrer Aktivitäten nichts als ein Haufen Abenteuererum in dem Sinne, daß sie unfähig war, ein Programm zu erstellen zur Mobilisierung der einzigen Klasse, die eine kommunistische Partei vertreten muß. Sie hat darauf abgezielt, die Interessen der Arbeiter um der Allianz mit der nationalistischen Bewegung des ANC willen fallen zu lassen. Nun muß ich natürlich sagen, daß sich die Politik der CPSA ständig geändert hat. Die CPSA hat in Wirklichkeit keine eigenständige, unabhängige Politik betrieben. Die meisten ihrer Aktivitäten sind von außerhalb Südafrikas statt-

findenden Entwicklungen gelenkt und beeinflusst worden. Sie ist unfähig gewesen, eine konkrete Analyse vorzulegen und demzufolge Aktionen durchzuführen, die den konkreten Bedingungen in Südafrika entsprechen.

Frage: Welche Rolle spielt Deiner Meinung nach die Sowjetunion in bezug auf Südafrika?

Antwort: Das hängt mit dem gerade Gesagten zusammen. Die CPSA hat keine unabhängigen, mit den konkreten Bedingungen im Lande übereinstimmenden Aktionen durchgeführt. Wenn Du die von ehemaligen KP-Mitgliedern geschriebenen Bücher liest, wirst Du dieses Problem erkennen. Schon ganz am Anfang der Herausbildung der CPSA wurden ihre internen Differenzen und deren Lösung nicht durch die unabhängige Analyse der Kommunisten in der Partei bestimmt, sondern waren mehr von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) beeinflusst (40). Eine Reihe fähiger Historiker hat sehr viel über die Frühzeit der CPSA geschrieben. Die CPSA identifizierte sich vollständig mit dem ANC. Ohne Rücksicht auf die Orientierung des ANC. Dies war ein Ergebnis des Einflusses der KPdSU. In den 20er Jahren brachte die KPdSU die Losung einer „Eingeborenen-Republik“ (41) hervor, und trotz der internen Opposition in der CPSA wurde diese Losung von der CPSA akzeptiert und an den ANC weitergegeben. In dieser und manch anderer Angelegenheit wurde die CPSA direkt von der KPdSU beeinflusst. Es gibt auch keine Klassenunabhängigkeit der Partei in bezug auf die nationalistische Bewegung – worauf Lenin Gewicht legte, der die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Partei der Arbeiterklasse formulierte.

Man muß sich einen Zugang zur gesamten Geschichte und Entwicklung der Revolutionen des modernen 20. Jahrhunderts verschaffen. Gemäß der Geschichte der internationalen revolutionären Bewegung stellt die Vierte Internationale die Entwicklung des Marxismus als Reaktion auf die Entwicklung und das Wachstum des Stalinismus in der Sowjetunion dar. Die Vierte Internationale wurde von einem der herausragenden Führer der russischen Revolution, Leo Trotzki, geschaffen, der als der Erbauer der Roten Armee bekannt ist und der nach der Entstehung des Stalinismus, besonders nach Lenins Tod, durch Stalin von seinem legitimen Posten verdrängt wurde. Die Vierte Internationale repräsentiert die einzige politische Strömung, die es geschafft hat, zumindest in Opposition zum Stalinismus zu bleiben, der eine Ablehnung des Marxismus in jeder Beziehung darstellt. D. h., daß die Revolutionäre, die sich in einer revolutionären Partei in Südafrika (oder woanders in der Welt) organisieren, die Vereinigung mit der einzigen politischen Strömung suchen müssen, die den Marxismus weltweit repräsentiert. Die Vierte Internationale ist diese Organisation. Deshalb müssen die südafrikanischen Revolutionäre Zugang zur Vierten Internationale suchen und die verschiedenen Organe der Vierten Internationale aufbauen – nicht deshalb, um einfach die Vierte Internationale zu stärken, sondern weil diese die einzige internationale Organisation ist, die den revolutionären Marxismus von heute repräsentiert und demzufolge in der Lage ist, die während einer langen Periode angesammelte notwendige politische Erfahrung zu vermitteln. Ich glaube nicht, daß dies von irgendeiner anderen Organisation auf der Welt gesagt werden kann (42).

Frage: Was sind die Aufgaben von Leuten außerhalb Südafrikas, die den Befreiungskampf unterstützen?

Antwort: Südafrika ist ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems. Der Kapitalismus, der das südafrikanische Volk unter-

drückt und ausbeutet, ist derselbe Kapitalismus, der die Völker der ganzen Welt unterdrückt und ausbeutet. Es ist derselbe Kapitalismus, der die europäischen Arbeiter ausbeutet. Es ist derselbe Kapitalismus, der die amerikanischen Arbeiter erniedrigt. Deshalb kann der Kampf des südafrikanischen Volkes nicht isoliert betrachtet werden. Das bedeutet, daß hier eine sehr wichtige Aufgabe für Revolutionäre und potentielle Revolutionäre überall in der Welt liegt – seien sie nun in Europa, Afrika, Asien oder Amerika. Es ist sehr wichtig für mich, daß die Völker der Welt erkennen, daß es ihre Aufgabe ist, Solidaritätsbewegungen aufzubauen, die die Anstrengungen des südafrikanischen Volkes ergänzen können. Um dies zu verdeutlichen, muß ich ein wenig abschweifen. Als das vietnamesische Volk gegen die amerikanische Invasion kämpfte, waren es nicht nur seine heroischen Anstrengungen, die den Moloch USA in die Knie zwangen. Die Entfaltung der Antikriegsbewegung in den USA hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Deshalb ist es richtig festzustellen, daß die Revolutionäre in aller Welt eine Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden südafrikanischen Volk schaffen müssen. Der Sieg in der Schlacht um die sozialistische Revolution in Südafrika wird auch die Möglichkeiten des Sieges der sozialistischen Revolution in Europa und Amerika verbessern. Wir können die Probleme von Unterdrückung und Ausbeutung nicht ohne die Hilfe unserer Genossen in Europa, Asien und Amerika lösen. Der Expansionsdrang des Kapitalismus kennt keine Grenzen; deshalb ist ein Sieg in einem Teil der Erde ein Sieg für alle. Ich glaube, daß die Revolutionäre in der ganzen Welt den Aufbau einer Solidaritätsbewegung als vorrangige Aufgabe betrachten müssen. Und das wird das Anschwellen der revolutionären Flut in den Metropolen entscheidend unterstützen. ■

Anmerkungen

- 1) Leo Trotzki, Bemerkungen zum Thesenentwurf der Workers' Party of South Africa (20.4.1933); in: *Franz J. T. Lee, Südafrika – am Vorabend der Revolution*, Ffm 1976, S. 218.
- 2) Andrew Young, der sich seinen politischen Einfluß in der 'Carter-Administration' durch das 'Einbringen' der großen Mehrheit der amerikanischen Schwarzen in die Wählerschaft Carters sicherte (Young kommt aus der Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings), hat nach dem US-Debakel in Angola (aber auch – wenn auch nicht so deutlich – in Mosambik) eine veränderte und offensivere imperialistische Strategie entwickelt und praktiziert. Neben dem geschickten Ausnutzen seiner Hautfarbe bei seinen afrikanischen Gesprächspartnern, dem bei passender Gelegenheit angewandten Black Power-Gruß (geballte Faust!) und der Tatsache, daß er „vor zwei Jahren die Kinder des internierten südafrikanischen Oppositionsführers Robert Sobukwe (PAC) in seine Familie aufgenommen“ hat (*Der Spiegel* vom 14.2.77), kann sich Young aufgrund dieses Einflusses bei Carter auch einige für die USA „extravagante“, in Afrika dagegen positiv aufgenommene Äußerungen leisten, wie z. B. die Charakterisierung der Stationierung kubanischer Truppen in Angola als „stabilisierend“. Youngs Strategie setzt darauf, „daß keine Regierung im südlichen Afrika sehr lange kommunistisch bleiben wird... Die ökonomischen Interessen des südlichen Afrika, des Schwarzen Afrika, erfordern Märkte für ihre Ressourcen... Ich meine, daß Zaire genauso wie Zambia sein Kupfer verkaufen muß, um zu überleben. Und Angola

muß sein Erdöl verkaufen.“ (in einem Interview mit der Zeitschrift *Africa*, Ausgabe Nr. 67 vom März 1977, S. 16) Deshalb müssen Aussagen wie „...unsere Interessen sind zuallerst Interessen an den Menschenrechten, erst in zweiter Linie wirtschaftliche Interessen“ (ebda.), nicht allzu sehr für bare Münze genommen werden; sie stellen eben die notwendige, verschleierte sozialdemagogische Begleitmusik zur tatsächlich durchgeführten Politik dar, die sich ausdrückt in Empfehlungen an die US-Regierung, nicht so „fürchterlich isolationistisch“ zu sein, und an die multinationalen Konzerne, durch eine „aufgeklärte Investitionspolitik in Afrika (...) mehr Geld“ zu scheffeln (ebda., S.19).

- 3) ANC = African National Congress, von der stalinistischen südafrikanischen KP dominiert; PAC = Pan-Africanist Congress, 1958 vom ANC abgespalten.
- 4) Zwei Mitglieder der Black Consciousness-Bewegung; zitiert nach: Hans Baumgärtner, *Pseudo-Befreiung oder Revolution*, in: *Opposition in Südafrika*, hrsg. von der Informationsstelle südliches Afrika (issa), S. 72f.
- 5) ebda., S. 73
- 6) *Black People's Convention*, Programmatische Erklärungen, hrsg. von issa, S. 4.
- 7) Die wichtigsten Organisationen der Black Consciousness-Bewegung sind: *Black People's Convention (BPC)*, *South African Students Organization (SASO)*, *South African Students Movement (SASM)*, die Schülerorganisation, die *Gewerkschaft Black Allied Workers Union (BAWU)*, *Association for the Education and Cultural Advancement of African People in South Africa (ASSECA)*, *Black Community Programme (BCP)*, *Black Woman's Organization (BWO)*; nach: *Schwarzes Selbstbewusstsein durch Widerstand*, hrsg. von issa, S. 9 f.
- 8) *Black People's Convention*, a. a. O., S. 3.
- 9) Ein Vertreter der SASO; zitiert nach: Erika Runge, *Südafrika – Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand*, Reinbek 1974, S.136.
- 10) Baumgärtner, a. a. O., S. 75.
- 11) Tsitsi Mashini, ex-Vorsitzender des SSRC, in einem Interview am 9.10.76; in: *Intercontinental Press* vom 15.11.76, S. 1634.
- 12) *Black People's Convention*, a. a. O., S. 2.
- 13) ebda., S. 5.
- 13a) In einer am 28.2.1933 mit amerikanischen Trotzisten geführten Diskussion über die Situation der Schwarzen in den USA und die Forderung nach Selbstbestimmung in einer „unabhängigen schwarzen Republik“ sah Trotzki die politischen Entwicklungsmöglichkeiten der schwarzen Arbeiter vom Nationalismus zum Klassenbewusstsein als sehr vielversprechend: „Ich glaube, daß die unerhörte politische und theoretische Rückständigkeit und der unerhörte ökonomische Fortschritt das Erwachen der Arbeiterklasse sehr stark beschleunigen wird. Die alte ideologische Tünche wird abplatzen, alle Fragen werden sich auf einmal stellen, und da das Land ökonomisch bereits so reif ist, wird sich die Anpassung des politischen und theoretischen an das ökonomische Niveau sehr schnell vollziehen. Es ist dann gut möglich, daß die Neger der fortgeschrittenste Teil (der Arbeiterklasse, Anm. d. Verf.) werden. Wir haben ein ähnliches Beispiel in Europa. Die Russen waren die Neger Europas. Es ist sehr gut möglich, daß die Neger auch durch die Selbstbestimmung in einer Reihe von gigantischen Kämpfen zur Diktatur des Proletariats vorwärtsschreiten – vor dem großen Block der weißen Arbeiter. Sie wer-

den dann die Avantgarde sein. Ich bin mir absolut sicher, daß sie auf alle Fälle besser als die weißen Arbeiter kämpfen werden. Das kann jedoch nur unter der Voraussetzung Wirklichkeit werden, daß die kommunistische Partei einen kompromißlosen und unbarmherzigen Kampf nicht gegen die vermuteten nationalen Voreingenommenheiten der Neger, sondern gegen die kolossalen Vorurteile der weißen Arbeiter führt und diesen gegenüber nicht die geringsten Konzessionen macht.“ (aus: Leon Trotsky, *On Black Nationalism and Self-Determination*, New York, 1972, S. 18)

- 14) Um zu verhindern, daß die Organisationen der Black Consciousness-Bewegung, die anders als z. B. ANC und PAC (noch) nicht verboten sind, illegalisiert werden, übernahm es der SSRC, zu den Streiks und Demonstrationen aufzurufen und diese zu koordinieren. Obwohl formal nur eine Vertretung der Schüler (nicht Studenten!) von Soweto, stellte er de facto ein in Soweto und darüberhinaus allgemein anerkanntes Kampforgan dar.
- 14a) Baumgärtner, a. a. O., S. 70.
- 15) vgl. hierzu auch: Lee, a. a. O., S. 51 ff.
- 16) *The Moment of Black Consciousness*, in: *SASO-Newsletter*, März/April 1976.
- 17) Stellungnahme der acht aus dem ANC ausgeschlossenen afrikanischen Nationalisten; in: *Azania* – die Tage der südafrikanischen Rassisten sind gezählt!, hrsg. vom Afrika-Komitee, Westberlin 1976, S. 72 f.
- 18) ebda., S. 76.
- 19) ebda., S. 77.
- 20) Eine ausführliche Kritik der ANC-Politik ist in *Spartacus* Nr. 30/31, September/Oktober 1976, enthalten.
- 21) Erklärung des PAC zu Soweto, in: *Informationsdienst südliches Afrika*, Nr. 4/76, S. 7.
- 22) Die Zusammensetzung der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung ist eindeutig proletarisch. Den mehr als 8 Millionen Arbeitern (davon ca. 1 Million auf dem Land) steht ein zahlenmäßig äußerst schwaches und unbedeutendes Kleinbürgertum gegenüber; vgl. hierzu: Sam Mhlongo, *Zur Klassenanalyse Südafrikas*, in: *Kritik der politischen Ökonomie* Nr. 11/12, Westberlin, Nov. 1976, S. 99 ff.
- 23) Trotzki, a. a. O., S. 221 f.
- 24) *Newsweek* vom 23.5.77, S. 8.
- 25) Tsjetsi Mashinini, in: ebda., S. 9.
- 26) ebda., S. 7.
- 27) ebda., S. 11.
- 28) Lee, a. a. O., S. 85.
- 29) ebda.
- 30) Mhlongo, a. a. O., S. 132.
- 31) KPO = Kommunistische Partei-Opposition; rechte Opposition in der KPD der 20er und 30er Jahre, Führer: Brandler, Thalheimer.
- 32) Steht die Rassengesellschaft Südafrikas vor dem Zusammenbruch?, aus: *Arbeiterstimme* vom 1.9.76; zitiert nach: *Kritik der politischen Ökonomie*, a. a. O., S. 93.
- 33) Trotzki, a. a. O., S. 223.
- 34) Mhlongo, a. a. O., S. 130.
- 35) ebda., S. 99.
- 36) Dies trifft nicht für die zur Black Consciousness-Bewegung gehörende BAWU zu.
- 37) Die hier und im folgenden vorgenommene Gleichsetzung der Begriffe ‚Black Power‘ und ‚Black Consciousness‘ wird von der Black Consciousness-Bewegung abgelehnt,

um die Unterschiede zu der in den USA entstandenen Black Power-Bewegung nicht zu verwischen: „Wir lehnen die Gleichsetzung von ‚Black Consciousness‘ mit ‚Black Power‘ ab. Wir glauben, daß ‚Black Power‘ annehmbar ist in einer bereits offenen Gesellschaft, in der die Schwarzen eine Minderheit darstellen und den herrschenden Gruppen ihre Vorstellungen nur darstellen können durch Aufbieten all ihrer Kräfte; wir glauben, daß in Azania eine offene Gesellschaft nicht existiert und daß diese nur von Schwarzen geschaffen werden kann, wenn die Regierung rechtmäßig von der Mehrheit gewählt ist.“ (aus: *Black People's Convention*, Programmatische Erklärung, S. 2) Eine ‚bereits offene Gesellschaft‘ à la USA etc. als politische Zielsetzung!? Hier zeigen sich deutlich die Illusionen in die bürgerliche Demokratie.

- 38) Siehe hierzu die entsprechenden Passagen in der Vorbemerkung.
- 39) Heute Progressive Reform-Party.
- 40) Gegen die Tatsache allein, daß eine Partei von einer Bruderpartei politisch beeinflusst wird, die zudem noch eine erfolgreiche sozialistische Revolution durchgeführt hat, wäre an sich nichts zu sagen. Allerdings war die ‚Beeinflussung‘ zunehmend von bürokratischen Zügen geprägt und führte tatsächlich dazu, daß die südafrikanischen Kommunisten unter dem Druck des *stalinisierten* Komintern-Apparats falsche Positionen übernehmen mußten, die mehr mit den außenpolitischen Interessen der Sowjetbürokratie als mit den konkreten Verhältnissen in Südafrika zu tun hatten.
- 41) „...die Idee einer ‚independent Native Republic‘, (...) einer ‚Negro‘ oder ‚Black Republic‘ (...) (war) das geistige Kind eines früheren finnischen Universitätsprofessors der marxistischen Soziologie, Dr. Otto Kuusinen – vormals einer der Sekretäre der Komintern. Er behauptete, das ‚Neger-Problem‘ in Amerika sei das einer nationalen Minderheit. Mit der Doktrin der Selbstbestimmung, eine ‚Neger-Nation‘ bzw. eine ‚Schwarze Nation‘ zu gründen, und mit Stalins Segen sandte die Komintern diese Formel nach Amerika und Südafrika.“ (Lee, a. a. O., S. 82) Die Komintern-Spitze stimmte mit einer in Moskau weilenden Delegation des damals noch nicht mit der südafrikanischen KP verflochtenen ANC überein, „daß der Kampf in diesem Land in erster Linie ein antiimperialistischer sei. (...) Es war deshalb klar, daß die Hauptaufgabe der Revolution in Südafrika die Überwindung der Herrschaft der britischen und burischen Imperialisten sein muß, um eine demokratische unabhängige ‚Native Republic‘ (die den weißen Arbeitern und anderen nicht-ausbeutenden Weißen gewisse Minderheitenrechte zugestehen würde) als Übergang zur endgültigen Überwindung des Kapitalismus in Südafrika zu errichten.“ Die Haltung der Revolutionäre hierzu formulierte Trotzki folgendermaßen: „Da, wo die Thesen (der Workers' Party of South Africa, Anm. d. Verf.) darlegen, daß die Losung einer ‚schwarzen Republik‘ für die revolutionäre Sache genauso schädlich sei wie die Losung eines ‚Südafrika für die Weißen‘, können wir dieser Ausführung nicht zustimmen; während die zweite Losung die totale Unterdrückung billigt, werden mit der ersten Losung die ersten Schritte zur Befreiung vertreten.“ (Trotzki, a. a. O., S. 220) Trotzki machte aber auch an dieser Frage den Unterschied zwischen revolutionären Marxisten und Stalinisten deutlich; in der Diskussion

(am 4.4.1939) mit einem schwarzen Genossen der Vierten Internationale, J. R. Johnson, über die Forderung nach Selbstbestimmung der amerikanischen Schwarzen in einer eigenen, unabhängigen Republik (die prinzipielle Bedeutung von Trotzki's Position ist durchaus auf andere Länder, also z. B. auch auf Südafrika, übertragbar) kritisierte er an der Politik der amerikanischen Stalinisten, „daß die Haltung der KP, einen imperativen (d. h. gebieterischen, befehlenden, Anm. d. Verf.) Slogan daraus (aus der Forderung nach Selbstbestimmung, Anm. d. Verf.) zu machen, falsch ist. Es ist so gewesen, daß die Weissen den Negern sagten: ‚Ihr müßt Euch Euer eigenes Ghetto schaffen!‘ Sowas ist taktlos und falsch und kann nur dazu dienen, die Neger abzuweisen.“ (Trotzki, *On Black Nationalism*, a. a. O., S. 31) Dagegen hielt Trotzki es für nötig, „sich zu verpflichten, den Kampf der Neger für Selbstbestimmung zu unterstützen, wenn die Neger selbst sie wollen“ (ebda., S. 29; eigene Hervorhebung).

- 42) Der südafrikanische Genosse hebt hier richtigerweise die Internationalität der sozialistischen Revolution hervor und leitet davon die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der verschiedenen nationalen revolutionären Organisationen in einer Weltpartei ab. So wie wir ihm in diesem Punkt zustimmen müssen, so müssen wir ihm jedoch darin widersprechen, wenn er eine politische Kontinuität von der 1938 gegründeten Vierten Internationale Trotzki zum heutigen, von Leuten wie Ernest Mandel geführten ‚Vereinigten Sekretariat der 4. Internationale‘ (VS) herstellt. Unfähig im 2. Weltkrieg eine revolutionäre Politik zu entwickeln und auf die nach dem Krieg neu entstandenen politischen Probleme eine richtige Antwort zu finden, kam es zu programmatischen Revisionen, die sich in der ‚Suche nach einem Ersatz für die zwei wichtigsten Bestandteile der Revolution: die proletarische Hegemonie und die Avantgardepartei“ (zitiert nach: *Bollettino della Frazione Marxista Rivoluzionaria/FMR*) ausdrückten. Heute stellt das VS als bedeutendstes organisatorisches Überbleibsel der Vierten Internationale eine internationale zentristische Organisation besonderer Art (= Zentrismus sui generis) dar, deren politisches Versagen in revolutionären Prozessen zuletzt in Portugal und Angola zu sehen war. Für die Gruppe Commune stellt sich deshalb die Aufgabe, in der Diskussion und Auseinandersetzung mit anderen sich auf den revolutionären Marxismus berufenden Gruppen und Organisationen einen Beitrag zu leisten zur Rekonstruktion des revolutionären Programms und zum Wiederaufbau der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Felix Morrow: Revolution und Konter- revolution in Spanien

10 DM, bei der Redaktion zu bestellen

Hintergründe des Putschversuchs

Am 27. Mai geriet Angola in seine tiefste politische Krise seit der Erlangung der Unabhängigkeit am 11. November 1975. Putschisten griffen das politische Gefängnis Luandas im Stadtteil Sao Paulo an, befreiten die Gefangenen, besetzten die Rundfunkstation und riefen zu Demonstrationen vor dem Präsidentenpalast auf. Nach heftigen Straßenkämpfen, bei denen es nach Berichten mehrere Tote gegeben hat, wurde der Putsch niedergeschlagen. Fünf Regierungsmitglieder, darunter der Finanzminister Saydi Mingas, kamen bei den Unruhen ums Leben. Die politischen Führer des Putschversuches, der frühere Innenminister Nito Alves, der im Herbst 76 von diesem Amt entbunden wurde, und der ehemalige politische Kommissar der Armee, Jose van Dunem, sind noch immer flüchtig. — In der Presse der westdeutschen Linken sind diese Ereignisse im wesentlichen mit Schweigen bedacht worden. Entweder deshalb, weil man schon allen Versuchen politischer Analyse abgeschworen und auf dem glatten Parkett der chinesischen Diplomatie endgültig den Kopf verloren hat oder weil man sich zu einer Einschätzung der angolanischen Ereignisse einfach außerstande sah. So konnten auch die Genossen des KB, die zu den wenigen Mutigen gehörten und dem Putschversuch einen Artikel widmeten (Arbeiterkampf Nr.), nur die Verwirrung der internationalen Presse reproduzieren. — Welche grundsätzlichen Widersprüche innerhalb der MPLA lagen den bewaffneten Auseinandersetzungen vom 27. Mai zugrunde? Handelte es sich bei dem Putschversuch wirklich um ein „reaktionäres“ und „proimperialistisches“ Abenteuer (so Radio DDR)? In welchem Verhältnis standen die Putschisten, die „Nitistas“, zur Sowjetunion, waren sie „eindeutig moskau-orientiert“ (Nachrichtenagentur ap-al, 27.5.77), oder handelte es sich um „schwarze Nationalisten“ (dpa, 27.5.77)? Und wie verhielt sich die Sowjetunion gegenüber den Putschisten? Welche Rolle spielten die in Angola stationierten kubanischen Truppen — die der amerikanische UN-Botschafter Young unlängst als „entscheidenden Gleichgewichtsfaktor“ betitelte (O Jornal, 1.4.77) bei der Niederschlagung der Rebellion? Stimmt es, daß sie in keiner Weise daran beteiligt waren — so der angolanische Staatspräsident Agostinho Neto (FAZ, 1.6.77)? — Diese und andere Fragen wollen wir im folgenden versuchen zu beantworten.

„Blinder Sowjetismus“

„Auf Seite 11 des Jahrbuches der Nachrichtenagentur Novosti mit dem Titel ‚UdSSR 1976‘ befinden sich zwei Bilder — eines zeigt Fidel Castro, Alvaro Cunhal und andere kommunistische Führer als Gäste der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, um ihr bei ihrem 25. Kongress in Moskau zu assistieren. Unter dem anderen steht: ‚Während einer Sitzungspause, Alves Baptista (= Nito Alves), Mitglied des Politischen ‚Büros‘ des Zentralkomitees der MPLA und Minister der öffentlichen Verwaltung mit Delegierten des Kongresses‘ (der andere angolanische Delegierte war Jose van Dunem)“. So beginnt die portugiesische Zeitung *O Jornal* vom 8.6.77 einen ausführlichen Artikel über den gescheiterten Putsch in Angola. Und in der Tat — was *O Jornal* hier anschnidet, die Frage des Verhältnisses der beiden Führer der ‚Fraktionisten‘ (Neto) zur Sowjetunion, ist einer der Schlüsselpunkte zum Verständnis der angolanischen Ereignisse. So läßt sich auch aus den offiziellen angolanischen Verlautbarungen vor und nach dem Putsch diese Frage als ein wesentlicher Differenzpunkt zwischen der MPLA-Führung um Agostinho Neto und die „Fraktionisten“ um Nito Alves herauskristallisieren.

In seiner Rede am 21. Mai — sechs Tage vor dem dem Putschversuch — erklärte Staatspräsident Neto anläßlich des Ausschlusses von Nito Alves und Jose van Dunem aus dem Zentralkomitee der MPLA, die beiden hätten ihm Gegnerschaft zu Moskau vorgeworfen, und wies die Behauptung zurück, „daß wir antisowjetisch eingestellt sind, daß ich antisowjetisch eingestellt bin“ (FAZ, 24.5.77). Und: „Wir können nicht vergessen, daß wir die Unabhängigkeit erlangten, weil wir Hilfe von Ländern wie der Sowjetunion bekamen.“ (*Intercontinental Press*, 6.6.77) Entsprechend äußerte sich auch Lucio Lara, Sekretär des Politbüros der MPLA, in einer Erklärung vom 26. Mai zum Ausschluß von Alves und van Dunem aus der MPLA. „Die Abweichler“ hätten versucht, „mit dem Vorwurf, das Politbüro

der MPLA sei maoistisch und antisowjetisch“, die „unzerstörbare Freundschaft zwischen der MPLA und der KPdSU zu untergraben“ (zitiert nach *Arbeiterkampf*).



Es ist offensichtlich, daß Nito Alves ein engeres Verhältnis mit der Sowjetunion anstrebte. Bereits im Sommer 1976 vertrat er die Auffassung, „es wäre nötig, endgültig zu beweisen, daß der Imperialismus in Angola beseitigt wurde. Dies würde bedeuten, daß man ihn nicht weiter ins Land lassen dürfe, daß man die Beziehungen zu den imperialistischen Staaten abbrechen und sich immer mehr den ‚sozialistischen‘ Staaten annähern müßte“ (MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung, Essen 1976, S. 21). Auf die Orientierung der „Nitistas“ gegenüber der Sowjetunion anspielend schrieb die offiziöse und einzige Tageszeitung Luandas, *Jornal de Angola*, nach dem Ausschuß von Nito Alves aus der MPLA und kurz vor dem Putsch, daß dieser versucht hätte, „in sein Abenteuer ein Land einzubeziehen, mit dem wir feste Beziehungen

der Freundschaft und internationalen Solidarität unterhalten“ (zitiert nach *O Jornal*, 27.5.77). Und die *Neto-freundliche* portugiesische Zeitung *O Jornal* schreibt in ihrem bereits mehrfach zitierten Artikel vom 8.6.77 analog dazu, daß sich Alves auf einen „blinden Sowjetismus“ orientiert habe, „in der Hoffnung die Sympathien des Botschafters der UdSSR für seinen Kampf um die Macht zu gewinnen, den er im Untergrund vorbereitete“.

„Führende Rolle der Arbeiterklasse“

Der „blinde Sowjetismus“ der „Nitistas“ war jedoch nicht allein der Kern der Differenzen in der MPLA. Die zweite Anklage gegen die „Fraktionisten“ richtet sich gegen ihre Einschätzung von der Rolle, die die Arbeiterklasse heute in Angola spielen kann und muß. So berichtete die Lissaboner Tageszeitung *Jornal Novo* in ihrer Ausgabe vom 23.5., daß die „Nitistas“ die Arbeiterklasse im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führen könne und daß Bauern und andere Gruppen sich ihr unterordnen sollten. In seiner Rede widersprach Agostinho Neto dem Gedanken, daß nur das junge angolanische Proletariat den revolutionären Prozeß im Lande führen könne“ (zitiert nach *Intercontinental Press* vom 6.6.77; vgl. auch *FAZ* vom 24.5.77). Dem angolanischen Präsidenten zufolge sind die „Fraktionisten“ der Gruppe Nito Alves, „Ultralinke“, Anhänger einer unmittelbaren Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum, während „für die MPLA die Isolierung der Arbeiterklasse ein Desaster“ wäre“ (*Le Monde*, 10.6.77)

Kleinbürgerlicher und stalinistischer Flügel in der MPLA

Was steckt hinter den Auseinandersetzungen um die Rolle der Arbeiterklasse und die Beziehungen zur Sowjetunion? Bereits im Sommer

1976 haben wir in der Broschüre „MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola“, an deren Herausgabe Genossen der *Commune!* wesentlich beteiligt waren, die Existenz zweier Flügel innerhalb der MPLA – eines kleinbürgerlich-nationalistischen um Agostinho Neto und eines stalinistischen um Nito Alves – analysiert und den bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Flügeln, wie er am 27. Mai stattfand, vorausgesagt (siehe Kasten).

Die MPLA wurde 1965 als Zusammenschluß mehrerer Organisationen gebildet – unter anderen der stalinistischen Partido Comunista Angolano (PCA). Die Tatsache, daß die Stalinisten in der MPLA seit ihrer Gründung relativ geringen Einfluß hatten, änderte sich während des Sommers 1975, nachdem in Luanda eine von der MPLA unabhängige Arbeiterbewegung auf den Plan trat, sich ihre eigenen Machtoorgane – das Poder Popular – schuf und politisch geführt wurde von Organisationen, die im Kontext der europäischen extremen Linken entstanden sind, den maoistisch orientierten Comites Amilcar Cabral und der trotzkistischen Grupo Revolucionário Socialista. Der Versuch der kleinbürgerlichen MPLA-Führung um Agostinho Neto dieser, das kleinbürgerlich-nationalistische Konzept der Unabhängigkeit bedrohenden Arbeiterbewegung durch Maßnahmen der direkten Repression Herr zu werden, scheiterte an deren konsequentem Widerstand. Die Stalinisten innerhalb der MPLA – mittlerweile durch Kader der europäischen, vor allem der portugiesischen KP verstärkt – entwickelten daraufhin im Juli/August 1975 einen Plan zur Kontrolle der Arbeiterbewegung durch die *Institutionalisierung des Poder Popular*, durch die Bürokratisierung und Integration dieser autonomen Organe in den Staatsapparat. Die erfolgreiche Durchführung dieses Planes – bei der Nito Alves eine bedeutende Rolle spielte und sich insbesondere durch seine Hetze gegen die extreme Linke hervortat – war mit einer Stärkung des Einflusses der Stalinisten in Staatsapparat und MPLA verbunden (siehe zu den hier kurz skizzierten Ereignissen die oben erwähnte Broschüre).

Nach der Knebelung der Arbeiterbewegung durch die Stalinisten trat jedoch bald der Interessengegensatz zwischen dem stalinistischen Flügel innerhalb der MPLA und deren kleinbürgerlich-nationalistischer Führung zutage. „Der kleinbürgerlich-nationalistische Flügel hat ein litisch und ökonomisch sehr brüchig war und ist.... Das angolische Kleinbürgertum orientierte sich am Beispiel der Länder, die in den fünfziger Jahren ihre Unabhängigkeit erhalten hatten, und hatte das gleiche Projekt. Es besteht darin, zu Anfang eine Kapitalspritze zu erhalten durch eine bestimmte Behandlung der Auslandsinvestitionen. Dies bedeutete, daß das Kleinbürgertum nur weiterbestehen und sich in eine nationale Bourgeoisie verwandeln konnte, wenn der Imperialismus im großen Umfang in Angola investieren würde. Und dies bedeutete, daß Angola unweigerlich eine neokolonialistische Entwicklung nehmen und sich kurz oder mittelfristig in eine Neokolonie der imperialistischen Länder verwandeln würde. Das war das Projekt des Kleinbürgertums.... Aufgrund der Moskauer Strategie konnten die Stalinisten keinesfalls erlauben, daß das Projekt des Kleinbürgertums Realität wird, daß Angola also eine Neokolonie des Imperialismus wird.... Das Projekt der Stalinisten bestand also darin, die Realisierung der Vorstellungen des Kleinbürgertums zu verhindern und zu erreichen, daß Angola privilegierte Beziehungen zur UdSSR und zu Kuba unterhält, sich dem Einflußbereichs Moskaus anschließt.... Aber die Stalinisten konnten es sich nicht leisten, sich vom kleinbürgerlich-nationalistischen Flügel zu isolieren. So vertraten sie eine pragmatische Position: Sie verteidigten zwar einige für den Fortschritt der Bewegung wichtige Aspekte (wenn auch nicht bis zur

letzten Konsequenz), duldeten aber, daß gewisse Fabriken der multinationalen Konzerne fortbestehen, d. h. daß der Imperialismus weiter investiert, wenn auch in geringerem Maße und auf kontrollierte Weise, damit das Kleinbürgertum, wenn auch langsamer als von der MPLA-Führung gewünscht, sein Kapital akkumulieren kann, das es zum Überleben braucht.“ (MPLA und...., S. 19 f.) Diese pragmatische Position der Stalinisten konnte jedoch nicht ewig währen – die unterschiedlichen Konzepte mußten letztlich zu einem Zusammenprall der beiden Flügel führen, ein Zusammenprall, wie er sich schon länger im Gerangel der beiden Flügel um Schlüsselpositionen im Staatsapparat, der MPLA und der FAPLA (bewaffneter Arm der MPLA) andeutete und sich dann am 27. Mai ereignete.

Vor diesem Hintergrund wird klar, was sich hinter den Auseinandersetzungen um die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ und die Beziehungen zur Sowjetunion verbirgt – der Kampf des stalinistischen Flügels in der MPLA gegen die Herausbildung des Kleinbürgertums zur nationalen Bourgeoisie, gegen die Umwandlung Angolas in eine Neokolonie des Imperialismus, mit dem Ziel, Angola vollständig in den Einflußbereich der Sowjetunion zu führen.

Und so wird auch klar, was es bedeutet, wenn Neto – wie *O Jornal* in seinem Artikel vom 8.6. berichtet – „in den letzten Tagen“ seinen Beteuerungen, daß man „die Unterstützung der Sowjetunion seit der ersten Stunde des ersten Befreiungskrieges“ nicht vergessen werde, immer eine Bemerkung beigefügt hat, daß man den „befreundeten Ländern, die nicht vollständig die Politik der nationalen Unabhängigkeit, wie sie vom Movimento verfolgt wird, akzeptieren“, ins Gedächtnis rufen müsse, „daß derjenige, der in Angola befiehlt, die MPLA und folglich ihr Präsident ist“.

„Goncalvismus“

Entsprechend des Charakters der Auseinandersetzungen befanden sich auf seiten der Putschisten eine große Zahl von Mitgliedern der stark moskau-treuen portugiesischen KP. Unter anderem wurde auch Costa Martins, Arbeitsminister in Portugal unter der 2. bis 5. Provisorischen Regierung, der wegen seiner Beteiligung an den Aktionen vom 25. November 1975 nach Angola fliehen mußte, wegen seiner „direkten Teilnahme“ am Putschversuch in Luanda verhaftet (*Le Monde*, 12.6.77). Es ist so auch nicht weiter verwunderlich, daß der angolische 27. Mai stark goncalvistische Züge trägt – besteht doch teilweise Personalunion zwischen den Akteuren des 25. November in Portugal und des 27. Mai in Angola. Dies veranlaßte auch Staatspräsident Neto zu einem zynischen Kommentar über die „Ausländer, die unfähig die Revolution bei sich selbst zu machen, gekommen sind, um sie in Angola zu machen“ (*Le Monde*, 14.6.77). Die „Nitistas“ hatten offensichtlich – wie die Goncalvisten in Portugal – eine im wesentlichen *militärische Konzeption des Aufstandes*; widerdem widerspricht auch nicht, daß sie in den „musseques“ (Stadtviertel der schwarzen Arbeiter Luandas) Flugblätter verteilten, angeblich „geheim Verschwörungen“ abhielten (so Neto laut *Intercontinental Press* vom 6.6.77), in denen Neto des „Antisowjetismus“ bezichtigt und Lucio Lara als „Sozialdemokrat“ betitelt wurde, daß sie über den Rundfunk zu Demonstrationen vor dem Präsidentenpalast gegen die Lebensbedingungen in Luanda aufriefen – was bei den Bewohnern der „musseques“ auch teilweise auf Resonanz stieß. Der 27. Mai war kein Aufstand, sondern ein Putsch, zu dessen Unterstützung man zu mobilisieren versuchte.

Welche Haltung aber haben die Sowjetunion und Kuba – ungeachtet der Beteiligung portugiesischer KP- und ex-KP-Kader am Putschversuch – selbst eingenommen?

Die Neto-freundliche Zeitung *O Jornal* – der man deshalb in dieser Frage einige Glaubwürdigkeit zubilligen kann – schreibt: „Dies bedeutet jedoch nicht, daß die UdSSR das „nitistische“ Abenteuer aktiv ermuntert hat. In diplomatischen Kreisen in Luanda glaubt man, daß die UdSSR eine abwartende Haltung eingenommen hat.“ (*O Jornal*, 8.6.77) Es ist einsichtig, daß die UdSSR auf Grund des ungewissen Ausgangs eines gewagten Unternehmens nicht das Risiko auf sich nehmen konnte, es sich gründlich mit der kleinbürgerlichen Neto-Führung zu verderben.

Größere Bedeutung für den unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg des Putschversuchs mußte jedoch die Haltung der Kubaner haben, stellen ihre in Angola stationierten Truppen doch einen entscheidenden militärischen Faktor dar. Die Behauptung Netos, die Kubaner seien in keiner Weise an der Niederschlagung des Putsches beteiligt gewesen ist falsch. Der Sonderkorrespondent von *O Jornal* in Luanda z. B. berichtet, wie er die Rückeroberung der von den Putschisten besetzten Rundfunkstation am Radio mitverfolgen kann, da das Mikrophon in der Rundfunkkabine während der Auseinandersetzungen eingeschaltet blieb: „...ein Kubaner sagt mit dem Mikrophon in spanisch an, daß Radio Nacional sich wieder in den Händen der Neto-treuen Revolutionäre befindet. Ein wenig später wird die gleiche Proklamation in portugiesisch wiederholt.“ (*O Jornal*, 8.6.77)

Wie *O Jornal* berichtet – auch in dieser Frage erhöht die Neto-Freundlichkeit des Blattes die Glaubwürdigkeit – hofften die „Nitistas“ offensichtlich auf die Neutralität der Kubaner, in der Erwartung, daß diese den Konflikt als „internes Problem der MPLA“ betrachten würden. Ohne die Kubaner sah das militärische Kräfteverhältnis für die „Nitistas“ günstig aus, auf ihrer Seite stand die strategische 9. Brigade und sie konnten mit der Unterstützung der Truppen der 1. Militärregion rechnen. Die Kubaner gaben jedoch offensichtlich ihr Zögern auf, nachdem sie als mögliche Konsequenz der Ereignisse „den Beginn eines neuen Bürgerkrieges ... mit neuen Massakern und irreparablen Verlusten an Kadern und Patrioten“ (*O Jornal*,



8.6.77) sahen, und intervenierten zugunsten der Neto-treuen Truppen. Damit war das Schicksal des Putschversuchs besiegelt.

Eine korrekte Analyse

Der folgende Text ist ein Auszug aus einem Interview mit einem angolischen Genossen in der trotzkistischen Grupo Revolucao Socialista. Das Interview wurde im August 1976 gemacht und in der Broschüre „MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola“ (siehe Anzeige) veröffentlicht. Wir drucken diesen Textauszug hier nochmals ab, weil der angolische Genosse auf der Grundlage einer Analyse des kleinbürgerlichen und des stalinistischen Flügels der MPLA auf die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den beiden Flügeln schließt. Diese Analyse wurde mit dem 27. Mai dieses Jahres vollauf bestätigt.

MPLA-Führung und Stalinisten: Zwei alternative Projekte

Frage: Im Juli 1976 hat Agostinho Neto eine Rede gehalten, in der es u.a. heißt: „Heute gibt es in der MPLA Genossen, die von sich sagen, sie wären im Untergrund. Sie bilden Gruppen, ohne dem Zentralkomitee oder dem Politischen Büro Berichte zu schicken. Diese Praxis – die während des Kolonialismus gut war – kann heute nicht mehr gebilligt werden. Wir können heute keine Untergrundarbeit billigen, und deswegen haben wir uns in der letzten Sitzung des Politischen Büros ein weiteres Mal mit der Demokratie innerhalb unserer Bewegung befaßt.“ (Aus: Pägina Um) Welche Probleme stehen hinter diesen aktuellen Widersprüchen innerhalb der MPLA?

Antwort: Um auf diese Frage eingehen zu können, müssen wir die Analyse der Entwicklung der MPLA seit August 1975 weiterführen. Nachdem die Stalinisten die Kontrolle über die unabhängigen Organe der Arbeiter und zum Teil über die Arbeiterbewegung erlangt hatten, tauchten Differenzen zwischen den Stalinisten und dem kleinbürgerlich-nationalistischen Flügel auf. Der kleinbürgerlich-nationalistische Flügel hat ein im wesentlichen ökonomisches Projekt, das politisch und ökonomisch sehr brüchig war und ist. Sie hatten kein eigenes Kapital, und politisch hatten sie kein Projekt für Angola.

Das angolische Kleinbürgertum orientierte sich am Beispiel der Länder, die in den fünfziger Jahren ihre Unabhängigkeit erhalten hatten, und hatte das gleiche Projekt. Es besteht darin, zu Anfang eine Kapitalspritze zu erhalten durch eine bestimmte Behandlung der Auslandsinvestitionen. Dies bedeutete, daß das Kleinbürgertum nur weiterbestehen und sich in eine nationale Bourgeoisie verwandeln konnte, wenn der Imperialismus im großen Umfang in Angola investieren würde. Deshalb brauchten sie Auslandsinvestitionen. Und dies bedeutete, daß Angola unweigerlich eine neokolonialistische Entwicklung nehmen und sich kurz oder mittelfristig in eine Neokolonie der imperialistischen Länder verwandeln würde. Das war das Projekt des Kleinbürgertums. Diesem Projekt stand das Projekt der Stalinisten gegenüber, die ab August 1975 durch eine Anzahl Kader verstärkt wurden. Während des Bürgerkrieges – mit der militärischen Unterstützung durch die UdSSR und der direkten Intervention Kubas – verstärkte sich der stalinistische Flügel und besetzte immer mehr Schlüsselpositionen in der MPLA. Sie erreichten sogar in gewisser Weise eine Vorherrschaft ihrer Positionen.

Aufgrund der Moskauer Strategie konnten die Stalinisten keinesfalls erlauben, daß das Projekt des Kleinbürgertums Realität wird, daß Angola also eine Neokolonie des Imperialismus wird. Denn wenn die UdSSR in Angola gegen die FNLA/UNITA intervenierte, um zu verhindern, daß durch deren Sieg Angola eine Neokolonie des Imperialismus wird, so konnte sie doch nicht erlauben, daß nach der Ausschaltung dieser Gefahr Angola – diesmal durch die MPLA – doch noch zu einer Neokolonie wird. Andererseits konnte die UdSSR es sich nicht erlauben, mit der Entwicklung Angolas zu einer Neokolonie eine strategisch so wichtige Position zu verlieren, wie sie Angola für das südliche Afrika darstellt. Sie konnte ebenfalls nicht zulassen, daß die ökonomische Position verloren ging, die sie in dieser Region errungen hatte. Die Rohstoffe aus Angola sind für die UdSSR selbst und Kuba wichtig. Aus diesen Gründen konnte die UdSSR nicht erlauben, daß Angola auf die eine oder andere Weise in die Hände des Imperialismus fällt.

Das Projekt der Stalinisten bestand also darin, die Realisierung der Vorstellungen des Kleinbürgertums zu verhindern und zu erreichen, daß Angola also eine Neokolonie des Imperialismus wird. Sie unterhält, sich dem Einflußbereich Moskaus anschließt. Ihr Projekt bedeutete ebenfalls, zu verhindern, daß sich die Arbeiterbewegung radikalisiert, denn ihre Kontrolle über die unabhängigen Organe bedeutete nicht die absolute Kontrolle über die Arbeiterbewegung, was wir nachher noch im einzelnen sehen werden.

Aber die Stalinisten konnten es sich nicht leisten, sich vom kleinbürgerlich-nationalistischen Flügel zu isolieren. So vertraten sie eine pragmatische Position: Sie verteidigten zwar einige für den Fortschritt der Arbeiterbewegung wichtige Aspekte (wenn auch nicht bis zu den letzten Konsequenzen), duldeten aber, daß bestimmte Fabriken der multinationalen Konzerne fortbestehen, d.h. daß der Imperialismus weiter investiert, wenn auch in geringerem Maß und auf kontrollierte Weise, damit das Kleinbürgertum, wenn auch langsamer als von der MPLA-Führung gewünscht, sein Kapital akkumulieren kann, das es zum Überleben braucht.

Heute ist klar zu sehen, daß dies das ursprüngliche Projekt der Stalinisten war. Da jedoch das Kleinbürgertum sein Projekt nicht aufgab, waren die Stalinisten

gezwungen, ihr ursprüngliches Projekt fallenzulassen; über es auf politischer und ökonomischer Ebene hinauszugehen, ohne damit natürlich den Rahmen des Reformismus zu sprengen. Dieses Problem steht heute hinter den Zusammenstößen in der MPLA.

Die Lösung: Ein bewaffneter Konflikt zwischen MPLA-Führung und Stalinisten?

Am 11. November 1975 (dem Tag der Unabhängigkeit Angolas und der Proklamation der Volksrepublik Angola) errangen die Stalinisten mit der Bildung der Regierung einen ersten Sieg. Dies war noch zur Zeit, als sie ihr ursprüngliches Projekt vertraten, d.h. die „pragmatische“ Position, die sie auf unbegrenzte Zeit aufrechterhalten zu können glaubten. Am 11. November wurde mit der Unabhängigkeit ein Staatsapparat geschaffen, den ich als Staatsbürokratie charakterisieren würde; er besteht zum großen Teil aus stalinistischen Elementen und einigen Elementen des nationalen Kleinbürgertums. Der Staatsapparat beruht auf der Institutionalisierung des Poder Popular. Was bedeutet das? Einerseits den Versuch, die erneute Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung zu verhindern, den Arbeitern zu sagen: Gut, Ihr habt bisher für die Errichtung des Poder Popular gekämpft, heute habt Ihr das Poder Popular, Ihr übt durch die Volksversammlungen das Poder Popular aus. Andererseits sollen so die Regierungsentscheidungen durch die Entscheidungen der Volksversammlungen – die von den Stalinisten beherrscht sind – bestimmt werden. Drittens ist die Regierung noch vom Revolutionsrat abhängig, der vom Politischen Büro der MPLA, dem Generalstab der FAPLA und den Provinz- und nationalen Kommissaren gebildet wird, unter denen die Stalinisten ebenfalls eine starke Mehrheit haben. Dies alles zielt darauf, daß die Regierungsentscheidungen letzten Endes von den Stalinisten bestimmt werden.

Doch dieser erste Sieg der Stalinisten bedeutete nicht die Niederlage des Projekts des Kleinbürgertums, was damals auch gar nicht das Ziel der Stalinisten war. Eine Niederlage des Kleinbürgertums würde deren Säuberung aus der MPLA und dem Staatsapparat voraussetzen. Ab dieser Zeit sind in der MPLA und im Staatsapparat ziemlich schwerwiegende Konflikte zwischen diesen beiden Tendenzen entstanden, die sich immer mehr verschärft haben. Das Kleinbürgertum versucht, die Durchführung seiner Vorstellungen zu erzwingen. Andererseits sehen sich die Stalinisten, um das Projekt des Kleinbürgertums zu verhindern, gezwungen, ihr eigenes Projekt klarer zu fassen. Nehmen wir z.B. die Erklärungen von Nito Alves. Er sagte, es wäre nötig endgültig zu beweisen, daß der Imperialismus in Angola beseitigt wurde. Dies würde bedeuten, daß man ihn nicht weiter ins Land lassen dürfe, daß man die Beziehungen zu den imperialistischen Staaten abbrechen und sich immer mehr den „sozialistischen“ Staaten annähern müßte (konkret Kuba und die UdSSR).

Die heute bestehenden Konflikte sind für jeden sichtbar. In Angola liegen diese Konflikte offen zutage, auch für das einfache MPLA-Mitglied oder den Arbeiter, der noch nicht die Fähigkeit einer dialektischen und marxistischen Analyse des Klassenkampfes und der Entwicklung der VR Angola und des heute stattfindenden Kampfes hat.

Recht auf die Macht. Sie erhielten das Außenhandels- und Außenministerium. Da der Genosse eine dialektische, marxistische Analyse nicht machen konnte, sah er die Verteilung der Ministerien unter diesem Gesichtspunkt, statt nach der Zugehörigkeit zu politischen Positionen, wobei die Hautfarbe keine Rolle spielt. Ich will damit nur zeigen, daß die Konflikte offen zutage treten, sich immer mehr verschärfen. Auch die Stalinisten sind nicht in der Lage zu verhindern, daß dies nach außen sichtbar wird und jedermann es bemerkt.

Zwei Positionen stehen sich also gegenüber. Für die Konflikte gibt es heute zwei mögliche Lösungen. Die Entscheidung wird die Entwicklung der VR Angola für die Zukunft bestimmen. Die eine ist eine legale Lösung, d.h. die heutige instabile Situation für einige Zeit aufrechtzuerhalten, wobei es den Stalinisten als Stärkeren mit der Zeit gelingen würde, den kleinbürgerlichen Flügel von den Führungspositionen der MPLA und des Staatsapparates zu verdrängen. Die andere, „illegale“ Lösung geht über offene und bewaffnete Konflikte. Welche Lösung wird angewandt werden? Die letzten Entwicklungen weisen daraufhin, daß es wahrscheinlich die zweite sein wird. Die bewaffneten Konflikte werden über die Zukunft entscheiden. Ein Hinweis hierauf ist der Wettlauf um die Bewaffnung, der heute zwischen den beiden Fraktionen stattfindet. Der Wettlauf um die Schlüsselpositionen in der FAPLA. Heute ist der Repressionsapparat, der von größter Bedeutung ist, in Händen der Stalinisten. Aber die FAPLA sind nicht vollständig in ihrer Hand. Keine Fraktion hat die volle Kontrolle über die FAPLA. Daher der Wettlauf, um sie zu beeinflussen und auf seine Seite zu bringen. Dies ist also ein Hinweis darauf, daß wahrscheinlich die zweite Hypothese Realität wird. Das kann schon kurzfristig geschehen.



Motto: „Die Sprache, die die Geschehnisse der Welt bestimmt, ist abstruser als die Sprache der Dichter.“ (Gyula Illyes (ungarischer Lyriker, 1967))

I

Peter-Paul Zahl ist heute 33 Jahre alt. Bis 1953 lebte er in der DDR. Er machte die Mittlere Reife und die Gesellenprüfung als Offsetdrucker im Rheinland. 1964 floh er aus politischen Gründen nach Westberlin, wo er eine Druckerei und einen Kleinverlag gründete und die Literaturzeitschrift *Spartacus* herausgab. Er schloß sich der *Dortmunder Gruppe 61* an, einer Literaturgruppierung, die es sich zur Aufgabe machte, Arbeiter zum kritischen Schreiben über ihre Arbeitswelt zu motivieren (s. auch Peter Kühne/Hrsg./, Arbeiterklasse und Literatur. Dortmund-Gruppe 61 – Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Ffm 1972, Fischer-Taschenbuch 6506).

Seit Dezember 1972 sitzt P. P. Zahl in Haft. Am 14.12.1972 wurde er von zwei Polizeibeamten in Zivil mit falschen Papieren gestellt. Statt ihnen zum Präsidium zu folgen, flüchtete er und gab dabei drei Schüsse ab, wodurch einer der Beamten erheblich verletzt wurde. „Ich wollte fliehen, aber nicht um jeden Preis.“ Am 24.5.1974 wurde er von einem Düsseldorf-Gericht „wegen fortgesetzten Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung“ zu einer „Freiheitsstrafe von vier Jahren“ verurteilt. Nach der Revision der Staatsanwaltschaft hob der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs dieses Urteil am 25.6.1975 „in vollem Umfang“ zu Lasten P. P. Zahls auf. Am 12.3.1976 verurteilte ihn dann eine Düsseldorf-Schwurgerichtskammer „wegen versuchten Mordes in zwei Fällen, jeweils tateinheitlich mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren.“

Ein Terrorbegriff der westdeutschen Justiz – der sog. „bedingte Vorsatz“ – traf damit auch

Peter-Paul Zahl, Schutzimpfung. Gedichte. Rotbuchverlag, Berlin-West 1975, 6 DM

diesen Genossen. Er besagt folgendes: Die Tötungsabsicht ist zwar nicht nachzuweisen, aber der ganzen „Gesinnung“ (!) des Angeklagten zufolge ist davon auszugehen, daß dieser bei seinem Handeln (oder auch in der Aktion einer „Gruppe“) Tötung und Tod „billigend in Kauf nehmen“ würde... Es ist also an der Justiz, nicht einen bestimmten Vorsatz nachzuweisen, sondern Gedanken und Zielsetzungen so zu konstruieren, daß eine Verurteilung wegen „bedingten Vorsatzes“ möglich gemacht wird (so können einem auch die Schüsse eines Mittäters zugerechnet werden)!

Der *Bayernkurier* nannte P. P. Zahl schnell einen „anarchistischen Killer“. Richtig antwortete er dem versammelten bürgerlichen Personal der 2. Hauptverhandlung in seinem Schlußwort: „Dies System kann und will die objektiven Probleme nicht beseitigen. (...) Die Strategie lautet dann: *Verpolzeilichung der Politik*. (...) Wenn schon nicht durch den Schornstein, dann wenigstens – 15 Jahre. Motto: ‚Wer nicht kooperiert, dem geht es wie in Dachau!‘“

Im September 1976 verwarf der 3. Senat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe Peter-Paul Zahls Revision durch Beschluß.

Peter-Paul Zahl, Werner Schlegel, Karl-Heinz Roth, Roland Otto.... die Reihe derjenigen, die vom ‚Rechts-Staat BRD – letztlich aufgrund ihrer „Gesinnung“ – kriminalisiert und in der Haft isoliert werden, ließe sich fortsetzen. In der mündlichen *Urteilsverkündung* sagte der Vorsitzende, Richter Monschau: „Das Strafmaß von 3 bis 15 Jahren mußte voll ausgeschöpft werden, weil Zahl Gegner des Staates ist und zur Genossenabschreckung (!)“. Und: „Der Angeklagte ist von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen (!) ergriffen und setzt sich äußerst intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, nach seiner Auffassung unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg. (...) Die Schwere der Tat und die Persönlichkeit des Angeklagten (!) erforderten daher die Verhängung einer langen Freiheitsstrafe, wobei im Vordergrund die spezielle Abschreckung des Angeklagten (!) und die Sicherung der Allgemeinheit vor diesem Angeklagten stand. (...) Neben den schon oben angestellten Strafzumessungserwägungen spielte dabei insbesondere die Gefährlichkeit des Angeklagten eine Rolle. Dieser hat zu erkennen gegeben, daß er zur Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen auch in Zukunft Gewalt anzuwenden bereit ist, sofern ihm das für erforderlich erscheint.“ (aus: Schriftliche Urteilsbegründung gegen Peter-Paul Zahl vom 12. März 1976) Der Fall P. P. Zahl ist ausführlich dokumentiert in: *am Beispiel Peter-Paul Zahl*. Eine Dokumentation, hrsg. von Erich Fried, Helga Novak und Initiativgruppe P. P. Zahl. Zu beziehen gegen Vorauszahlung von 7 DM auf das Postscheckkonto Eva Michel, Kto-Nr. 517714-607, PSchA Ffm, Stich-

wort: P. P. Zahl.

Wieder soll ein Genosse zerstört werden. Das Urteil von 15 Jahren Freiheitsentzug soll die gesamte Linke in der BRD *exemplarisch* abschrecken. Am beredtesten ist das offizielle *Schweigen* in den kapitalistischen Medien über diesen ‚Fall‘. Nicht mehr weit die Zeiten, da wir gezwungen werden sollen, den staatlichen Fahndern und Richtern die Füße zu lecken. Daß 3 % der Bevölkerung noch *anders* denken, als die Majorität, macht die ‚Staatsdiener‘ verückt! Abschwören, abschwören – heißt die Parole. Umdenken, bekehren, in sich gehen; das beste ist der ‚Staatsschutz‘ in jedem Kopfe, die präventive Konterrevolution.

Wo auch immer die Positionen der „Terroristen“ veröffentlicht werden, wo die Auseinandersetzung über ihre politischen Programme ermöglicht werden soll, trifft die *Kriminalisierung* durch die „gesetzlichen Grundlagen“ der §§ 88a und 129a. Für die Genossen im Gefängnis bedeutet das weitere *Isolation* durch Verbot von Kontakten bzw. Entzug all dessen, was jeder Mensch zum Denken, Empfinden, Leben braucht! Werner Schlegel wurden z. B. alle Bücher, Zeitschriften verboten, bis er in den Hungerstreik trat.

Unsere Aufgabe ‚draußen‘, wo wir noch sprechen, lesen und denken können, besteht auch darin, dafür zu sorgen, daß die Gedanken und Erfahrungen der politischen Gefangenen in der Öffentlichkeit artikuliert und diskutiert werden. Wenigstens dadurch muß die Isolation der Gefangenen durchbrochen werden, daß wir uns mit ihnen politisch auseinandersetzen! Vergessen wir niemals: die Zensur, Haftbedingungen, Bespitzelung und Drangsalierung in den bundesdeutschen Gefängnissen zeigen uns nur umso deutlicher im Röntgenverfahren den Zustand dieser Gesellschaft; sie zeigen uns unsere ‚Zukunft‘ – wenn wir nicht auf der Hut sind. Insofern ist die Solidarität mit P. P. Zahl ein Gebot unseres eigenen politischen Überlebens.

II

Im folgenden wollen wir Peter-Paul Zahl als einen der konsequentesten und scharfsinnigsten Lyriker der ‚extremen Linken‘ in der BRD vorstellen. Auf Menschen wie P. P. Zahl trifft man selten.

Seinem Gedichtband „*Schutzimpfung*“ stellt er quasi als Einleitung und Leitmotiv ein Gedicht des trotzkistischen Bauernführers aus Peru, Hugo Blanco, voran, das dieser 1961 im Gefängnis der Gorillas, ‚El Fronton‘, geschrieben hatte. In drei Abteilungen wendet sich P. P. Zahl direkt und ohne jegliches Ornament – gegen den kapitalistischen Alltag – z. B. im Märkischen Viertel –, den Fließbandmord, den Betrug der ‚Mitbestimmung‘, die Meinungshetze der Monopolpresse;

– gegen die Repression der ‚Staatsschützer‘, die Wirklichkeit des Knasts, Einzelhaft, Isolationsfolter und die sog. ‚Strafvollzugsreformen‘;
– gegen die Depression der westdeutschen Linken, vor allem ihren Defätismus und ihre stalinistischen Versteinerungen.
Im Gegenzug solidarisiert sich P. P. Zahl schnörkellos mit den Kämpfen in den imperialistischen Metropolen und in deren inneren wie äußeren Kolonien. – *Fünf Beispiele:*

bildnis des zeitungszaren als junger mann

gern blättere ich
in alten familienalben

sehe im kreis der familie
einen jungen mann
blond/blauäugig/arisch-hübsch

der vater würdig
die mutter häuslich
adrett der sohn
in sa-uniform

gediegen der häusliche herd
und frei der himmel
unser ist die gegenwart
und die zukunft
in ewigkeit amen

kein schatten der vergangenheit
trübt das bild
ausgerottet für immer
der ewige jude

der unsere frauen schändete
der unsere säuglinge schächtete
der dollars und reichsmark raffte
und aussoff arisches blut

das volle ganze vergiftete
mit semitischer tinte:
Mosse/Münzenberg und Ullstein

gesäubert das haus nun
und sicher stehts auf unseren 4 prinzipien:
wiedergutmachung und wiedervereinigung
freiheitlich-demokratische ordnung
und herr im haus bin ich

nun frisch ans werk
und die feder gespitzt:

er geht wieder um
mit kaftan und hakennase
frauenschänder/kindertöter
die ölpest
dollars und dmark raffend

der ewige jude
dieser verdammte araber

(S. 22)

Die Bewegung dieses Gedichts ist einfach und konsequent. Aus einem Photo heraus wird die Nazi-Welt des Axel Cäsar Springer entwickelt. Die Verhältnisse der 30er Jahre *scheinen* denen der 60er Jahre konfrontiert. In der achten Strophe wird der Leser irritiert durch die Phrasen der Bundesrepublik, die noch nicht ganz zur Judenhetze der Nazis zu passen scheinen. In den letzten beiden knappen Zeilen wird das ‚Rätsel‘ dann lakonisch und pointiert aufgelöst: Der Imperialist Springer ist im Grunde Anti-Semite geblieben; er hat nur die Jagd auf die Juden ersetzt durch die Jagd auf die Araber!! In Umkehrung der Springerhetze von den ‚roten Faschisten und ihrem linken Antisemitismus‘ entwickelt P. P. Zahl die Wahrheit, die vor allem während des Sechstagerkrieges 1967 offenbar wurde: Der Völkermord an den Arabern – im besonderen Palästinensern – ist das imperialistische Judenpogrom von heute!! Axel Cäsar Springer ist nur zeitgemäÙ.

In der zweiten Abteilung seines Gedichtbands

teilt P. P. Zahl das Leiden in der Zelle mit:

einzelhaft, verschärft

völlig allein sein
monate
jahre.

das fenster doppelt vergittert
,normal‘: beton
,verschärft‘: fliegenddraht

tage voller sonne:
draußen.

geruch von mäiregen
auf heißem staub.

das rundfunkprogramm
verdoppelt die qual:
heitere wellen.

ein freundlicher zuruf
aus einer zelle
beim einzelhofgang:
gestoppt vom wärter
mit androhung von strafe.

dreimal am tag:
öffnen der tür –
essenfassen.

(S. 37)

Dies ist ein allmählicher Tod, ein Sterben inmitten der toten Dinge. Konkretheit. Sonst nichts. Am Ende steht keine Pointe, sondern die Wiederholung. Die tödliche Ewigkeit im Knast wird – wie P. P. Zahl sarkastisch demonstriert – auch nicht behoben oder gemildert durch die

reform des strafvollzugs (I)

im berichtigten alten knast
von köln
dem klingelpütz
kamen des öfteren
menschen zu tode
die vorfälle wurden nie geklärt
das volk sagte:
die wärter

im neuerbauten knast
von köln
dem reform-klingelpütz
kommen häftlinge
den beamten zuvor:
vier selbstmorde
in sechs wochen

(S. 32)

Der Parallelismus der beiden Strophen deutet in den je ersten vier Zeilen an, daß ‚alles beim alten‘ geblieben sei; dann jedoch wird lakonisch mitgeteilt, daß das neue Gefängnisssystem noch ausgeklügelter und perfider wirkt: Selbstmorde der Inhaftierten kommen den Morden zuvor! Lakonisch schreibt P. P. Zahl aber nur, wo es um die ‚Bestandsaufnahme‘ der täglichen Unterdrückung geht. Die *Auflehnung* in diesem System läßt die Eingesperrten nicht nur zur Gewalt greifen, sondern auch gewalttätig werden.

tigerkäfige

kein tag umsonst
kein gedanke/kein tod
die zeit ist nicht rund
noch krümmt sie sich
zum kreise

wenn wir rauskommen
hier
bruder im tiger-käfig
von con-son
werden wir bestien sein
veranstalten wir ein fußballmatch
mit drei milliarden mann

dem schiedsrichter wird die pfeife
aus dem maul gehauen

hatten glück gehabt
bruder in con-son
nicht im bett erschossen
wie bruder fred hampton
nicht auf der straÙe
nicht im dschungel
nicht lebende fackeln
durch phosphorbomben

kein tag umsonst
kein gedanke/kein tod
die zeit ist nicht rund
noch krümmt sie sich
zum kreise
wenn zeit langsam geht: verse

wenn wir rauskommen
hier
wird färben sich der frühling
rot und noch mehr rot
vor den toren der städte
werden bluten die mauern

sie können uns
die flügel nicht stutzen
noch biegen die zeit zum kreise

wenn wir rauskommen hier
bruder im tigerkäfig
wird um sein spatengeld
der totengräber nicht geprellt
an austernvergiftung
werden sie nicht sterben

(S. 30)

Hier werden drei Motive verschränkt, wiederholt und variiert: die Solidarität der Gefangenen in den ‚Käfigen‘, die Zeitkrümmung bzw. die Anstrengung, die Zeit ‚geradezubiegen‘, und die Auflehnung von der *Revolte* bis zur Revolution. Die Revolution kommt ohne *Revolten* nicht aus. Die *Solidarität*, die P. P. Zahl meint, ergibt sich unmittelbar aus der Situation des Gefangenseins in Köln-Ossendorf wie in Con-Son (Vietnam) oder in Phoenix (USA). Den ‚brüdern im tigerkäfig‘ – den vom imperialistischen System Unterdrückten und Verfolgten – ist die *millitante* Solidarisierung die einzige Möglichkeit, zu überleben und ihre menschliche Würde zu bewahren.

Diesen Gedanken drückt P. P. Zahl auf ganz andere Weise auch in einem seiner besten Gedichte aus:

eine bibel in jedem Hilton-zimmer

vorbei die zeiten Hiobs
er hat die waffe ergriffen
vorbei die zeit der geschichtsklitterung
da den konzernboÙ Abel bruder wir nennen
vorbei die zeiten vorbei
da genosse Kain das mal sich auf die stirn zeichnen
läÙt

vorbei die zeiten der engel
stumpf ihre schwerer
ihre flammenwerfer trübe funzeln
vorbei die zeit der steinernen tafeln
der taschenspielertricks mit brennendem strauch
bruder Torres hat die soutane geschürzt

vorbei die zeit der tarifkonflikte um ein linsen-
mit dem engel wird nicht gerungen gericht
am fuÙe der leiter zur börse
vorbei die zeit da Mosche Ischariot
den zungenkuß übt
wir werden nicht kommen auf dem rücken der
esel

die tische der wechsler im tempel
sie sind endgültig umgestürzt
kein fischer verläÙt mehr seine netze
abgehackt die hand

die unsere wange schlägt
nicht hingehalten die andre

vorbei die zeiten Hiobs vorbei
er hat die waffe ergriffen
bruder Torres hat die soutane geschürzt
verborgen unter ihr das gewehr

es sind die kämpfe nicht
sind die pausen
die laue ausspein (S 56)

In diesem Gedicht schreitet P. P. Zahl von der Revolte fort zur globalen Revolution. Der Stil ist demgemäß nicht mehr lakonisch, sondern hymnisch durch Anrufungen, Inversionen, Wiederholungen usw. Das Gedicht lebt davon, daß die Welt der Bibel und des „offiziellen“ Christentums der „hohen“ Kirche zusammengesehen wird mit dem imperialistischen Unterdrückersystem („eine bibel in jedem Hilton-zimmer“) und dabei konfrontiert mit dem globalen Aufstand. Vorbei die Zeiten der Klassenkollaboration mit dem Konzernboß (Abel); vorbei die Zeit des blühenden Reformismus (der „tarifkämpfe um ein linsengericht“). Die imperialistischen Machtmittel und Waffen verlieren an Kraft („flammenwerfer“ und „taschenspielertricks“). Schluß mit dem Pazifismus, dem passiven Leiden und friedfertigen Erdulden (Hiob, Bergpredigt, Ächtung Kains), wie es die Kirche predigt und wie es den Unterdrückern dient! Schluß mit der Vertröstung, der Metaphysik – des Himmels und des Erleidens! Geschickt verknüpft P. P. Zahl das Disparate (Verschiedenartige): Bilder und Figuren der Bibel mit den Ingredienzien des Imperialismus: „mit dem engel wird nicht gerungen am fuße der leiter zur börse“

oder:
„vorbei die zeiten der engel
stumpf ihre schwerer
ihre flammenwerfer trübe funzeln“
Dadurch werden die bekannten Elemente der Bibel (Kain und Abel, die Engel mit dem Flammenschwert u. a.) umgedeutet. Nichts ist mehr so, wie es ist; nichts bleibt mehr so, wie es war: Kain wird neu gesehen und historisch gerechtfertigt; Hiob bekehrt sich und beginnt zu kämpfen. Camillo Torres steht für das heutige revolutionäre Beispiel: Er wandelt sich vom Priester der „niederen“ Kirche zum Guerillakämpfer und Genossen.

Im Urchristentum und im Christentum der Armen und Unterdrückten lassen sich Anknüpfungspunkte finden:
„die tische der wechslers im tempel
sie sind endgültig umgestürzt“
Der frühe Jesus sagt: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu senden, sondern das Schwert.“ (Matthäus 10,34) „Der Geist des Herrn ist auf mir; er hat mich gesalbt und gesandt, den Armen die frohe Botschaft zu künden, die gebrochenen Herzen zu heilen, die Gefangenen zu trösten, die Niedergedrückten zu befreien und das Erlaßjahr Jahwes zu predigen.“ (Lukas 4, 17-20)

Das war der Anfang.

Die letzten drei Zeilen des Gedichts heben sich deutlich vom übrigen Kontext ab. Sie sind ein Sinnspruch, der genau auf die heutige Klassenkampf-situation in der BRD zielt und zum „Durchhalten“ mahnt:

hört auf/steckt mich nicht an
mit defätismus
mit kpd/ml/a-null
mit ritualen aus Ostberlin
mit Peking oder hare hare
krischna oder Jesus people

hört auf/ich bin schwach genug
warum gesellt ihr

meinen schwächen
noch die dümmlichen bei
die kann ich durchschaun
meine noch nicht

hört auf/ich bin schwach
genug
erzählt mir nichts
von euren sorgen
ich hab selbst genug davon
sind nicht geboren
gegenseitig uns schwach
zu machen
(...) (S. 51 f.)

Geboren:

14. März 1944/Freiburg im Breisgau

Schulbesuch:
Volksschule Wülfrath
Gymnasium Velbert

1961 mittlere Reife

Lehre als Drucker:

1. 4. 61—64/Abschlußnote: „sehr gut“

Mitglied der Gewerkschaft
Mitglied im Verband der KDWler

Lektüre:
u. a.: Karl Marx, Das Kapital
Umzug nach West-Berlin
April/Mai 1964

Heirat:
17. März 1965 mit Stenokontoristin
Urte Lienen

2 Kinder:
geboren 1969 und 1971 (Raoul,
Nadeschka)

Aufbau einer eigenen Druckerei:
„Zahl-Lienen“ in Berlin-Britz
Mitglied der Schriftstellergruppe
„61“

Druck eines Internationalismus-
plakats:
zum 1. Mai

Hausdurchsuchung (eine von vielen):

Keine Beanstandung des Plakats
Hausdurchsuchung (eine Woche später):

Plakat erfüllt den Straftatbestand
der Aufforderung zu strafbaren
Handlungen (§ 111 Abs. 2 StGB)
Freispruch im Jahr 1971:

(3. März)
Verurteilung zu einer Freiheits-
strafe von einem 1/2 Jahr:

durch Landger.-Dir. Brandt, Mitglied
des „NS-Rechtswahrerbundes“
in der 2. Instanz am 17. 4. 1972

Festnahme:

14. 12. 1972

U-Haft:

8 Monate Totalisation:
75 Tage Hungerstreik dagegen:
15. 12. 72 (151 Gs 5893/72)

JVA Köln-Ossendorf

Scheidung:

2. 2. 1973, Landgericht Berlin
Verurteilung zu 4 Jahren Freiheits-
strafe:

24. Mai 1974, Schwurgericht in Düsseldorf, durch BGH-Vorsitz: Dr. Scharpenseel, Mitgl. des „NS-Rechtswahrerbundes“, 1944 urteilte Scharpenseels Vorgesetzter über IHN! „... Sch. steht fest auf dem Boden des Nationalsoz. Staates“
Düsseldorf, Revision der Staatsanwaltschaft, Aufhebung des Urteils zum 24. Mai 74 durch den Bundesgerichtshof vom 29. 6. 75
Verurteilung zu 15 Jahren Gesamt-freiheitsstrafe:

12. März 1976, XV. große Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf als Schwurgericht (368 Tage U-Haft)

Adresse zur Zeit:
JVA Bo.-Krümmede, Peter Paul
Zahl

P. P. Zahl zeigt uns, daß die moderne Lyrik – will sie wahrhaftig sein – immer mehr eine Lyrik aus dem Gefängnis wird und ein Begleiter des Aufruhrs gegen den kapitalistischen Alltag und Großkampftag, sei es nun in Sedan, Dien Bien Phu oder in Stuttgart-Stammheim. ■

Peter Tanas

Weitere Bücher von P. P. Zahl:

Wie im Frieden. Erzählungen, Leverkusen 1976 (Literarischer Verlag Helmut Braun – 18 DM)

Die Barbaren kommen. Lyrik und Prosa, Hamburg 1976 (MaD-Verlag Lutz Schulenburg – 8 DM)

Von einem, der auszog, Geld zu verdienen. Roman (Neuaufgabe), Frankfurt/Main 1976 (Verlag Freie Gesellschaft – 8 DM)

„Möchte an diesem Lehrstück zeigen, wo und wie der Staatsapparat und die gleichgeschalteten Medien angefangen haben, die Strategie des Krieges gegen die Opposition, des Ausschaltens von Widerstand zu praktizieren. Zeigen, wie es in Berlin begann und heute seine konsequente Fortsetzung in Berufsverbot, Maulkorbparagrafen Nr. 88a und 130a, Kronzeugengesetz, Bekämpfung von „kriminellen und terroristischen Vereinigungen“ usw. findet. Man wird sehen, wie penetrant die Übereinstimmungen sind: ab 1967 in Berlin – Reihenfolge: Druckerei Zahl-Lienen – Wagenbach – Rotbuch – Rauch und Weißbecker Haus usw., später in Westdeutschland: Trikont Verlag – Verlag Roter Stern – Gruppe „Revolutionärer Kampf“, Rote Hilfe usw. Die Übereinstimmungen sind auffällig; die Arbeitsmethode bei der Hexenjagd ändert sich kaum, wird zunehmend verfeinert; die liberal genannte Öffentlichkeit reagiert kaum noch: STERN, SPIEGEL, FRANKFURTER RUNDSCHAU, PANORAMA u. a. Organe und Medien nach ihren Oppositionszeiten in der Adenauer Zeit zu „staatstragenden Organen“; nahezu der ganze Rest der Presse ist rechts oder stumm oder hilflos oder unfähig – hier gibt es nicht einmal jenen Rest von Liberalität, der in den USA ein Watergatedebakel in die Wege leiten konnte; hier gibt es nicht einmal kritische Koservative (wie z. B. bei Dagens Nyheter), nicht einmal umfassende Information



and Kritik wie z. B. bei Le Monde. Hier herrscht der „dezentralisierte Goebbels“, hier kamen Bürgermut und Zivilcourage unter die Räder, unter die Pressekonzentration, unter die Fuchtel der anzeigenvergebenden Industrie und des allmächtigen Staates.“ (P. P. Z.)

In der nächsten
commune!

u.a.:

BUCHBESPRECHUNG: *CARILLO*,
EUROKOMMUNISMUS UND
STAAT; *ELLENSTEIN*, GESCHICH-
TE DES „STALINISMUS“/THESEN:
STALINISMUS UND EUROKOM-
MUNISMUS/*GRAMSCI* = EURO-
KOMMUNIST? / FORTSETZUNG:
DISSIDENTEN IN OSTEUROPA,
DEREN HALTUNG ZUR *OKTO-*
BERREVOLUTION, DEREN *ME-*
THODEN/POLITISCHES POR-
TRAIT: *MEDWEDEW*

EURO- KOMMUNISMUS UND STALINISMUS

STUDENTENBEWEGUNG, 'DE-
KLASSIERTE', LINKE UND DIE
KPI/DOKUMENT: *FABRIKRÄTE-*
BEWEGUNG IN ITALIEN 1921

LINKE IN ITALIEN

FÜR EINE ANTIKAPITALISTI-
SCHE LINIE IN DER ANTI-
AKW-BEWEGUNG

AKW

.....erscheint Anfang Oktober... bestellen.....